

Allmendinger, Jutta (Ed.)

Periodical Part

Digitalisierung: Desinformation - Netzpolitik - Künstliche Intelligenz

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Allmendinger, Jutta (Ed.) (2023) : Digitalisierung: Desinformation - Netzpolitik - Künstliche Intelligenz, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 180 (2/23), https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/journal-vt/wzb-mitteilungen/wm2023_180.pdf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327961>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

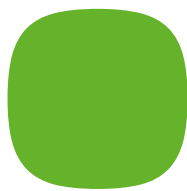
WZB | Mitteilungen

Quartalsheft für Sozialforschung

2|23

Juni 2023

wzb.eu



Digitalisierung

Desinformation

Netzpolitik

Künstliche Intelligenz



Zwei Vögel sitzen auf einer Stromleitung in Barcelona, einer kurz vor dem Abflug. „Es braucht Zeit und Geduld, sich an ihre Geschwindigkeit anzupassen“, schreibt der Fotograf Gunnar Kennel. Das gilt für Vögel wie für die Digitalisierung. Sie ist ein hoch volatiles Forschungsfeld. Unser Heft versammelt Einblicke in Fortschritt, Vernetzung und Unsicherheit.

Foto: © Gunnar Knechtel, alle Rechte vorbehalten.

Generation alle



Die „Generation Z“ gibt es nicht. Auch wenn alle von ihr reden. Medien und Politik zeichnen das Bild von Menschen mit starken Präferenzen für sinnvolle Erwerbsarbeit und mehr Zeit für Familie, Freunde, ehrenamtliche Tätigkeiten. Eine zahlenmäßig kleine Generation, mit entsprechend starker Position auf dem Arbeitsmarkt.

In der Wissenschaft spricht man von einer „Generation“, wenn Unterschiede zwischen Menschen einer Altersgruppe kleiner sind als Unterschiede zu anderen Jahrgängen. Nehmen wir die Verhandlungsmacht gegenüber Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern: Bildungsarme Menschen haben auch heute kein Sagen, genau wie jene in Berufen, die verschwinden. Ganz anders die gut Gebildeten in nachgefragten Berufen. Doch die gibt es nicht nur in dieser Generation. Der viel beschworene Wandel von einem Arbeitgeber in einen Arbeitnehmermarkt ist nicht auf eine bestimmte Generation beschränkt. Entscheidend sind sozialer Hintergrund und Bildung, nicht der Geburtsjahrgang.

Hinzu kommt: Frauen haben ihr Erwerbsverhalten geändert. Sie ziehen sich nach der Geburt von Kindern seltener ganz aus dem Arbeitsmarkt zurück. Damit fehlt Zeit für Sorge- und Haushaltsarbeit. Staatliche Angebote helfen nur begrenzt. Männer müssen ihr Verhalten ebenso ändern und ihre bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten neu verteilen. Und auch hier zeigt sich: Eine 32-Stunden-Woche etwa ist nicht die Erwartung junger Menschen allein. Sie ist kein Merkmal einer „Generation Z“.

Die Zukunft der Arbeit muss neu gestaltet werden, für alle Generationen. Es braucht eine gute Bildung für alle, zeitliche Flexibilität, gleiche Teilhabe für Männer und Frauen.

Jutta Allmendinger
Präsidentin

Inhalt 2|23

Juni 2023

Editorial

3 Generation alle

Titelthema

6 Die Zukunft wird multipolar
Geopolitische Verschiebungen in der
Digitalwirtschaft
Grzegorz Lechowski und Ewa Dąbrowska

11 Vom Mythos der Zersplitterung
Das globale Netz zwischen Zentralisierung und
Pluralisierung
Julia Pohle

15 Roboter haben keine Interessen
Plädoyer für eine politökonomische
Perspektive auf die Digitalisierung
Nathan Weis und Peter Schadt

20 Machtkämpfe um ChatGPT
KI-Debatten sagen mehr über die Gegenwart
aus als über die Zukunft
Lena Ulbricht

26 Neue Dimensionen
Digitalisierungsforschung am WZB
sprengt Grenzen
*Martin Ehlert, Lisa Garbe, Robert Gorwa, Tobias
Heidenreich, Pola Lehmann, Johannes Leutgeb,
Anna Skarpelis und Jonas Wiedner*

32 Zwischen Fakten und Fiktion
Wie industrielle Desinformation die
Demokratie bedroht
Nikolina Klatt und Vanessa Boese-Schlosser

36 Den freien Austausch schützen
Die Rolle der Gerichte in Brasilien
Clara Iglesias Keller und Diego Werneck Arguelhes

**41 Desinformation, Zensur und
Zivilgesellschaft**
Die digitale Transformation in Singapur und
Taiwan
Jeanette Hofmann

45 Wo Künstliche Intelligenz nicht hinkommt
Stabile Demokratien brauchen Kollektive
Intelligenz
Thamy Pogrebinski

49 Der verschleppte Wandel
Warum Deutschlands Verwaltung immer noch
nicht digital ist
Jeanette Hofmann

54 Digitale Transformation am WZB
Ein Werkstattbericht
Matthis Fräbendorf, Peter Löwe und Ursula Noack

**58 Zwischen Inszenierung und
Empowerment**
Der Streit um Care-Arbeit wird auch auf Apps
und Plattformen ausgetragen
Ann-Kathrin Koster

62 Handwerk sucht Nachwuchs
Wie Social Media Betrieben aus der Klemme
helfen könnten
Lianara Dreyer

WZB|Mitteilungen online

**24 Die einen entlastet, die anderen
belastet? | Kommunikation in der
Digitalisierung | Wie neue Technologien
unsere Arbeit verändern ... | ... und welchen
Einfluss wir darauf haben | Halt, Sie werden
beobachtet! | Gar nicht fair: Arbeit auf
Plattformen für Sprachdienste**

Aus dem WZB

- 66** Veranstaltungen
- 67** Ein Tag am Wannsee
- 68** Konferenzberichte
- 70** Personen
- 74** Vorgestellt
- 76** Nachlese und Impressum

Zu guter Letzt

- 78** Aufklärung und Kritik
Die Zeitschrift „Leviathan“ wird 50
Reinhard Blomert

Das WZB

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten insgesamt 470 Menschen, darunter 300 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte – Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



WZB



Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Sie können die Printausgabe der WZB-Mitteilungen kostenfrei abonnieren. Schreiben Sie einfach eine E-Mail an: presse@wzb.eu.

Die Zukunft wird multipolar

Geopolitische Verschiebungen in der Digitalwirtschaft

Geopolitische Spannungen und die Rivalität zwischen China und dem Westen verändern die digitale Wirtschaft. Die hergebrachten Governance-Strukturen geraten unter Druck, während der Trend hin zu einer multipolaren Ordnung geht. Erst allmählich schält sich heraus, wie diese Ordnung aussehen könnte. Verschiebungen wird es voraussichtlich bei der Rolle geben, die Staaten gegenüber der Industrie einnehmen, außerdem in der globalen Regulierung des Internets und bei der Integration der Schwellenländer in die digitale Ökonomie.

Grzegorz Lechowski und Ewa Dąbrowska

Der offene Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 machte die transnationalen Abhängigkeiten im digitalen Sektor mehr als deutlich. Westliche Wirtschaftssanktionen gegen Russland haben den Zugang des Landes zu modernen Technologiekomponenten eingeschränkt – was seine Wirtschaft schädigte und die Fähigkeit verminderte, militärische Operationen auszuführen. Später in jenem Jahr offenbarten die Spannungen um Taiwan die Anfälligkeit westlicher Produktionssysteme in der Halbleiterindustrie. Dies veranlasste viele Regierungen dazu, die Risiken zu reduzieren, die mit globalisierten Lieferketten im Technologiesektor einhergehen.

Allerdings haben die geopolitischen Spannungen bereits strukturelle Auswirkungen auf die digitale Wirtschaft, die weit über die jüngsten Umbrüche hinausreichen. In den letzten zwei Jahrzehnten haben Konflikte zwischen den Großmächten

und der systemische Wettbewerb zwischen China und dem Westen die Entwicklung der digitalen Wirtschaft in neue Richtungen vorangetrieben. Viele etablierte Institutionen und Governance-Strukturen der liberalen Wirtschaftsordnung wurden infrage gestellt. Die folgenden Trends sind dabei von zentraler Bedeutung

Erstens hat die Rolle staatlicher Eingriffe als Instrument zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Technologiesektoren an Bedeutung gewonnen. Bis vor Kurzem wurde der Ansatz – den man als aktive Industriepolitik bezeichnen kann – von vielen westlichen Regierungen und Wirtschaftsexpertinnen ausdrücklich abgelehnt. Wichtiger Hintergrund für die Veränderung war der globale Aufstieg des chinesischen Technologiesektors.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich Unternehmen aus China in verschiedenen Tech-

nologiebereichen – etwa bei Online-Plattformen oder der Telekommunikation – zu ernsthaften Konkurrenten westlicher Unternehmen entwickelt. Dieser Erfolg beruhte allerdings auf einer strategischen Unterstützung durch den Staat. Chinesische Behörden regulierten beispielsweise den Internet-Markt, um inländische Unternehmen vor der globalen Konkurrenz zu schützen. Die sogenannte „Great Firewall“ verhinderte den Zugang zu ausländischen digitalen Diensten und führte so zu einem Wettbewerbsnachteil für ausländische Big-Tech-Unternehmen – vor allem für die etablierten US-amerikanischen Anbieter wie Google, Facebook, Amazon oder Microsoft. Darüber hinaus hat die Regierung verschiedene Maßnahmen zur Förderung ausgewählter „nationaler Champions“ im Technologiebereich ergriffen: Die Inlandsnachfrage nach digitalen Dienstleistungen wurde durch öffentliche Beschaffung gesteuert, die Zusammenarbeit mit staatseigenen Unternehmen koordiniert und die Expansion der Unternehmen auf ausländische Märkte unterstützt. Seit 2020 hat außerdem die Kommunistische Partei den digitalen Unternehmen restriktivere Richtlinien auferlegt. Der sogenannte „Tech Crackdown“ zielte offensichtlich darauf ab, die Kontrolle der Regierung über Innovationsprozesse im heimischen Technologiesektor zu stärken.

Die wirtschaftlichen Erfolge der Digitalunternehmen aus China – wie auch die geopolitisch ausgerichtete Unterstützung seitens des chinesischen Staates – zeigen bereits Auswirkungen auf die industriepolitischen Strategien vieler westlicher Regierungen. In den Vereinigten Staaten beispielsweise unterstützt die Regierung zwar schon länger den heimischen Technologiesektor durch strategische Forschungs- und Entwicklungsprojekte für die Verteidigungsindustrie. In jüngerer Zeit erleben wir jedoch eine neue Welle der staatlichen Interventionen, die offenbar zunehmend in die Marktprozesse eingreifen – und in vielen Fällen explizit auf die chinesische Herausforderung reagieren. Beispiele hierfür sind Export- und Importbeschränkungen für Technologieunternehmen aus China oder die großzügigen Förderprogramme, die die heimische Produktion von IT-Hardware wie Halbleitern ankurbeln sollen.

Die Situation in der EU, wo der Digitalsektor deutlich schwächer ist, scheint komplexer. Einerseits wurden auch hier kürzlich große Sub-



Grzegorz Lechowski ist Wirtschaftssoziologe an der Helmut Schmidt Universität in Hamburg; am WZB ist er Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion.
grzegorz.lechowski@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

ventionsprogramme eingeführt, um den Ausbau heimischer Produktionskompetenzen zu unterstützen. Außerdem sollen neue Marktregulierungen wie der Digital Services Act oder der Digital Markets Act die Machtposition ausländischer Big-Tech-Unternehmen eindämmen. Die von vielen Politikern aufgegriffene Rhetorik der „digitalen Souveränität“ hat dabei die direktere staatliche Einmischung im Technologiesektor weitgehend gerechtfertigt. Andererseits bleibt offen, inwieweit das bestehende wirtschaftspolitische und regulatorische System der Union mit den neuen Zielen der Politik vereinbar ist. Zu den wesentlichen Hemmnissen, die in der Forschungsliteratur hervorgehoben werden, gehören der restriktive wettbewerbspolitische Rahmen der EU oder die möglichen Konflikte zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten über die Verteilung finanzieller Ressourcen.

Der zweite Trend der Veränderung hängt mit geopolitischen Spannungen in der globalen Internet-Governance zusammen. Seit den 1990er-Jahren war das Internet nach den Prinzipien grenzenloser Datenströme und dezentraler Regulierung organisiert. Es wird dabei von privaten, öffentlichen und nicht staatlichen Organisationen gemeinsam gesteuert. Diese Governance-Ordnung wird als „Multistakeholder“-Modell bezeichnet und ist eine Alternative zur Dominanz nationalstaatlicher Akteure.

Allerdings wurde diese Ordnung in den letzten zwei Jahrzehnten von einigen aufstrebenden

und autoritären Ländern zunehmend infrage gestellt. China und Russland stehen an der Spitze der Gegenbewegung, die für „Internet-Souveränität“ kämpft. Als zentralen Ort für die Auseinandersetzung wählten sie die Internationale Fernmeldeunion (ITU), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die in erster Linie den Vertretern nationaler Regierungen – und nicht der Industrie oder NGOs – eine Stimme gibt. Die Hauptmotivation Russlands und Chinas war, sich der vermeintlichen Dominanz des US-amerikanischen Technologiesektors in der Internet-Governance zu widersetzen. Darüber hinaus wollten die beiden Länder die innerstaatliche Kontrolle über Internetdienste und Datenverkehr verstärken, um die Stabilität ihrer autoritären politischen Systeme zu sichern. Ein konkretes Beispiel dafür, wie das etablierte Internet-Governance-Modell durch autoritäre Regime aktuell herausgefordert wird, ist Chinas Förderung eines neuen Technologiestandards für das Internetprotokoll (IP) innerhalb der ITU. Sollte diese „New-IP“-Initiative erfolgreich sein, würde die technologische Architektur des Internets eine staatliche Kontrolle der Netzwerkkommunikation vereinfachen.

Wir gehen davon aus, dass sich die zunehmenden Spannungen in der Internet-Governance konkret auf die technologische und organisatorische Struktur des globalen Internets auswirken werden. Bisher haben die westlichen Länder dem Druck aus China und Russland weitgehend erfolgreich widerstanden. Langfristig sind aber die politischen Dynamiken und Machtverhältnisse in den internationalen Organisationen schwer vorherzusagen. Allerdings ist auch denkbar, dass in den kommenden Jahren westliche Länder selbst ihre Haltung zur globalen Internet-Governance ändern könnten. Fragen wie technologische Standards und Datenflüsse könnten zunehmend innerhalb kleinerer Gruppen gleichgesinnter Staaten unter westlicher Führung geregelt werden. Ein Beispiel hierfür sind die aktuellen Handels- und Investitionsinitiativen der US-Regierung – etwa der gemeinsam mit der EU gegründete Trade and Technology Council (TTC) oder das Indo-Pacific Economic Framework (IPEF) in Asien.

Die dritte Tendenz schließlich betrifft die Rivalität zwischen westlichen Ländern und China um den technischen und wirtschaftlichen Einfluss im Globalen Süden. Digitale Entwick-

lungsinitiativen konkurrieren hier genauso miteinander wie internationale Technologieallianzen, die sich vor allem auf Regionen wie Afrika, Lateinamerika und Zentral- oder Südostasien konzentrieren. Mit seinem 2015 ins Leben gerufenen Programm der „Digitalen Seidenstraße“ hat sich China schon früh einen Vorsprung verschafft. Das Ziel des Programms war es, die Entwicklung digitaler Infrastrukturen in Schwellenländern durch großzügige Fördermittel der nationalen Regierung und privater Unternehmen zu unterstützen. Im Laufe der Zeit wurde dieses Programm zur wichtigsten Schiene, auf der sich Chinas Hard- und Softwaretechnologien und Standards in weniger entwickelten Ländern verbreitet haben. Eindrückliches Beispiel ist die weltweite Verbreitung von chinesischen 5G-Telekommunikationsgeräten.

Das durch die „Digitale Seidenstraße“ flankierte Engagement der Tech-Unternehmen aus China im Globalen Süden hat allerdings ernsthafte Bedenken und erste Gegenreaktionen in den USA und der EU hervorgerufen. Beispielsweise wurde argumentiert, das chinesische Entwicklungsprogramm könne die Wettbewerbsfähigkeit westlicher Digitalunternehmen in den Schwellenländern benachteiligen. Darüber hinaus wurde die Sorge geäußert, das Programm fördere durch die Verbreitung chinesischer Kommunikationstechnologien ein autoritäres Modell der Daten- und Internet-Governance. Um dem wachsenden Einfluss Chinas in der Digitalwirtschaft des Globalen Südens entgegenzuwirken, haben westliche Regierungen kürzlich alternative Investitionsprogramme vorgeschlagen. Bisher scheint die „Global Gateway“-Initiative der Europäischen Union die wichtigste zu sein. Ähnlich wie China hat nun auch die EU-Kommission angekündigt, riesige Summen für den Ausbau digitaler Infrastrukturen in Drittländern bereitzustellen.

Nun ist aber zu beachten, dass die digitalen Investitions- und Entwicklungsinitiativen der westlichen Regierungen im Globalen Süden voraussichtlich mit einigen geostrategischen Herausforderungen konfrontiert werden. Beispielsweise ist es den chinesischen Firmen bereits gelungen, ihre digitalen Technologien in einer Reihe von Schwellen- oder Entwicklungsländern einzuführen – diese Märkte stehen den westlichen Investitionen möglicherweise nicht mehr offen. Zweitens können die neuen Initiativen der Europäischen Union oder

der USA im digitalen Sektor, anders als die chinesischen Programme, in den Empfängerländern auf regulatorische und wertebasierte Konflikte stoßen. So sollen etwa die Investitionen des Global-Gateway-Projekts der EU mit strengen normativen Auflagen verbunden sein – einschließlich hoher Umwelt- und Arbeitsstandards. Solche normativen Bindungen werden jedoch im Globalen Süden oft zunehmend als eine Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit wahrgenommen.

Wir gehen davon aus, dass diese drei langfristigen Tendenzen – die Renaissance der Industriepolitik, die Auseinandersetzung um die Internet-Governance und der Wettbewerb zwischen China und dem Westen um den Einfluss im Globalen Süden – Schlüsselfaktoren für die schrittweise Umgestaltung der globalen digitalen Wirtschaft in den kommenden Jahren sein werden. Die Ergebnisse der Prozesse bleiben jedoch offen und erfordern genauere empirische Untersuchungen.

Einerseits muss beobachtet werden, wie sich die von den Westmächten unterstützte „liberale“ Wirtschaftsordnung im Digitalsektor weiterentwickelt. Der Westen ist, zusammen mit seinen Verbündeten, die Herausforderung durch China bereits auf mehreren Ebenen angegangen. Er hat inländische und transnationale Ressourcen mobilisiert, um die technologische Führerschaft zu behalten; er hat neue Investitionsprogramme im Globalen Süden angeregt und die Regulation der digitalen Technologien in neue Handelsabkommen mit gleich gesinnten Ländern aufgenommen. All dies wird erhebliche Auswirkungen darauf haben, wie sich der Westen in die globale Wirtschaft einbringt und wie westliche Länder im eigenen Bereich die Verhältnisse zwischen dem Staat und dem Privatsektor regeln.

Literatur

Farrell, Henry/Newman, Abraham L.: „The Janus Face of the Liberal International Information Order: When Global Institutions Are Self-undermining“. In: International Organization, 2021, Jg. 75, H. 2, S. 333–358.

Hemmings, John: „Reconstructing Order: The Geopolitical Risks in China's Digital Silk Road“. In: Asia Policy, 2020, Jg. 15, H. 1, S. 5–22.

Ewa Dąbrowska ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Exzellenzcluster SCRIPTS – Contestations of the Liberal Script der Freien Universität Berlin. ewa.dabrowska@fu-berlin.de

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.



Auch die Dynamik in den Schwellen- und Entwicklungsländern muss aufmerksam verfolgt werden. Im Hinblick auf die Regulierung des Internetsektors wird eine wichtige Frage sein, wie sich die Interessen aufstrebender Technologiemächte wie Indien, Brasilien oder Südafrika in Regeln der globalen Internet-Governance einfügen lassen. Derzeit sehen sich diese Länder oft durch Regulierungen benachteiligt, die dem grenzüberschreitenden Datenfluss den Vorrang geben und so die Interessen etablierter Tech-Unternehmen unterstützen.

Was schließlich das geopolitische Gesamtbild betrifft, glauben wir, dass es zu einfach wäre, zu erwarten, dass sich rivalisierende Blöcke um einzelne wirtschaftliche Führungsmächte – wie die USA, Europa oder China – festigen werden. Die Dynamiken, die wir beschreiben, könnten vielmehr zu komplexeren geografischen, institutionellen und organisatorischen Strukturen im Digitalsektor führen. ●

Jiang, Hong/Murmann, Johann Peter: „The Rise of China's Digital Economy: An Overview“. In: Management and Organization Review, 2022, Jg. 18, H. 4, S. 790–802.

Lechowski, Grzegorz/Krzywdzinski, Martin: „Emerging Positions of German Firms in the Industrial Internet of Things: A Global Technological Ecosystem Perspective“. In: Global Networks, 2022, Jg. 22, H. 4, S. 666–683.



Die Aufregung war groß, als der Milliardär Elon Musk vor einem Jahr den Kurznachrichtendienst Twitter kaufte und ankündigte, ihn zu einer „globalen Plattform für Redefreiheit“ machen zu wollen. Wohin entwickelt sich die digitale Öffentlichkeit? Wer hat die Macht im weltweiten Netz? Diesen Fragen geht Julia Pohle in ihrem Artikel nach. Das Bild dazu hat unsere Fotoredakteurin Gesine Born mithilfe der KI-Software Midjourney generiert.

Vom Mythos der Zersplitterung

Das globale Netz zwischen Zentralisierung und Pluralisierung

Heftig wird gerade diskutiert, ob das Internet als weltumspannendes Netzwerk seinen Zenit überschritten hat. Überregulierung, Plattformisierung und die Ansprüche einiger Länder auf digitale Souveränität deuten darauf hin. Doch zerbricht unser globales Netz wirklich in inkompatible Teilnetze? Julia Pohle wirft einen kritischen Blick auf die Diskussion um eine mögliche Fragmentierung des Internets und stellt eine alternative Interpretation zur Debatte.

Julia Pohle

Die Globalisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte sind ohne das weltweite Internet schwer vorstellbar. Vom globalen Handel bis in den privaten Bereich ermöglicht es den Austausch großer Mengen digitaler Daten in Echtzeit, über physische und virtuelle Grenzen hinweg. Das Internet bildet damit den Kern dessen, was wir als globale digitale Ordnung verstehen: die Gesamtheit der technischen, wirtschaftlichen und politischen Praktiken, die unsere globalen Kommunikations- und Datenflüsse ermöglichen und prägen. Wie sich das globale Internet und die globale digitale Ordnung gestalten, ist jedoch seit jeher umkämpft. Gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen nicht nur, wie die globale Vernetzung technisch gestaltet wird. Sie bestimmen auch, welche Art von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen das Internet befördert.

Weil sich die Ausgestaltung unserer globalen digitalen Ordnung in bestimmte Richtungen zu

bewegen scheint – unter dem Einfluss von Überregulierung, Plattformisierung und staatlichen Souveränitätsansprüchen –, warnen etliche VertreterInnen aus Wissenschaft und Politik vor einer möglichen Fragmentierung des globalen Internets. In einem historischen Blick auf die digitale Vernetzung versuchen wir, die Sorge vor einem solchen Auseinanderbrechen unserer digitalen Infrastrukturen in ihre geopolitischen, technologischen und wirtschaftlichen Kontexte kritisch einzuordnen. Unsere Erkenntnisse zeigen, dass die Fragmentierungsdebatte die tatsächlichen Dynamiken der globalen Digitalpolitik vereinfacht. Statt einer Fragmentierung erkennen wir eine zunehmende Vielfalt von AkteurInnen und gleichzeitig eine Konzentration der Macht in bestimmten Teilen des Internets.

Das Internet gilt als Musterbeispiel eines offenen und dezentralen Netzwerks. Dezentral bedeutet, dass es im ursprünglichen Design des Internets kaum zentrale Eingriffspunkte gibt,

die von einzelnen Staaten, Organisationen oder Unternehmen kontrolliert werden können. Vielmehr ist das Internet ein Netzwerk der Netze: Es besteht aus einem dynamischen Zusammenschluss vieler kleiner und großer Netz-

„Die Offenheit und geografische Ungebundenheit des Internets waren entscheidend für seine weltweite Verbreitung“

werkinfrastrukturen sowie, vereinfacht gesagt, aus einer sich ständig aktualisierenden Karte der Gesamtstruktur und ihrer Elemente. Die Offenheit des Internets besteht darin, dass sein technisches Design nicht vorgibt, wie die einzelnen Elemente des Netzes beschaffen sein müssen. Vielmehr gibt es bestimmte Mechanismen, die regeln, wie Daten zwischen den Teilnetzwerken des Internets ausgetauscht werden können. Datenflüsse können damit theoretisch zwischen beliebigen Diensten und Programmen stattfinden, und das grenzüberschreitend. Für die Kommunikation per E-Mail zum Beispiel ist es irrelevant, welche E-Mail-Anbieter Sender und Empfänger nutzen und wo sie sich geografisch befinden, solange diese Anbieter die gleichen technischen Protokolle nutzen.

Die Offenheit und die geografische Ungebundenheit des Internets waren entscheidend für seine weltweite Verbreitung und seine Durchsetzung als Standard für digitale Infrastrukturen. Gleichzeitig waren sie aber auch das Ergebnis bewusster Entscheidungen der US-amerikanischen Technologie- und Wirtschaftspolitik. Als Kind seiner Zeit beruht das Internet auf der neoliberalen Vorstellung einer marktgetriebenen Technologieentwicklung, in der staatlichen AkteurInnen möglichst wenig Handlungsmacht zukommen sollte. Über die weltweite Ausbreitung des Internets erlangten diese Vorstellungen von digitaler Vernetzung eine weit über die USA hinausreichende Popularität, die bis heute politisch und gesellschaftlich nachhallt. Lange galt der durch das Internet geschaffene „Cyberspace“ als Verkörperung der kosmopolitischen Utopie einer im virtuellen Raum vereinten Weltgesellschaft, die frei von geopolitischen Machtkämpfen ist.



Julia Pohle ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der WZB-Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung, Senior Associate Researcher am Center for Digitalisation, Democracy and Innovation (CD2I) an der Brussels School of Governance in Belgien und Academic Editor des Internet Policy Review. Sie forscht insbesondere zu den Themen Internet Governance, Internetpolitik und digitale Gesellschaft. julia.pohle@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

30 Jahre nach der kommerziellen Einführung des Internets müssen wir feststellen, dass sich diese Ideale nicht verwirklichen ließen. Heute dominiert eine kleine Anzahl einflussreicher Plattformunternehmen aus den USA und zunehmend auch aus China die weltweite Digitalwirtschaft und unsere globalen Datenflüsse. Diese sogenannten Intermediäre setzen mit ihren Geschäftsbedingungen und -praktiken die

„Einflussreiche Plattformunternehmen aus den USA und China dominieren die weltweite Digitalwirtschaft“

Regeln für wirtschaftliches und soziales Handeln im Netz, wobei sie Wünsche der NutzerInnen oder staatliche Vorgaben meist nur infolge des großen öffentlichen Drucks berücksichtigen. Zudem schaffen sie durch ihre Anwendungen und Dienste in sich geschlossene digitale Ökosysteme, sogenannte „walled gardens“. Der Zugang wird nur gegen das Anlegen eines Kontos und durch die Zustimmung zu den Nutzungsbedingungen gewährt. Der Austausch von Daten und Nachrichten zwischen diesen privat betriebenen Ökosystemen ist zudem nicht oder

kaum möglich. NutzerInnen des US-amerikanischen Anbieters WhatsApp können von der Plattform keine Nachrichten an Personen schicken, die andere Messenger-Apps wie Signal oder WeChat nutzen. Anbietende auf dem chinesischen Online-Marktplatz Alibaba können nicht mit der Kundschaft auf Plattformen wie Ebay oder Amazon handeln, ohne den Dienst zu verlassen. Die NutzerInnen der jeweiligen Plattformen, deren Popularität regional und national stark variiert, bleiben unter sich.

Neben Unternehmen üben auch Staaten von jeher Einfluss darauf aus, wie sich unser digitaler Raum gestaltet. Mit dem Ziel, die eigene Selbstbestimmungs- und Handlungsfähigkeit zu wahren, intervenieren sie durch politische oder technische Regeln immer stärker. So schränken autoritäre Staaten bereits frühzeitig digitale Informationsflüsse und den Zugang zu digitalen Diensten durch Zensur, Verbote und digitale Abschottung massiv ein. China ist dabei mit seiner „Great Firewall“ das prominenteste und tiefgreifendste Beispiel unter vielen. Aber auch demokratisch geprägte Länder regulieren den Kommunikationsfluss und den Austausch von Daten über das Netz immer umfassender, sei es zum Wohle ihrer eigenen Wettbewerbsfähigkeit im globalen Datenkapitalismus oder zum Schutz von Nutzerrechten und demokratischen Öffentlichkeiten. Insbesondere die EU setzt verstärkt auf Regulierung, um weltweit Standards zu etablieren und einheimischen sowie ausländischen Plattformunternehmen Grenzen zu setzen.

Diese Tendenzen, globale digitale Datenflüsse zunehmend zu kontrollieren und teilweise zu unterbinden, befeuern die Sorge vor einer Fragmentierung des globalen Netzes. Gemeint ist damit zumeist ein Auseinanderbrechen des

„Die Fragmentierung des Internets wird häufig gleichgesetzt mit dem Verlust von Freiheitsräumen“

globalen Netzwerks in distinkte Teilnetzwerke, die im schlimmsten Fall untereinander nicht mehr kompatibel sind und es nicht mehr erlauben, digitale Daten auszutauschen. Die Idee, dass das Internet in separate nationale Seg-

mente zerfallen könnte, deren virtuelle Grenzen sich an geografischen Räumen orientieren, wird in der wissenschaftlichen Debatte auch oft mit dem Begriff der „splinternets“ zugepunktet. Gerade aus einer US-amerikanischen Perspektive wird die Fragmentierung des Internets dabei häufig gleichgesetzt mit dem Verlust von Freiheitsräumen und langfristig mit dem Verlust des freien und offenen Internets insgesamt.

In der Fragmentierungsdebatte wird zumeist zwischen drei Formen differenziert: einer technischen Fragmentierung auf der Ebene der Internetinfrastruktur (z. B. aufgrund der Nutzung unterschiedlicher Protokolle), einer staatlich getriebenen Fragmentierung durch gesetzliche Vorgaben und andere Eingriffe (z. B. das Blockieren bestimmter Inhalte oder Anwendungen) sowie einer kommerziellen Fragmentierung (z. B. aufgrund von „walled gardens“). Je nach Perspektive richtet sich die Kritik der Debatte nicht nur gegen autoritäre Regime, die sich digital abzusichern suchen. Vielmehr nimmt sie auch die Regulierungsbestrebungen liberaler Staaten sowie die Geschäftspraktiken mächtiger Plattformunternehmen in den Blick.

Das ursprüngliche Ideal des Internets als Netzwerk der Netze ist darauf ausgelegt, auf der Basis eines gemeinsamen Fundaments Teilsysteme sehr unterschiedlicher Art herauszubilden und zu verbinden. Das wird selbst bei einem differenzierten Verständnis von Fragmentierung oft übergangen. Das globale Internet war niemals ein einheitlicher, weltumspannender Daten- und Kommunikationsraum. Vielmehr war es seit jeher vielschichtig, lückenhaft und in vielen Teilen weniger frei und offen, als wir uns das gerne vorgemacht haben. Aufgrund von technischen, sprachlichen, politischen und gesellschaftlichen Barrieren gab es stets große Unterschiede im Zugang zu digitalen Kommunikationsflüssen. Außerdem wurde die Gestaltung des Internets und seiner Dienste schon immer stark von einzelnen AkteurInnen dominiert. Die USA hatten über viele Jahre hinweg eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des Internets, was zu einer Konzentration der Macht bei wenigen US-amerikanischen Unternehmen und Organisationen führte. Diese agierten als Gatekeeper zum Internet und erweiterten kontinuierlich ihren Einfluss.

Die idealisierte Vision eines offenen und dezentralen Internets hat diese ungleiche politi-

sche und wirtschaftliche Machtverteilung also nicht zu verhindern gewusst. Zudem bekam sie im letzten Jahrzehnt zunehmend Konkurrenz. Statt der einen wirkmächtigen Vorstellung einer globalen digitalen Ordnung konkurrieren heute ganz unterschiedliche politische Perspektiven um die digitale Vernetzung und wer-

„Wir sehen derzeit eine immer stärkere Zentralisierung von Macht und Einflussmöglichkeiten“

den von Staaten in unterschiedlichen Teilnetzwerken des Internets praktisch umgesetzt. Die EU strebt beispielsweise einen „dritten Weg der Digitalisierung“ an, der sich vom wirtschaftsliberalen Ansatz der USA und dem autoritär-res-triktiven Ansatz Chinas unterscheidet. Auch Unternehmen tragen zu dieser Diversifizierung bei, indem sie mit ihren „walled gardens“ geschlossene Teilnetzwerke mit eigenen Regeln schaffen und sich an die politischen Bedingungen in verschiedenen Märkten anpassen. Anstatt einer Fragmentierung beobachten wir in unserer Forschung daher vor allem eine Pluralisierung der globalen digitalen Ordnung.

Mit dieser Diversifizierung werden aber auch die Machtverhältnisse in der globalen digitalen Ordnung komplexer. Statt eines horizontal organisierten globalen Netzes sehen wir derzeit eine immer stärkere Zentralisierung von

Macht und Einflussmöglichkeiten innerhalb der Teilnetzwerke des Internets. Denn unter unterschiedlichen politischen Vorzeichen versuchen diverse AkteurInnen, in bestimmten Teilnetzwerken zentral Regeln zu setzen und Kontrolle auszuüben. Wenn ein Unternehmer wie Elon Musk eine globale Kommunikationsplattform wie Twitter erwerben und ihre Regeln nach eigenem Gusto umgestalten kann, übt er eine zentralisierte Gestaltungsmacht über digitale Öffentlichkeiten aus, wie sie selbst Staaten nur selten zukommt. Diese zunehmende Zentralisierung von Einflussmöglichkeiten in Teilnetzwerken birgt nicht nur die Gefahr des politischen Missbrauchs, sondern wird auch durch den Wettbewerb geopolitischer und wirtschaftlicher Eigeninteressen vorangetrieben.

Das größte Risiko für die globale digitale Vernetzung, wie wir sie heute kennen, ist also nicht eine mögliche Fragmentierung des Netzes und der Verlust von weltweiter Konnektivität. Von einem einheitlichen Netz, das weltweit ähnlich gestaltet ist, haben wir uns schon weit entfernt. Vielmehr stellen die zentralisierten Kontroll- und Einflussmöglichkeiten in bestimmten Teilen des Internets eine größere Bedrohung für unser Ideal einer globalen digitalen Ordnung dar. Wohin die Reise geht, ist noch nicht klar. Erst die Zeit wird zeigen, welche gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen ein globales Internet hat, das durch Kontrolle und vertikale Gestaltungsmacht geprägt ist – anstelle von horizontaler Vernetzung und freiem Datenverkehr. ■

Literatur

Drake, William J./Cerf, Vinton G./Kleinwächter, Wolfgang: „Internet Fragmentation: An Overview“. Future of the Internet Initiative White Paper. Geneva: World Economic Forum 2016.

Perarnaud, Clément/Rossi, Julien/Musiani, Francesca/Castex, Lucien: „Splinternets‘: Addressing the Renewed Debate on Internet Fragmentation“. Panel for the Future of Science and Technology (STOA) of the European Parliament. 2022.

Pohle, Julia/Voelsen, Daniel: „Centrality and Power. The Struggle over the Techno-political Configuration of the Internet and the Global Digital Order“. In: Policy & Internet, 2022, Jg. 14, H. 1, S. 1-15.

Pohle, Julia/Voelsen, Daniel: „Das Netz und die Netze. Vom Wandel des Internets und der globalen digitalen Ordnung“. In: Berliner Journal für Soziologie 2022, Jg. 32, S. 455-487.

Roboter haben keine Interessen

Plädoyer für eine politökonomische Perspektive auf die Digitalisierung

Die Hoffnungen, die mit der Einführung digitaler Werkzeuge und Prozesse in der Arbeitswelt verbunden sind, sind so groß wie die Befürchtungen. Wo die einen das Ende der Arbeit heraufbeschwören, sehen die anderen die kommende Überwindung des kapitalistischen Systems. Beide Lager neigen dazu, „die Digitalisierung“ als handelndes Subjekt zu sehen. Zu Unrecht, wie Nathan Weis und Peter Schadt betonen.

Nathan Weis und Peter Schadt

Die Vernetzung von Produktion und Alltag mithilfe von standardisierten Daten und algorithmischen Systemen wird seit mehr als einer Dekade unter den Stichwörtern „Digitalisierung“ und „Industrie 4.0“ diskutiert. Diese Vernetzung betrifft branchenübergreifend Arbeitsprozesse und Kommunikation, aber auch die Produkte selbst werden digitalisiert. Gleichzeitig entstehen neue Geschäftsmodelle und Arbeitsformen auf der Grundlage von Internetplattformen. Die Auswirkungen der Digitalisierung werden kontrovers diskutiert: Sie wird einerseits als Herausforderung gesehen, da in großem Maße neue Kompetenzen und Infrastrukturen benötigt werden, andererseits als Chance, da eine erfolgreiche Digitalisierung Wachstum, Arbeitserleichterungen und nachhaltige Entwicklungen verspricht. Regelmäßig wird bemängelt, dass Deutschland hinter den Erwartungen zurückbleibe. Die Digitalisierung ist demnach sowohl Projektionsfläche für technologisch inspirierte Optimisten, die in ihr den Schlüssel zur Lösung sämtlicher „Menschheitsprobleme“ sehen, als auch Anlass für dystopi-

sche Bilder einer Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht und in der die Herrschaft der Roboter anbricht. Wir wollen thesenartig einige gängige Vorstellungen, Befürchtungen und Hoffnungen zur Digitalisierung aufgreifen und kritisch einordnen.

Unter dem Titel „Digitalisierung“ werden neue Techniken und Infrastrukturen wie das Internet der Dinge, Algorithmen oder Big Data in der Regel als exogene, also aus äußeren Ursachen entstehende Trends vorgestellt, die verschiedene – oft sich widersprechende – Wirkungen auf die Arbeitswelt, auf Produkte und Produktion oder spezifische Akteure in der Wirtschaft hätten. Dass „die Digitalisierung“ „uns“ überall begegnet, die Art, wie „wir“ leben und arbeiten, stark verändert und zu allerlei Anpassungen zwingt, ist Allgemeingut in der öffentlichen Debatte: Sie zwingt Beschäftigte zu schnellerem Arbeiten, mehr Flexibilität und neuen Kompetenzen, Führungskräfte zum Umdenken, die Industrie zu neuen Partnerschaften und sogar ganze Staaten dazu, sich außenpolitisch neu aufzustellen. Dass



Nathan Weis ist Stipendiat im Promotionskolleg „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“ und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. In seiner Dissertation beschäftigt er sich mit Digitalisierung und Elektrifizierung der Automobilindustrie mit dem Schwerpunkt auf regionalen Dynamiken. nathan.weis@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

sich diese Art und Weise, über die Digitalisierung zu sprechen, weitgehend durchgesetzt hat, macht sie nicht weniger falsch.

Auch in den Sozialwissenschaften werden die Wirkungen des Digitalen auf die Gesellschaft diskutiert, zum Beispiel in Noortje Marres Buch „Digital Sociology. The Reinvention of Social Research“. Aus der Überzeugtheit von den Folgen des Digitalen auf „unser soziales Leben“ wird das Forschungsprogramm abgeleitet, die Veränderung der Beziehung zwischen Technologie und Sozialität durch das Digitale besser verstehen zu wollen. Gemeinsam ist diesen Darstellungen, dass sie der Digitalisierung Subjektstatus zusprechen und sie als einen sich selbst schaffenden Prozess verstehen. Dabei handelt es sich um einen Widerspruch in sich, der jedoch für politische Akteure ein produktives Moment aufweist: Veränderungen von Arbeitsbedingungen und politischen Regelungen werden auf diese Weise als durch die Veränderung selbst erfordert vorgestellt. So lässt etwa das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz verlautbaren, der digitale Wandel Sorge nicht nur für neue Produkte und Dienste, sondern verlange auch neue Antworten und Lösungen. So werden technischen Prozessen Eigenschaften eines Akteurs zugeschrieben: Sie kontrollieren Arbeitsabläufe, treffen selbstständig Entscheidungen und „lernen“ dabei kontinuierlich, werden also immer leistungsfähiger.

Was an sozialen, ökonomischen und ökologischen Umwälzungen im Rahmen der Digitalisierung passiert, wird so zum quasi naturwüchsigen Ergebnis der neuesten Entwicklung der Produktivkräfte.

Dem halten wir entgegen, dass „die Digitalisierung“ gar nichts macht. Sie ist kein handelndes Subjekt, das eigene Interessen hätte und anderen etwas vorschreiben könnte. Die Digitalisierung ist ein Mittel, das von handelnden Akteuren bewusst zur Verfolgung ihrer Interessen eingesetzt wird. Dabei gibt es Gegensätze, die aber nicht auf das technische Mittel Digitalisierung zurückgehen, sondern auf die Gegensätzlichkeit der Interessen, für die es eingesetzt wird. An dieser Stelle ist es also notwendig, die handelnden Subjekte und ihre Interessen in den Blick zu nehmen. Es sind Unternehmen, die ihre Betriebsabläufe digitalisieren und neue Geschäftsmodelle entwickeln. Ein schnellerer Arbeitsrhythmus und permanente Verfügbarkeit sind nicht das Resultat von digitalem Handschuh oder Smartphone, sondern Ergebnis dessen, das die Beschäftigten von ihren Vorgesetzten dazu angehalten werden, Betriebsziele zu erfüllen. Die Sprachfigur von der Digitalisierung als handelndem Akteur be-

„Ein schnellerer Arbeitsrhythmus und permanente Verfügbarkeit sind nicht das Resultat von digitalem Handschuh oder Smartphone, sondern Ergebnis dessen, das die Beschäftigten von ihren Vorgesetzten dazu angehalten werden, Betriebsziele zu erfüllen“

zeichnen wir als Scheinsubjekt. Dieser Begriff ist der Grammatik entlehnt und findet dort Anwendung, wo einem Phänomen, das selbst von keinem handelnden Subjekt gemacht wird, ein Subjekt zugeschrieben wird – etwa bei der Aussage: „Es regnet“. Das Scheinsubjekt Digitalisierung verschweigt, wer die handelnden Akteure der Digitalisierung sind und aus welchen Gründen sie diese ins Werk setzen.



Peter Schadt forscht an der Universität Stuttgart und ist dort Lehrbeauftragter am Institut für Sozialwissenschaften. Zu seinen Fachgebieten gehören Digitalisierungsprozesse in der Wirtschaft sowie die Transformation der Sozialen Arbeit. Er ist zudem Autor und Gewerkschaftssekretär.

peter.schadt@dgb.de

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

Varianten eines behaupteten Gegensatzes von Roboter und Mensch werden seit Langem ausgemalt, sei es in Belletristik oder Film, in Wissenschaft oder Politik. Die Soziologin Sabine Pfeiffer zitiert Friedrich Krotz, demzufolge die Roboter einerseits durch die menschliche Gattung technisch hergestellt und programmiert und dieser dadurch untergeordnet sind. Andererseits seien sie mit Menschen konkurrierende Akteure, die nicht nur Befehle ausführen, sondern auch Anordnungen formulieren. Pfeiffer kritisiert diese Konstruktion mit der treffenden Polemik, es würden wohl „nicht die Robot Overlords sein, die zukünftig in Davos den Champagner trinken“.

Es lohnt allerdings, diese Polemik noch etwas genauer auszuführen. Es gibt im eigentlichen Sinne genauso wenig eine Zusammenarbeit von Mensch und Roboter wie von Mensch und

„Es gibt genauso wenig eine Zusammenarbeit von Mensch und Roboter wie von Mensch und Hammer“

Hammer. Wenn Menschen kooperieren, dann nutzen sie die gesteigerte Produktivität ihrer gemeinsamen Tätigkeit, weil sie einen Zweck verfolgen, der gemeinsam besser – oder über-

haupt erst – zu verwirklichen ist. Ein Roboter allerdings kennt keine eigenen Zwecke, sondern ist ein reines Mittel. Unter den bestehenden Produktionsverhältnissen sind die Roboter ein Mittel der Unternehmen und eben nicht selbst Akteure. Oder anders: Es ist nicht der Roboter, der mit den Menschen konkurriert. Womit die Beschäftigten konfrontiert werden, ist der ihren Interessen zuwiderlaufende Grund für den Robotereinsatz: Betriebsabläufe sollen beschleunigt, bezahlte Arbeit ersetzt werden.

Diverse Theoretiker*innen sehen das bevorstehende Ende der Arbeit als Folge der zunehmenden Automatisierung oder der Dematerialisierung der Produktion. Unter anderem machte der Journalist Paul Mason auf sich aufmerksam, der den „Postkapitalismus“ ausrief. Auch diese Annahme vom Ende der beschwerlichen Arbeit, die wohl so alt ist wie der Einsatz technischer Hilfsmittel selbst, wird einerseits von Freude und andererseits von Angst begleitet. Die Befürchtung besteht in der technologischen Arbeitslosigkeit, wenn der Einsatz von Maschinen menschliche Arbeitskraft überflüssig macht und dadurch viele abhängig Beschäftigte ihre Erwerbstätigkeit verlieren. Freude kommt bei jenen auf, die darin eine Zukunft erblicken, in der Arbeit überflüssig wird, oder gar das Ende des Kapitalismus. Beide Annahmen halten wir für falsch.

Es ist im Interesse der Unternehmen, ihre Betriebsabläufe so schnell, reibungslos und rentabel wie möglich zu machen, um Profite zu erwirtschaften. Ein Mittel, um dies zu erreichen, ist die Reduzierung des Arbeitsaufwands, der zur Produktion der Güter notwendig ist. Erreicht werden kann dies durch den Einsatz neuer Techniken, mit deren Hilfe mehr Produkte pro Zeiteinheit hergestellt werden können. Kriterium für die Anschaffung der Techniken ist, dass sie billiger zu haben sind als die Kosten für den Arbeitsaufwand, den sie damit einsparen. Diese Kalkulation führt zu immer neuen und weiteren Wellen der Automatisierung. Gleichzeitig liegt in genau jener Kalkulation auch der Grund dafür, warum weitere Digitalisierungsfortschritte ausbleiben: Wo die Arbeitskosten nach wie vor billiger sind als die Anschaffung modernerer Hilfsmittel, wird nichts digitalisiert und weiter an den ältesten Geräten gearbeitet. In der Ökonomie wird deswegen gerne vom innovationshemmenden Niedriglohn gesprochen.

Außerdem ist zu bedenken, dass die Einführung digitaler Techniken nicht gleichbedeutend ist mit der Entlassung von Arbeitskräften. Der Einsatz der Techniken bedeutet zunächst, dass die Arbeitsabläufe beschleunigt und der Output erhöht werden können. Die Arbeitenden sind dann nicht arbeitslos gemacht worden, aber mit ihrer Arbeit erzeugen sie mehr Produkte, was einer Senkung der Lohnstückkosten gleichkommt. Das bedeutet, sie verdienen weniger, gemessen an dem Reichtum, den sie mit ihrer Arbeit erschaffen.

Auch wo es in Folge von technischen Rationalisierungen zu Entlassungen kommt, liegt kein Übergang zu einer „Gesellschaft ohne Arbeit“ vor. Entlassungen haben zur Folge, dass es eine größere Zahl an Arbeitslosen gibt, was die Wirkung hat, dass die Löhne gesenkt werden können, da auf dem Arbeitsmarkt mehr verfügbare Arbeitskräfte um die Jobs konkurrieren. Das Angebot an billiger Arbeitskraft kann für Unternehmen wiederum interessant sein, um in ihren Betrieben die Tätigkeiten ausführen zu lassen, die bisher nicht digitalisiert worden sind, weil die Technik zu teuer war. Damit können sie sich die Kosten für den teuren Umstieg auf die neuesten Produktionsmittel ein weiteres Mal sparen bzw. diese aufsparen für den Zeitpunkt, an dem die Zufuhr billiger Arbeitskraft versiegt.

Aus diesen Gründen führt der Einsatz digitaler Techniken nicht zu technologischer Arbeitslosigkeit, weshalb auch umgekehrt nicht zu befürchten ist, der Kapitalismus könne sich bei der neuesten Runde der Rationalisierung aus Versehen selbst abschaffen. Genauso wenig ist davon auszugehen, dass der arbeitssparende

Fortschritt eine Arbeitserleichterung bedeutet: Zum einen müssen die Arbeitenden einen größeren Maschinenpark am Laufen halten, kontrollieren und warten, zum anderen wird durch die Anwendung autonom laufender Maschinen Arbeitskraft und Aufmerksamkeit bei den Beschäftigten frei gesetzt, die nun noch weitere Aufgaben übernehmen können und müssen. Dieses Phänomen wird als Arbeitsverdichtung bezeichnet. Der DGB-Index Gute Arbeit von

„Es ist nicht zu befürchten, der Kapitalismus könne sich bei der neuesten Runde der Rationalisierung aus Versehen selbst abschaffen“

2022 kommt diesbezüglich zu dem Ergebnis, dass gerade einmal 10 Prozent der Angestellten durch die Arbeit mit digitalen Mitteln eine Arbeitsentlastung wahrnehmen, 40 Prozent hingegen geben an, dass die Arbeitsbelastung steigt.

Die Folgen der digitalen Techniken sind nicht zu trennen von den Interessen, für die sie eingesetzt werden. Umso wichtiger ist es, so unser Fazit, in den Debatten um „die Digitalisierung“ klar zu unterscheiden zwischen den aktiv handelnden Subjekten, die die Innovationen als ihr Mittel einsetzen, und denen, die davon betroffen sind. ●

Literatur

Gamisch, Marvin: Digitaler Kapitalismus? Eine systemische Einordnung in Marx' Kritik der politischen Ökonomie. Mannheim: Nomos 2021.

Marres, Noortje: Digital Sociology. The Reinvention of Social Research. Hoboken: Wiley 2017.

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin: Dietz 1969 [1867].

Pfeiffer, Sabine: Digitalisierung als Distributivkraft. Über das Neue am digitalen Kapitalismus. Bielefeld: Transcript 2021.

Schadt, Peter: Die Digitalisierung der deutschen Autoindustrie. Kooperation und Konkurrenz in einer Schlüsselbranche. Köln: PapyRossa 2021.

Lio wartet auf Arbeit. Noch darf der Assistenzroboter im Schweizer Pflegezentrum Embrach nur Gäste und Bewohner*innen des Hauses begrüßen. Die Menschen sollen sich an ihn gewöhnen und er selbst auf die Gegebenheiten vor Ort programmiert werden, so das Kalkül der Firma F&P. Logistische Aufgaben im Pflegebereich werden folgen. Foto: © Jens Gyarmaty/laif, alle Rechte vorbehalten.



Machtkämpfe um ChatGPT

KI-Debatten sagen mehr über die Gegenwart aus als über die Zukunft

Werden Ärztinnen oder Anwälte bald durch Maschinen ersetzt? Lernen Kinder nicht mehr, Texte zu verfassen? Wie wird es sich anfühlen, in einer solchen Gesellschaft zu leben? Solche Fragen werden mit Leidenschaft diskutiert, seit im November 2022 das Online-Tool ChatGPT die Welt mit seinen Fähigkeiten überraschte, komplexe Texte zu generieren. Die Politikwissenschaftlerin Lena Ulbricht warnt, dass hinter solchen Science-Fiction-Szenarien die Frage zu verschwinden droht, wem die Technologien – und die Debatten darum – eigentlich nutzen.

Lena Ulbricht

Seit November 2022 erleben wir eine intensive Debatte über Künstliche Intelligenz, ausgelöst durch die Einführung eines Online-Tools namens ChatGPT, das mit seiner hohen Nutzungsqualität überraschte. Nutzer:innen erhalten eine Vielzahl von Informationen auf eine Art und Weise, die weit über die vorherigen Erfahrungen mit Suchmaschinen und Chatbots hinausgeht, da die Antworten zunehmend losgelöst von ihren Informationsquellen sind. Während Google-Suchergebnisse uns zu Informationen auf anderen Websites weiterleiten, generiert ChatGPT neue Texte und gilt daher als eine Form der generativen KI. Die Technologie wurde durch Fortschritte im maschinellen Lernen auf der Basis großer Sprachmodelle verbessert, in Folgeversionen kontinuierlich weiterentwickelt und in andere Dienste, zum Beispiel in Suchmaschinen, integriert.

In der Debatte um ChatGPT werden einschneidende gesellschaftliche Veränderungen vorhergesagt; einige davon utopisch, viele dystopisch: Große Hoffnungen ruhen auf einem verbesserten Informationszugang, der auf die Bedürfnisse von Nutzer:innen zugeschnitten ist und ihre Handlungsfähigkeit erhöhen könnte – insbesondere bei Bevölkerungsgruppen, die nur schwer Zugang zu Informationen haben. Hier könnte ChatGPT gar zur Demokratisierung des Wissens beitragen. Demgegenüber erscheint ChatGPT als Bedrohung für alle textzentrierten Tätigkeiten, wie die von Journalisten, Schriftstellerinnen oder Rechtsanwältinnen. Eine weitere Sorge ist, dass ChatGPT das Bildungssystem torpediert, das Schüler:innen auf der Grundlage ihrer Fähigkeit bewertet, Informationen zu sammeln und zu verarbeiten, also etwa Aufsätze zu schreiben oder Präsentationen zu halten. So beobachten wir eine intensive Auseinandersetzung über die Zukunft.

Die aktuelle Debatte über generative KI lehrt uns jedoch viel mehr über die Gegenwart als über die Zukunft. Wenn wir anerkennen, dass Technologien keine Naturgewalten sind, sondern durch gesellschaftliche Faktoren geprägt

„Technologien sind keine Naturgewalten, sondern durch gesellschaftliche Faktoren geprägt“

werden – Weltanschauungen, Normen und tägliche Nutzungspraktiken –, dann können wir die Diskussion als einen Schauplatz verstehen, auf dem Konflikte ausgetragen werden. Aus einer solchen Perspektive zeigt sich die öffentliche Kontroverse über generative KI als ein Machtkampf um die Fragen, was KI ist, wo sie eingesetzt werden soll, wo ihre gesellschaftlichen Vor- und Nachteile liegen und wie eine angemessene Regulierung aussehen sollte. Jeder dieser Aspekte offenbart ein Ringen um epistemische und regulatorische Autorität sowie um Verteilungs- und Entscheidungsmacht.

Macht wird als die Fähigkeit von Akteur:innen verstanden, anderen ihren Willen aufzuzwingen, auch gegen Widerstand. Jahrzehntelange sozialwissenschaftliche Forschung hat aufgezeigt, wie Macht gebildet, gerechtfertigt und ausgeübt wird, etwa durch Gewalt, Legitimität, Diskurs, Institutionen, Epistemologie, Subjektivierung und Hegemonie. Eine typische Unterscheidung ist die zwischen Konzepten der relationalen Macht („Macht über“) und der sozialen Konstitutionsmacht („Macht zu“). „Macht über“ betont die Beziehungen der Unterordnung zwischen Individuen oder Gruppen; „Macht zu“ zeigt, wie soziale Interaktion Handlungen von Individuen oder Gruppen ermöglicht. Kombiniert man die Dimensionen, ist Macht in der Definition der Sozialwissenschaftler Michael Barnett und Raymond Duvall die Fähigkeit von Akteuren, über ihre Umstände und ihr Schicksal zu bestimmen. Diese Fähigkeiten werden in sozialen Beziehungen hergestellt. In der generativen KI-Debatte sehen wir also gesellschaftliche Kämpfe zwischen Akteur:innen, die ihr Schicksal selbst gestalten wollen, und ihren Widerstand gegen das Beherrschtwerden.

ChatGPT und andere Werkzeuge generativer KI haben die Debatte darüber, was KI ausmacht,



Lena Ulbricht ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung und Forschungsgruppenleiterin im Weizenbaum-Institut für „Technik, Macht und Herrschaft“. lena.ulbricht@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

neu entfacht: Für die einen ist KI die Fähigkeit von Maschinen, sich an unbekannte Kontexte anzupassen; andere setzen KI mit maschinellern Lernen gleich; wieder andere definieren KI als den jeweils jüngsten Trend in der Informatik. Ähnlich leidenschaftlich wird diskutiert, ob KI ein Geschöpf oder ein Werkzeug ist, ob also KI als autonomer Agent betrachtet werden kann oder als einer, der auf menschliches Eingreifen angewiesen ist.

Bemerkenswert ist, dass einige Expert:innen aus Technik und Industrie KI als etwas rein Technisches darstellen und ihre gesellschaftlichen und politischen Aspekte ausblenden. Jede andere Definition von KI wird als nicht technisch und damit als fehlerhaft abgewertet. Wir können dies als einen Versuch sehen, die exklusive ontologische und epistemische Autorität über KI zu beanspruchen. Andere Expert:innen weisen diesen Anspruch zurück und verweisen darauf, dass Gesellschaften sich bei der Definition komplexer Phänomene seit jeher verschiedener Ausdrucksformen bedienen: Dichter:innen drücken zum Beispiel einen Zeitgeist aus, Richter:innen urteilen, Journalist:innen beschreiben komplexe Konzepte wie Gewalt, Armut und eben auch KI – es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass nur bestimmte Expert:innen Autorität beanspruchen dürfen.

Der ontologische Konflikt zeigt, dass KI nicht nur eine Technologie ist, sondern auch ein Prinzip der sozialen Ordnung, eine Form der kreativen Arbeit oder etwas Imaginiertes. Im

Gegensatz zu technischen Konzepten, die sich auf Daten und kalkulatorische Verfahren beschränken, haben Ansätze, die die gesellschaft-

**„KI ist nicht nur eine
Technologie, sondern
auch ein Prinzip der
sozialen Ordnung, eine
Form der kreativen
Arbeit“**

liche Einbettung von KI betonen, verdeutlicht, dass sie nicht gottgegeben ist, sondern durch spezifische soziale Rahmenbedingungen geprägt wird. ChatGPT stützt sich etwa auf schlecht bezahlte Arbeitskräfte für die Klassifizierung von Inhalten, auf große Mengen zusammengeklauter Daten und wird von quasi monopolistischen Unternehmen entwickelt und betrieben. Diese Rahmenbedingungen kann man infrage stellen.

Ein weiterer wichtiger Diskussionsstrang ist die Frage, wie ChatGPT bestimmte gesellschaftliche Bereiche verändern wird: ob es den öffentlichen Dienst, den Dienstleistungssektor, die Beziehungen zwischen medizinischem Personal und Patient:innen, die Beziehungen zwischen Lehrkräften und Schüler:innen, die Produktion von Liedern, Filmen und Codes verändern wird. Autor:innen fürchten zum Beispiel drastische Einkommensverluste, und ihre Verbände fordern, dass sie auch dann voll bezahlt werden, wenn generative KI zum Schreiben von Drehbüchern eingesetzt wird. Bildungseinrichtungen warnen, dass Lernfähigkeit und kritisches Denkvermögen von Schüler:innen auf dem Spiel stehen, wenn Aufsätze und Prüfungen mithilfe von ChatGPT erledigt werden.

Als Konsequenz hat der Schulbezirk von New York City im Januar die Nutzung von ChatGPT in seinem Netz verboten, dasselbe geschah in Australien. Ähnliche Maßnahmen werden in Deutschland diskutiert; und im Einklang mit ihrer Compliance-Politik schränken deutsche Universitäten die Nutzung von ChatGPT für Aufsätze und Prüfungen stark ein. Medizinische Verbände erklären, dass ChatGPT Ärzt:innen und Therapeut:innen nicht ersetzen kann, Vertreter:innen von Akteur:innen in Tech-Entwi-

cklung, Medien, Literaturproduktion, Beratung und Justiz betonen, dass ihre Berufe geschützt werden müssen. Sie alle malen ein düsteres Bild vom Verschwinden menschlicher Arbeit und fordern klare Einschränkungen für ChatGPT.

Diese dystopischen Visionen einer Welt ohne menschliche Arbeit, geprägt durch Massenarbeitslosigkeit, individuelle Isolation und kognitiven Rückschritt müssen als Machtkampf von Gatekeepern verstanden werden, die sich durch ChatGPT bedroht sehen. Prophezeiungen darüber, wie wahrscheinlich es ist, dass Ärzte und Anwältinnen durch Maschinen ersetzt werden, und wie es sich anfühlen wird, in einer solchen Gesellschaft zu leben, gehören ins Reich der Science-Fiction-Literatur. Der gegenwärtige Machtkampf zielt darauf ab, im Hier und Jetzt Regeln für die weitere gesellschaftliche Entwicklung festzulegen.

Neben der Frage zu den möglichen Anwendungsbereichen gibt es zuletzt auch eine Debatte über die generelle Regulierung generativer KI. Ein drastischer Vorschlag kam von Tech-Unternehmern wie Elon Musk (Tesla) und Steve Wozniak (Apple), die in ihrem offenen Brief forderten, die Entwicklung von KI für sechs Monate zu stoppen, um in dieser Zeit Regulierungsstandards festzulegen. Diese Initiative blieb zwar ohne Konsequenzen, brachte aber eine grundsätzliche Besorgnis zum Ausdruck: Viele Technologien werden eingeführt, bevor ein Grundkonsens über ihre möglichen gesellschaftlichen Folgen besteht.

Andere Forderungen zielen darauf ab, generative KI aus bestimmten Bereichen zu verbannen sowie Qualitätsmaßstäbe (z. B. nicht rassistisches Verhalten) und Kennzeichnungs- und Transparenzpflichten einzuführen. Ähnliche Initiativen fordern eine konsequenter Umsetzung bereits bestehender Regelungen, beispielsweise im Bereich des Daten- und Verbraucher:innenschutzes. Wiederum andere richten sich gegen die monopolistischen Marktstrukturen und die Eigentumsverhältnisse rund um KI: Sie verlangen die Enteignung großer Unternehmen und die Entwicklung von KI in öffentlichen Universitäten und Behörden und kritisieren den Status quo, dass sich KI weitgehend im Besitz einiger weniger Technologieunternehmen (vor allem Microsoft und Google) befindet, also in hochkonzentrierten Märkten mit

schwacher regulatorischer Aufsicht. Auch die EU erarbeitet regulatorische Schutzmaßnahmen.

Einige der Kritiken werden noch grundsätzlicher und verweisen auf die Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung, die aktuelle generative KI überhaupt erst ermöglichen und durch KI reproduziert werden. Eine solche Systemkritik findet sich etwa bei feministischen, dekolonialen, antikapitalistischen und umweltschützenden Initiativen, die andere Formen der Entwicklung von KI mit Blick auf Arbeitsteilung, materielle Ressourcen und Marktstrukturen fordern.

Es wird klar: Die begriffliche Unschärfe von KI und die lebhafte Debatte darüber, was KI ist, lassen sich nur verstehen, wenn wir begreifen, dass KI im Zentrum eines Machtkampfs von vielen gesellschaftlichen Akteuren steht: Big Tech, Regierungen, Nutzer:innen, Entwickler:innen, Bürger:innen, sie alle sind angesprochen. Dieser Machtkampf findet in ungleichen sozialen Strukturen statt und hat viele Facetten, die erst allmählich erkennbar werden: Wer hat es auf wen oder was abgesehen, aus welchen Motiven und mit welchen Mitteln?

KI hat ein immenses Potenzial, Gewalt unsichtbar zu machen und Herrschaft als legitim darzustellen, wo sie es nicht ist. Doch wo öffentlich debattiert, hat KI auch das Potenzial, gesellschaftliche Normen sichtbar zu machen und zu politisieren. Die Angst vor neuen Formen der Unterdrückung (z. B. Big Tech gegen

Nutzer:innen; Regierungen gegen Bürger:innen) führt zu Forderungen nach Verfahren, die sicherstellen, dass KI die gesellschaftliche und

**„Wo öffentlich debattiert,
hat KI auch das Potenzial,
gesellschaftliche Normen
sichtbar zu machen und
zu politisieren“**

individuelle Selbstbestimmung stärkt. So scheinen die Ängste vor einer düsteren „Macht-über“-Perspektive zu neuen „Macht-zu“-Szenarien zu inspirieren.

Die hohe Qualität des ChatGPT hat mich so überrascht, wie die intensive Debatte über die Zukunft unserer Gesellschaft mich irritiert hat. Viele meiner Kolleg:innen sehen sie als nur eine weitere Episode der „KI wird alles verändern“-Hysterie, die wir seit 70 Jahren regelmäßig erleben. Als Politikwissenschaftlerin weiß ich jedoch zu schätzen, wie die massive öffentliche Debatte fast jeden einzelnen Berufsstand und jeden gesellschaftlichen Bereich mobilisiert. Kontroversen über KI sind eine Form der sozialen Einmischung. Sie stellen eine rein technische oder ökonomische Autorität in KI-Themen infrage und zeigen, dass KI weit mehr ist als eine Technologie. So wird deutlich, dass KI beides sein kann: eine Unterdrückungsmaschine und ein Mittel zur Inklusion – je nachdem, wie die aktuellen Konflikte ausgehen. ●

Literatur

Adams, Rachel: „Can Artificial Intelligence Be Decolonized?“ In: Interdisciplinary Science Reviews, 2021, Jg. 46, H. 1-2, S. 176-197.

Albrecht, Steffen: ChatGPT und andere Computermodelle zur Sprachverarbeitung – Grundlagen, Anwendungspotenziale und mögliche Auswirkungen. Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) 2023. DOI:10.5445/IR/1000158070.

Avila, Renata: Deploying Feminist AI. 2021. Online: <https://feministai.pubpub.org/pub/deploying-feminist-ai> (Stand 13.06.2023).

Hofmann, Jeanette: Demokratie und Künstliche Intelligenz. Digitales Deutschland, 05.07.2022. Online: <https://digid.jff.de/demokratie-und-ki/> (Stand 13.06.2023).

WZB | Mitteilungen online

Mehr Beiträge zum Schwerpunktthema finden Sie im Online-Schwerpunkt der WZB-Mitteilungen auf unserer Website.



Der Link zur Plattform:
wzb.eu/magazin-digitales

Dort finden Sie unter anderem dies:

👉 Die einen entlastet, die anderen belastet?

Die Rede von der Krise der sozialen Reproduktion beschreibt unter anderem, dass Haushalten immer weniger Zeit und Energie für die Haus- und Sorgearbeit zur Verfügung steht. Digitale Plattformen, über die mit nur wenigen Klicks Liefer-, Reinigungs- oder Betreuungsdienste kostengünstig und flexibel in Anspruch genommen werden können, scheinen eine Lösung zu bieten. Doch wie wirkt sich das Plattformmodell auf den Alltag derjenigen aus, die über Plattformarbeit andere von diesen Tätigkeiten entlasten? Diese Frage diskutiert

Isabella Stingl anhand der Erfahrungen von Plattformarbeiter*innen aus dem Reinigungs- und Betreuungsbereich in Berlin und Zürich.

👉 Kommunikation in der Digitalisierung

Organisationen in allen Branchen stehen vor der Aufgabe, branchenspezifische Software zu programmieren oder programmieren zu lassen. Dafür ist Wissen über den Anwendungsbereich der zukünftigen Software notwendig. Die Entwickler*innen müssen wissen, was sie zu programmieren haben. Der Teil der Software-

entwicklung, in dem die Konzepte für die Programmierung entstehen, wird Softwaregestaltung genannt. Er wurde in der Forschung bislang vernachlässigt. **Johannes Sonnenholzer** hat sich des Themas angenommen. Er analysiert, vor welchen Hürden die Softwaregestaltung für Organisationen steht und wie entscheidend dabei Kommunikation ist.

👉 Wie neue Technologien unsere Arbeit verändern ...

Künstliche Intelligenz (KI) und Automatisierung werden zur Zeit heftig diskutiert. Wie können diese neuen Technologien und Anwendungen Menschen bei ihrer Arbeit unterstützen? Werden Arbeitsplätze durch KI ersetzt? Die Angst vor Arbeitsplatzverlust durch Digitalisierung und vor Fremdbestimmung ist weit verbreitet. Ziel der Studie von **Alexander Dicks, Martin Ehlert, Insa Grüttgen, Benjamin Schulz und Basha Vicari** ist es herauszufinden, wie weit digitale Assistenzsysteme verbreitet sind, wer sie nutzt und wie sich das auf verschiedene Beschäftigtengruppen auswirkt.

👉 ... und welchen Einfluss wir darauf haben

Im WZB-Mitteilungen-Podcast erläutert **Martin Krzywdzinski** seine Sicht auf die Veränderungen durch KI. Der Leiter der WZB-Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion tritt Befürchtungen entgegen, das Ende der Arbeit sei nahe. Seine Studien zu Positionen und Einfluss von Gewerkschaften zeigen, wie gestaltbar der Wandel ist. Größer ist seine Sorge, das Opfer der digitalen Innovationen könnte die Wahrheit sein.

👉 Halt, Sie werden beobachtet!

Überwachung zählt seit Langem zu den wichtigsten Strategien von Staaten, um unerwünschte Aktivitäten ihrer Bürger*innen zu verhindern oder zu beenden. Doch wie hat sich im digitalen Zeitalter die staatliche Überwachung verändert? **Mariana Canto** untersucht die historischen Ursprünge der Überwachung, ihre Auswirkungen und die Nutzung neuer Technologien durch die Strafverfolgungsbehörden. Schwierig sind vor allem zwei Entwicklungen: die Monopolisierung des Marktes durch einige wenige private Unternehmen und die mangelnde Beteiligung der Öffentlichkeit an der Einführung von Technologien. Doch dage-

gen lässt sich etwas setzen: Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Entwicklung und beim Einsatz von Überwachungstechnologien sind entscheidend, denn es geht um den Schutz der bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte.

👉 Gar nicht fair: Arbeit auf Plattformen für Sprachdienste

Die digitale Plattformökonomie wächst rasant. Ein Beispiel ist der Markt für Sprachdienstleistungen, die aus der Ferne erledigt werden können. Übersetzungen, Transkriptionen oder Untertitelungen auszulagern, ist heute in vielen Bereichen üblich. Die Vermittlung dieser Arbeiten erfolgt über digitale Plattformen, deren bequeme und preiswerte Dienste Kunden weltweit schätzen. Doch wie wirkt sich diese neue Form der Arbeitsvermittlung auf die Beschäftigten aus? Wie fair sind die Arbeitsbedingungen? Das wurde im **Fairwork-Projekt** gefragt. Konkret bewerteten die Forschenden neun Plattformen für Sprachdienstleistungen anhand von fünf Kriterien guter Arbeit. Das Ergebnis: Die untersuchten Plattformen sind weit davon entfernt, grundlegende Standards für faire Arbeit zu umzusetzen.

Neue Dimensionen

Digitalisierungsforschung am WZB sprengt Grenzen

Digitalisierung als Querschnittsthema im WZB zu verankern, war das Anliegen, als die acht Stellen für „Digitalisierungs-Postdocs“ geschaffen wurden. Junge Wissenschaftler*innen in der entscheidenden Entwicklungsphase vernetzen sich untereinander, sie wirken zurück in ihre Forschungsfelder und nach draußen. Die acht weiten die Grenzen des Erforschbaren. Für die WZB-Mitteilungen erklären sie, welchen Erkenntnissen sie auf der Spur sind.



Jonas Wiedner „Neue Datenquellen erschließen“

Ich will klassische Fragen der Migrations- und Integrationsforschung neu angehen. Zum Beispiel: Unter welchen Umständen bilden ethnische Minderheiten eine Art von Identität aus und entwickeln ein Sozialleben? Vereine sind in der Integrationsforschung schon lange ein Thema. Das lief aber eher qualitativ – da wurde eine Handvoll Vereine in einer dichten Beschreibung untersucht. Jetzt, mit digitalen Mit-

teln, können wir das in großem Maßstab quantitativ machen – für ganz Deutschland, für fast alle Migrationsgruppen. Wir greifen auf das Vereinsregister zurück. Das ist eine ganz alte Quelle. Aber mit digitalen Methoden können wir diese große Datenmasse besser strukturieren und für die sozialwissenschaftliche Forschung nutzbar machen. Ich habe seit dem Studium zwei große Interessengebiete: Ungleichheitsforschung – das heißt meist konkret Arbeitsmarktforschung – und Migrationsforschung. Diese zwei Interessen kann ich mit den neuen Methoden gut zusammenbringen. Ich bin überzeugt, dass man allgemeine Ungleichheit nur verstehen kann, wenn man versteht: Was ist bei Menschen mit Migrationsgeschichte anders als bei Menschen, deren Eltern schon in Deutschland geboren sind? Umgekehrt sind fundamentale ökonomische Prozesse wichtig, um Integrationsverläufe zu verstehen. Meine Forschung ist erst durch die Digitalisierung großer amtlicher Datenbestände möglich geworden. Allerdings ist es für die Öffentlichkeit und damit auch für uns als Forschende immer noch nicht einfach, darauf zuzugreifen. Die technische Entwicklung und die Entwicklung der Forschung verlaufen in einem anderen Tempo als die Öffnung der Verwaltung. Seit mehreren Wochen warte ich zum Beispiel auf Zugang zu den Zen-

susdaten. Ich hatte schon mit vier oder fünf verschiedenen Behörden zu tun. Die Sozialwissenschaft steht vor großen methodischen Herausforderungen. So, wie wir das die letzten 20 Jahre betrieben haben, wird es absehbar nicht weitergehen. Umfrageforschung wird immer schwieriger: Immer weniger Leute machen bei Umfragen mit, wir haben weniger Daten und selektivere Stichproben. Die Zukunft der angewandten Sozialforschung liegt darin, dass man verschiedene Datenarten kombiniert – amtliche Datenregister, Daten, die aus dem Internet kommen, Digital Trace Data. So werden wir zutreffendere Antworten auf unsere Fragen finden.

Jonas Wiedner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. jonas.wiedner@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Tobias Heidenreich

„Kommunikationsprozesse ganzheitlich betrachten“

In meiner Dissertation habe ich mit Methoden der automatisierten Textanalyse untersucht, wie politische Eliten öffentliche Diskurse zum Thema Migration prägen. Dabei fiel mir auf, wie groß der Anteil an Kommunikation ist, der keinen Text enthält, sondern nur audiovisuelle Formate. Dabei definieren sich Social-Media-Plattformen immer mehr über multimodale Inhalte, also Bild, Audio, Video, und User*innen, und auch Algorithmen, über die Inhalte verbreitet werden, bevorzugen diese Formate. Es ist wichtig, dass wir mit dieser Entwicklung Schritt halten und uns auch diese Inhalte auf einer breiten Basis anschauen. Qualitative sozialwissenschaftliche Forschung macht das bereits, aber in der quantitativen Forschung hängen wir hinterher. Das ist schade, denn gerade auf Social Media türmen sich riesige Berge von Daten zu verschiedensten Fragestellungen. Der Zugang zu den Daten ist allerdings oft kompliziert. Eine Schnittstelle zur Extraktion von Daten gibt es selten – Twitter zum Beispiel hat zwar eine solche API für Forschende eingerichtet, sie inzwischen aber mit hohen Kosten belegt. Daten über das Interface der Seite abzugreifen, bringt wiederum technische und juristische Schwierigkeiten mit sich. Und selbst wenn wir Daten haben, fehlen häufig die geeigneten Methoden zur Auswertung – auch wenn die Zahl der Sozialwissenschaftler*innen, die



selbst programmieren und zum Beispiel mit R oder Python quantitative Analysetechniken anwenden oder entwickeln, stark gewachsen ist. Hier bräuchten wir eine engere interdisziplinäre Zusammenarbeit, vor allem mit den Computerwissenschaften. Denn dort sind die technischen Möglichkeiten bereits vorhanden. Wie in den Ursprüngen der automatisierten Textanalyse für sozialwissenschaftliche Anwendung könnten auch jetzt wieder Techniken aus der Computerwissenschaft auf unsere Fragestellungen übertragen und adaptiert werden.

Tobias Heidenreich forscht als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Global Governance. tobias.heidenreich@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Martin Ehlert

„Digitales Lernen inklusiv gestalten“

Vor etwa zehn Jahren gab es einen richtigen Hype um digitalisierte Weiterbildung – Demokratisierung der Bildung, die Informationen fließen in die Massen! Heute merken wir: Da ist nicht viel passiert. Anbieter haben ihre Nische gefunden, wo sie Geld verdienen können. Und das sind eher Hochgebildete, die noch was draufsetzen wollen und die das Geld dafür haben. Digitale Bildung ist also mindestens genauso ungleich verteilt wie analoge Bildung, wenn nicht sogar noch ungleicher. Ich will wissen, warum das so ist. Ist es nur das ökonomische Kapital? Oder geht es um technische Fähigkeiten, um Medienkompetenz? Ist es vielleicht auch so was wie Lernfähigkeit? Digitales Lernen ist anders als analoges Lernen, man muss sehr viel mehr selbst machen, man braucht mehr Motivation. Wenn man diese Mechanismen besser verstanden hat, kann man Angebote so gestalten, dass sie inklusiver sind. Eine



Johannes Leutgeb „Mensch und Maschine spielen lassen“

Ich beobachte, wie selbstlernende Algorithmen strukturierte Spiele spielen, zum Beispiel kompetitive Wettbewerbsspiele. Es passiert ja schon in der Realität, dass Algorithmen im Wettbewerb Entscheidungen treffen. Die große Frage ist: Wie entwickelt sich das Marktgeschehen? Bilden sich Kartelle? In der Wettbewerbsökonomie sind Absprachen illegal, während Kooperation ohne Absprachen, Kollusion, im klassischen Wettbewerbsrecht nicht illegal ist. Zum Verhalten von Menschen haben wir über die Jahre in Laborexperimenten einiges an Evidenz dazu gesammelt, welche Umgebungen besonders gut sind für Kooperation unter Firmen – was natürlich für den Konsumenten schlecht ist. Jetzt gibt es erste Forschungen dazu, wie Algorithmen interagieren. Diese Algorithmen werden darauf trainiert, den Gewinn zu maximieren. Da würde man intuitiv sagen: Sie lernen, einander zu unterbieten, das Ergebnis ist ein effizienter Markt, und alles ist super. Es gibt aber Ergebnisse, die zeigen, dass diese Algorithmen auf Märkten lernen können zu kooperieren. Sie sind auf dem Markt, sie probieren was aus, die Wettbewerber, also die anderen Algorithmen, reagieren darauf. Sie lernen, welche Strategien funktionieren, welche nicht. Da entstehen ganz faszinierende Muster, die in Teilen sehr ähnlich sind, wie wenn Menschen kooperieren: Manchmal weicht einer ab und unterbietet, es gibt einen kurzen Preiskampf, dann fallen die Preise, die unterbieten sich gegenseitig, und dann geht es schön langsam zurück zu einem Kartell ohne Absprache. Genau diese Logik kenne ich von meinen Laborexperimenten – von meiner Ausbildung her komme ich ja von Experimenten mit Menschen. Auf der technischen Seite ist es für mich Learning by Doing. Das Faszinierende ist:

wichtige Quelle zur Bearbeitung dieser Frage sind immer noch die klassischen Umfragen. Zum Beispiel das Nationale Bildungspanel, dessen Bereich „Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen“ ich am WZB leite. Über den nächsten Schritt denke ich grade viel nach: Wie können wir die Survey-Daten anreichern mit Daten von Anbietern digitaler Weiterbildung oder von sozialen Netzwerken? Das ist im Moment noch sehr in der Pilotphase. Eine Idee ist, einen Anbieter zu fragen, ob er Daten rausgibt. Wie könnten wir diese Daten nutzbar machen für soziale Ungleichheitsforschung? Wir brauchen Informationen über den Bildungshintergrund der Personen, vielleicht sogar über den des Elternhauses, also den sozialen Hintergrund. Alle sehen das Problem des Fachkräftemangels. Weiterbildung könnte eine gute Lösung sein – aber natürlich nicht, wenn es immer nur die Gleichen machen. Wie kann man also Leute dazu bringen? Wie kann man sie früh im Leben darauf vorbereiten? Also lebenslanges Lernen holistisch gedacht: Können wir am Anfang schon die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Leute später die Fähigkeiten haben, immer wieder dazulernen und sich auch selbst etwas beizubringen, zum Beispiel im Internet? Oder müssen wir sagen: Die Versprechen der Digitalisierung sind zu hoch? Ist analoges Lernen das inklusivere, weil man in einer klassischen persönlichen Lehr-/Lernsituation mehr auf die Einzelnen eingehen kann? Richtig cool wäre, wenn wir Interventionen machen könnten, experimentelle Studien mit verschiedenen Lernformen, wenn wir in Betrieben solche Prozesse begleiten könnten.

Martin Ehlert ist Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Leiter der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen.
martin.ehlert@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.



Das maschinelle Lernen und das menschliche Lernen kommen zu sehr ähnlichen Ergebnissen. Was also, wenn man beides kombiniert? Es gibt mittlerweile in der Ökonomie und auch in der Wirtschaftspsychologie einige Forschung dazu, wie Menschen mit Algorithmen interagieren. Aber bislang wurde das für Empfehlungen erforscht, nicht mit strategisch agierenden Algorithmen, die vom Feedback lernen. Es ist eine Existenzfrage: Wie gehen die Menschen damit um? Ist so ein Algorithmus quasi eine Person, mit der man kooperieren kann, mit der man ein gewisses Vertrauensverhältnis haben kann, oder ist es so fern, dass das eher schwierig ist? Und von der technischen Seite: Findet der Algorithmus den Einstieg, um mit diesem menschlichen Mitbewerber zu kooperieren?

Johannes Leutgeb ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Ökonomik des Wandels.
johannes.leutgeb@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Lisa Garbe

„Internetzugänge gegen Zensur verteidigen“

Heute kann jeder und jede ganz einfach Teil des politischen Diskurses werden. Das bringt neue Gefahren für autokratische Regime. Sie reagieren unter anderem mit Zensur und mit Internet-Shutdowns, dem kompletten Abschalten von jeglichem Internetzugang. Für China wissen wir schon ziemlich viel darüber, wie Zensur funktioniert. Aber China hat eine ganz spezielle Internetarchitektur, die so autonom funktioniert wie in keinem anderen Land dieser Welt. Wir sehen aber, dass es auch in afrikanischen Regimen harte Zensur gibt. Das hat mich dazu motiviert, besser zu verstehen, wie es da funktioniert und ob das ähnlich ist zu anderen autoritären Regimen. Besonders interessiert mich die Frage, was für Folgen Zensur für politische Mobilisierung hat. Extreme Zensur findet besonders oft während Wahlen statt, also zu einem Zeitpunkt, bei dem politische Mobilisierung super wichtig ist, um auf Wahlmanipulation aufmerksam zu machen oder gegen einen unfairen Wahlprozess zu demonstrieren. Wir sprechen immer von Regierungen, die das Internet zensurieren, oder von Regierungen, die das Internet abschalten. Aber die ausführenden Organe sind oft private Internetanbieter. Im Fall von Afrika sind das häufig Firmen, die in Europa ihren Hauptsitz haben. Die Tochtergesellschaften



in Afrika schalten dort auf Geheiß der Regierung das Internet ab. Das ist vielleicht gesetzeskonform – aber ist es auch ethisch richtig? Ich will mit Kolleg*innen Daten aus Virtual Private Networks, also VPN, nutzen. Über diese Netze kann man quasi anonym das Internet besuchen. In Europa schauen Leute so etwa Serien, die nur in den USA laufen. In nicht demokratischen Ländern ist das aber ein Weg, die Zensur zu umgehen. Wir haben von einer Firma Zugang zu deren Nutzer*innen-Daten bekommen. Wir können nachvollziehen, wie viele Leute an einem Tag in einem Land ein VPN nutzen. Diese Kooperation ist ein ganz neuer Weg in der Forschung. Wir hoffen, dass wir auch andere Anbieter dazu ermutigen können, Daten für Forschungszwecke zugänglich zu machen – in einer Form natürlich, die keine Rückschlüsse auf Einzelne ermöglicht. Basierend auf diesen VPN-Daten möchte ich ein robustes Maß für Zensur ermitteln. Und ich möchte empirisch und evidenzbasiert ein besseres Verständnis davon bekommen, was die konkreten Auswirkungen sind. Ganz lokal, im Alltag der Personen, die mit Zensur und anderen Formen der Manipulation des Internets konfrontiert sind.

Lisa Garbe ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit.
lisa.garbe@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Anna Skarpelis

„Diskriminierung nuancierter erforschen“

Ich erforsche die wissenschaftliche und staatliche Kategorisierung von Menschen, die in einer Gesellschaft als „fremd“ gelten, etwa aufgrund ihrer Hautfarbe oder anderer phänotypischer Merkmale: Wie werden diese Kategorien hergestellt und wie verändern sie sich? Während in den USA gro-



ße Fortschritte bei der Erforschung von „ethno-racial discrimination“ gemacht wurden, hinken wir diesseits des Atlantiks noch hinterher. Die Verhandelbarkeit menschlicher Unterschiede und der Kategorien, die sie beschreiben, erlaubt gezieltere Forschung und schafft damit Möglichkeiten, Diskriminierung abzubauen. Studien von Ellis Monk an der Harvard University zeigen, dass das Ausmaß der Diskriminierung innerhalb des Phänotyps „schwarze Hautfarbe“ variiert: Hellhäutige Personen, die sich selbst als „Schwarz“ identifizieren, werden seltener diskriminiert als dunkelhäutigere – obwohl beide Gruppen von der Gesellschaft derselben Kategorie zugeordnet werden. Wir müssen also nuancierter mit diesen Phänomenen umgehen. Dabei helfen uns digitale Methoden, mit denen wir für unsere Umfrageexperimente Bilder von – nicht existierenden – Personen herstellen, deren „ethno-racial characteristics“ variieren, während andere Kriterien konstant bleiben. In vielerlei Hinsicht setzt man damit eugenische Forschungsweisen fort: Experimente und Umfragen verwenden die Hautfarbentafeln des Anthropologen Felix von Luschan; und bei künstlich generierten Daten nutzen wir zwangsläufig historisch aufgeladene Kategorien. Sozialforschung, die sich führender KI-Methoden bedient, steht also im Spannungsfeld zwischen ethischer Forschung und historisch-pseudowissenschaftlichen Erhebungsmethoden. Noch vor Kurzem hätte ich dafür plädiert, dass die Nutzung großer internationaler Datensätze, die von Konzernen wie Google und Microsoft oft ohne Zustimmung der abgebildeten Personen generiert worden sind, demokratisiert werden soll. Man könnte sich eine Wissenschaftssteuer vorstellen, in der diese mächtigen Konzerne Rechenleistung oder auch Datensätze mit öffentlichen Forschungsinstituten teilen. Aber die rasanten Veränderungen durch generative KI stellen uns vor neue, schwierige Fragen der Regulierung und Nutzung synthetischer Daten, bei Large-Language- wie bei Bild-zu-Bild-Modellen. Die Politik ist

hier gefragt – sie würde unserer Forschung einen enormen Push verleihen und gleichzeitig helfen, Diskriminierung zu bekämpfen.

Anna Skarpelis *forscht als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. anna.skarpelis@wzb.eu*

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Robert Gorwa

„Die Technologiepolitik hinter den Kulissen verstehen“

Ich befasse mich mit globalen Trends der Technologiepolitik. Dabei geht es um Standards für Meinungs- und andere sprachliche Äußerungen im Onlinebereich und in öffentlich zugänglichen Systemen der Künstlichen Intelligenz. Besonders interessieren mich neue Quasi-Bükratien, die multinationale Eigner von „Plattformen“ wie etwa Instagram, TikTok, YouTube oder ChatGPT geschaffen haben, um internationale Regeln und Standards dafür festzulegen, was Nutzer:innen mit ihren Diensten tun können. Lange geschah dies fast ausschließlich durch private Regelsetzung, aber in den vergangenen Jahren haben wir eine echte Hinwendung zur staatlichen Regulierung in allen möglichen Ländern erlebt. Regierungen versuchen, das Online-Ökosystem mit Instrumenten wie Datenschutzrecht, Wettbewerbspolitik und zunehmend auch mit spezifischen Formen der inhaltsbasierten Plattformregulierung zu gestalten. Viele dieser politischen Prozesse in den verschiedenen Rechtsordnungen der Welt sind verworren und undurchsichtig, was eine echte Herausforderung für die Forschung darstellt. Außerdem sind sie eng mit den Aktivitäten von Branchenakteuren verbunden, die im Verborgenen handeln. Infolgedessen gibt es eine aktive Bewegung von Forschenden, die versuchen, mehr Daten zur poli-



tischen Entscheidungsfindung innerhalb von Unternehmen zu erhalten. Wir gehen oft davon aus, dass staatliche Vorschriften wirksam sind, aber wir wissen nicht, wie sie von den Unternehmen tatsächlich umgesetzt werden. Dadurch bleibt es schwierig, die Auswirkungen neuer benutzerfreundlicher politischer Maßnahmen auf makro-ökonomischer, globaler Ebene zu erforschen. Für meine Forschung führe ich viele Interviews mit politischen Entscheidungsträgern und verschiedenen Interessengruppen und versuche so, die Politik hinter den Kulissen zu verstehen, die den regulatorischen Wandel bestimmt. Diese Entwicklungen sind alle sehr aktuell, sodass Recherche in traditionellen Archiven nicht wirklich sinnvoll ist. Daher baue ich eine Art eigenes Archiv auf, indem ich beispielsweise viele Anträge auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes stelle, um politische Dokumente von staatlichen Akteuren zu erhalten. Es ist ein spannender Bereich mit viel internationaler Zusammenarbeit und ohne festgelegtes „Forschungshandbuch“. Das lässt viel Raum für junge Forscher:innen, ganz neuartige Fragen und Ansätze zu verfolgen.

Robert Gorwa ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppen Globalisierung, Arbeit und Produktion sowie Politik der Digitalisierung.
robert.gorwa@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Pola Lehmann

„Demokratieforschung egalitärer machen“

Eine der zentralen Methoden der Politikwissenschaft ist die Textanalyse. Die Digitalisierung und Automatisierung haben diesen Bereich in den vergangenen Jahrzehnten vollkommen auf den Kopf gestellt: Neue Datenquellen wurden erschlossen und neue, automatisierte Analyseverfahren entwickelt. Damit lassen sich viele neue Forschungsfragen angehen oder bestehende Theorien mit großen Datenmengen überprüfen. Wichtig ist dabei auch, dass die Forschung dadurch egalitärer und zugänglicher wird, da die Analyse großer Textmengen nun auch im Rahmen einer Doktorarbeit möglich wird und nicht nur in großen drittmittelgeförderten Projekten. Beispielhaft lässt sich diese Entwicklung sehr schön am Manifesto-Projekt zeigen, das ich am WZB leite. Das Projekt besteht seit 1979 und hat viele Stufen der Digitalisierung durchlebt. Das Projekt trägt Wahlprogramme ab 1945 zusammen, für mehr als 1.000 Parteien in über 60 Ländern auf



fünf Kontinenten. Die Aussagen in den Wahlprogrammen werden dann von unseren Koder:innen einzelnen politischen Zielen zugeordnet und so quantitativ auswertbar. Früher wurde die Kodierung auf Papier vorgenommen und per Post verschickt. Später wurden die Wahlprogramme auf Diskette und CD-Rom geteilt. Mittlerweile haben wir einen eigenen Server, von dem der gesamte Textkorpus zur Analyse heruntergeladen werden kann. Er enthält die Original-PDF-Dateien der Wahlprogramme, aber das Wichtige ist, das wir einen großen Teil der Texte über die Jahre maschinenlesbar gemacht haben – so können die großen Textmengen auf neuartige Weise analysiert werden. Das nutze ich für meine eigene Forschung zu politischen Parteien und Repräsentation, aber die Daten werden auch von vielen Forschenden unterschiedlicher Disziplinen weltweit genutzt. Deswegen sind mir die Weiterentwicklung der Datenbasis und vielfältige Zugangsmöglichkeiten für unterschiedliche Nutzer:innen ein besonderes Anliegen. Gerade testen wir, wie wir unsere Koder:innen, die die Wahlprogramme noch händisch, wenn auch mittlerweile in einer App kodieren, mit automatisierten Modellen unterstützen können. Mich interessiert dabei besonders das Zusammenspiel von Mensch und Maschine: Wo kann die Maschine dem Menschen die Arbeit abnehmen oder erleichtern, wo braucht die Maschine noch das spezifische Wissen des Menschen, kann der Mensch die Maschine noch verbessern? Die Entwicklungen gehen hier rasend schnell voran und ich freue mich auf die vielen neuen Möglichkeiten für unsere Forschung.

Pola Lehmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung und Co-Leiterin des Manifesto-Projekts.
pola.lehmann@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Protokolle: Gabriele Kammerer und Harald Wilkoszewski.

Zwischen Fakten und Fiktion

Wie industrielle Desinformation die Demokratie bedroht

Autokratisierung und Desinformation sind zu drängenden Problemen für Demokratien weltweit geworden. Unter Autokratisierung versteht man die allmähliche Erosion demokratischer Institutionen und den Aufstieg autoritärer Herrschaft. Desinformation ist die Verbreitung falscher oder irreführender Informationen mit der Absicht der Täuschung. Seit einiger Zeit ist sie ein profitabler Wirtschaftssektor. Die Autorinnen analysieren das Zusammenspiel beider Phänomene und illustrieren, wie sie die Stabilität demokratischer Systeme weltweit bedrohen.

Nikolina Klatt und Vanessa Boese-Schlosser

In den letzten Jahren ist in vielen Teilen der Welt ein besorgniserregender Trend zu beobachten: ein Rückgang der Demokratie (auch demokratische Erosion genannt) in Verbindung mit einer Zunahme autoritärer Regime. Dieser Trend wird gemeinhin als die „dritte Welle der Autokratisierung“ bezeichnet. Sie folgt auf die erste Welle, die in den 1930er-Jahren den Aufstieg faschistischer Regime in Europa brachte, und die zweite Welle mit Militärdiktaturen in Lateinamerika und anderswo in den 1960er- und 1970er-Jahren. Die gegenwärtige Welle ist dadurch gekennzeichnet, dass die demokratischen Merkmale von Regierungen nach und nach abnehmen – und das hinter einer legalen Fassade. Länder wie die Türkei, Ungarn und Russland haben solche Prozesse erlebt. Das Problem ist groß: Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung hat seit 1994 erhebliche Einschränkungen der bürgerlichen Frei-

heiten und der politischen Rechte erlebt. Tatsächlich lag der Grad an Demokratie, den der durchschnittliche Weltbürger oder die Weltbürgerin im Jahr 2022 genoss, auf dem Niveau von 1989, und 70 Prozent der Weltbevölkerung (konkret 5,4 Milliarden Menschen) lebten in Autokratien. Eine Rekordzahl von Ländern – insgesamt 33, das heißt 36 Prozent der Weltbevölkerung – erlebten einen Rückgang der Demokratie. Diese Autokratisierung geht mit einer zunehmenden Polarisierung und dem Einsatz von Desinformation durch autokratische Regierungen einher, die die nationale und die internationale Meinung zu beeinflussen versuchen.

Autokratisierung und Desinformation gehen Hand in Hand: Autokrat*innen setzen Desinformation strategisch ein, um ihre Macht aufrechtzuerhalten und zu stärken. Konkret nut-

zen sie dafür verschiedene Taktiken: Sie schränken die Transparenz ein, sie manipulieren offizielle Statistiken, sie beeinträchtigen den Internetverkehr und richten sich gezielt gegen einzelne einflussreiche Personen.

Der Abbau von Transparenz ist ein Kennzeichen autoritärer Regierungsführung. Autokrat*innen manipulieren Informationen und schränken Meinungsfreiheit strategisch ein, um die Kontrolle beizubehalten. Ein Beispiel dafür ist die chinesische Regierung: Amnesty International kritisiert die mangelnde Transparenz beim Melden von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in der Provinz Xinjiang. Die Regierung hat außerdem die Meinungsfreiheit eingeschränkt, indem sie soziale Medien und andere Online-Plattformen zensierte und überwachte. In den meisten autokratischen Ländern müssen sich die Bürger*innen heute aufgrund des eingeschränkten Internetzugangs und der Zensur auf staatlich kontrollierte Informationen verlassen. Die russische Regierung stützt sich seit 2008 zunehmend auf die Verbreitung falscher Informationen, insbesondere während der Annexion der Krim und des Einmarschs in die Ukraine. Der Kreml hat seine Informationskampagnen modernisiert und sie im In- und Ausland ausgeweitet, um demokratische Institutionen zu spalten und zu schwächen.

Autokrat*innen manipulieren auch offizielle Statistiken, um ihren Ruf im In- und Ausland zu verbessern. Forschungsergebnisse zeigen, dass autokratische Regierungen insbesondere Statistiken zu Wirtschaftsleistung und öffentlicher Gesundheit (z. B. Corona-Todeszahlen) bewusst verändern. So wurde bekannt, dass die Regierung in Nordkorea Wirtschaftsdaten und Statistiken schönt, um trotz weit verbreiteter Armut und einer angeschlagenen Wirtschaft ein Bild von Wohlstand und Fortschritt zu vermitteln. Transparenz, Zugänglichkeit und die Qualität der Berichterstattung sind entscheidend, wenn es darum geht, die Leistung verschiedener Regime zu vergleichen. Informationen sollten besonders kritisch betrachtet werden, wenn sie aus Autokratien kommen.

Darüber hinaus greifen autokratische Regierungen aktiv in den Online-Verkehr ein, um den Informationsfluss zu kontrollieren. Die „Große Firewall“ der chinesischen Regierung zum Beispiel blockiert den Zugang zu ausländischen Nachrichtenseiten und Social-Media-Plattformen, sie schränkt den Zugang der Be-



Nikolina Klatt ist studentische Hilfskraft in der Abteilung Transformationen der Demokratie und studiert im Master Public Policy an der Hertie School of Governance in Berlin. Zuvor arbeitete sie für das CoronaNet-Projekt und als Assistentin für Programmentwicklung in New York, wo sie die Jugendversammlung bei den Vereinten Nationen mitorganisierte. nikolina.klatt@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

völkerung zu unabhängigen Informationsquellen ein und fördert stattdessen staatliche Propaganda.

Eine weitere Desinformationsstrategie autoritärer Regime besteht darin, einflussreiche Personen wie Journalisten, Oppositionsführerinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft mit falschen Anschuldigungen oder Schikanen zu belegen, um ihre Glaubwürdigkeit und ihren Einfluss zu untergraben und Zwietracht innerhalb demokratischer Institutionen zu säen. In der Türkei beispielsweise hat die Regierung Journalisten und Oppositionelle aufgrund erfundener Terrorismus- und Spionagevorwürfe festgenommen und inhaftiert, wodurch abweichende Meinungen unterdrückt und demokratische Grundpfeiler angegriffen wurden.

Die zunehmende Bedrohung durch Desinformation hat zudem eine entscheidende wirtschaftliche Seite: Desinformation ist zu einem profitablen Geschäftsmodell geworden, das global und lokal funktioniert. Längst ist es nicht mehr nur ein Werkzeug, mit dem autoritäre Führer ihr Image verbessern. Ein zentrales Merkmal dieses Geschäftsmodells ist seine Komplexität – die zugrunde liegende Infrastruktur und die Aufrechterhaltung der Logistik sind hochspezialisierte Dienstleistungen. Private Militärunternehmen wie die von Russland unterstützte Wagner-Gruppe bieten ihre

Desinformationsdienste dem Meistbietenden an, und das oft in Konfliktsituationen. Das mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin verbundene Multimillionen-Dollar-Unternehmen spielt eine zentrale Rolle in der afrikanischen Desinformationswirtschaft. Die Spezialisten dieser Gruppe produzieren Blockbuster-Filme zum „Dis-Infotainment“ und verbreiten über ihr umfangreiches Netzwerk in den sozialen Medien falsche Narrative (mutmaßlich auch mithilfe russischer Trollfabriken). Ihre Filme, die russische Soldaten meist als Helden darstellen, die Afrikaner unterstützen oder vom Einfluss der USA oder Chinas befreien, sind äußerst erfolgreich. In diesen Zusammenhängen geht Desinformation oft über eine einfache binäre Unterscheidung zwischen wahr oder falsch, links oder rechts hinaus. Hier geht es vielmehr um komplexe, auch in sich widersprüchliche Erzählungen. Diese Narrative sind absichtlich irreführend, sie greifen gefährdete Einzelpersonen, Gruppen oder sogar demokratische oder wissenschaftliche Institutionen an. Sie bergen die Gefahr physischer Gewalt.

Der enorme Erfolg der Desinformation als Geschäftsmodell ist auf Faktoren sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite zurückzuführen. Auf der Angebotsseite drängen schwache Mediensysteme lokale Journalist*innen in das Geschäft mit der Desinformation, da es ih-



Vanessa Boese-Schlosser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Transformationen der Demokratie. Zuvor war sie bereits Gast der Abteilung und arbeitete unter anderem als Assistenzprofessorin am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München sowie am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg in Schweden.
vanessa.boese@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

nen an alternativen beruflichen Optionen mangelt. Dies ist besonders schwerwiegend in Konfliktsituationen, in denen lokale Medien kaum oder gar nicht vorhanden sind. Weltweit bietet die Desinformationswirtschaft Akteuren die Chance, die Polarisierung im großen Maßstab voranzutreiben. Hier leistet „Code for Africa“ Aufklärungsarbeit, eine gemeinnützige Organisation, die sich mit Technologie und Datenjournalismus befasst. Sie deckt auf, wie Staaten von außerhalb in ganz Afrika Desinformationskampagnen betreiben und damit bewaffnete Konflikte anheizen. Die lokale Arbeit wird in solchen Kampagnen häufig an afrikanische Stellvertreter bzw. Auftragnehmerinnen übertragen, während dann global koordinierte Netzwerke die professionell produzierten Multimedia-Inhalte verbreiten. Solche Kampagnen nutzen Infotainment-Formate, um Medienwächter zu umgehen und junge oder unbedarfte Zielgruppen anzusprechen.

Auf der Nachfrageseite zeigt sich, dass polarisierende Nachrichten, die Wut oder andere emotionale Reaktionen hervorrufen, begehrter sind als die herkömmlichen Nachrichten. Dies zeigt sich beispielsweise in der Anzahl der Klicks auf den entsprechenden Websites. Diese Klicks generieren wiederum Einnahmen durch die Werbeanzeigen, die auf den Websites geschaltet sind – aufwiegende Inhalte machen Websites profitabler. Im Jahr 2016 entdeckten Reporter von BuzzFeed News beispielsweise über 140 Websites mit Sitz in der Stadt Veles in Nordmazedonien, die sich mit sensationslüsternen und oft falschen Inhalten zur US-amerikanischen Politik an Konservative und Trump-Anhänger richteten. Diese Websites bewerben ihre Inhalte über Facebook und generieren so möglichst viel Traffic. Dabei ist zu beachten, dass Nutzer*innen aus den USA viermal so viel Wert zugemessen wird wie Nutzer*innen aus anderen Ländern. Die meisten Beiträge auf diesen Websites werden von randständigen oder rechten Seiten in den USA kopiert, umgeschrieben und mit aufmerksamkeitsstarken Schlagzeilen versehen. Viele Beiträge sind komplett falsch oder zumindest irreführend. Technologieunternehmen wie Google oder Yahoo, die Online-Werbung schalten, haben begrenzte oder gar keine Richtlinien dafür, auf welchen Websites Anzeigen geschaltet werden dürfen. So kommt es, dass Unternehmen unbeabsichtigt Werbung auf Websites platzieren, die gefährliche Narrative verbreiten. Es zeigt sich, dass die Online-Werbung von Tech-Unternehmen global reguliert werden muss.

Das Ausmaß, die Profite, die Komplexität und die Reichweite der Desinformationswirtschaft machen sie aktuell zu einer der größten Gefahren für Demokratie und Frieden. Die über soziale Medien verbreitete Desinformation wirkt nicht mehr nur unterschwellig – sie verleitet ihr Publikum zunehmend zu tatsächlicher Gewalt. Ein Hauptziel in Konfliktregionen sind die Vereinten Nationen: Es gibt Hinweise darauf, dass zu gewalttätigen Angriffen auf UN-Stützpunkte in der Demokratischen Republik Kongo vorsätzlich im Netz angestiftet wurde. Todesfälle unter Friedenstruppen und Demonstrierenden waren die Folge.

Die Widerstandsfähigkeit der Demokratie gegen Autokratisierung und Desinformation muss gestärkt werden, und dazu braucht es ein breites Spektrum an Strategien. Der allgemeine und freie Zugang zu Informationen und ein gesundes Mediensystem sind für das reibungslose Funktionieren einer Demokratie von entschei-

„Die Stärkung der lokalen Medieninfrastruktur ist eine Schlüsselstrategie zur Förderung der demokratischen Resilienz“

dender Bedeutung. Daher ist die Stärkung der lokalen Medieninfrastruktur eine Schlüsselstrategie zur Förderung der demokratischen Resilienz. Freie Medien können Machtmissbrauch aufdecken und die Öffentlichkeit über

wichtige politische Sachverhalte informieren. So garantieren sie politische Rechenschaftspflicht und Transparenz. Medienbildung versetzt Bürger*innen überhaupt erst in die Lage, Information und Desinformation unterscheiden zu können. Unabhängige Medien erlauben es lokalen Medienschaffenden, Inhalte auf angemessene und demokratische Weise zu verbreiten – Investitionen in lokale Medien und gut informierte Gemeinschaften sind also der Schlüssel zur Widerstandsfähigkeit. Auch eine verstärkte transnationale Zusammenarbeit gegen Desinformation und mehr Peer-Mentoring zwischen lokalen Akteuren anstelle von zentralisierten Schulungen unterstützen lokale Mediennetze, gerade in Konfliktsituationen. Digitale Rechte und Gesetzgebung sind weitere Bereiche, in denen Schritte unternommen werden können, um sicherzustellen, dass demokratische Grundsätze gewahrt bleiben, wie im Fall der Platzierung von Werbung. Schließlich empfiehlt es sich, die Kosten auf der Angebotsseite zu erhöhen. Desinformation muss teuer werden. Dies kann beispielsweise dadurch erreicht werden, dass die Drahtzieher entlarvt werden und dass diejenigen, die von Kampagnen profitieren, auf schwarze Listen gesetzt werden. Schlussendlich sollte durch den gezielten Aufbau eines funktionierenden Mediensystems auch denen, die jetzt in der Desinformationsökonomie tätig sind, Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden. ●

Eine englische Fassung dieses Textes ist erschienen in The Loop, dem Blog des European Consortium for Political Research: the-loop.ecpr.eu/disinformation-in-autocratic-governance/

Literatur

Alexander, Lawrence/Silverman, Craig: How Teens in The Balkans Are Duping Trump Supporters with Fake News. BuzzFeed News. 04.11.2016. Online: <https://www.buzzfeed.com/craigsilverman/how-macedonia-became-a-global-hub-for-pro-trump-misinfo> (Stand 25.05.2023).

Amnesty International: Human Rights in China. 2022. Online: <https://www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/east-asia/china/report-china/> (Stand 10.05.2023).

Boese, Vanessa/Hellmeier, Sebastian: Autocratization and Its Consequences. 2022. Online: <https://www.wzb.eu/en/article/autocratization-and-its-consequences> (Stand 10.05.2023).

Boese, Vanessa A./Lindberg, Staffan I./Lührmann, Anna: „Waves of Autocratization and Democratization: A Rejoinder“. In: Democratization, 2021, Jg. 28, H. 6, S. 1202-1210. DOI: 10.1080/13510347.2021.1923006.

Boese, Vanessa A./Lundstedt, Martin/Morrison, Kelly/Sato, Yuko/Lindberg, Staffan I.: „State of the World 2021: Autocratization Changing Its Nature?“. In: Democratization, 2022, Jg. 29, H. 6, S. 983-1013. DOI: 10.1080/13510347.2022.2069751.

Den freien Austausch schützen

Die Rolle der Gerichte in Brasilien

In den letzten Jahren konnte vielerorts beobachtet werden, wie Demokratie in die Defensive geriet. Diese Prozesse gingen oft einher mit der Verbreitung von digitaler Desinformation. Dies ist nur einer von vielen Aspekten demokratischen Rückschritts, doch das Thema hat eine zentrale Rolle im öffentlichen Diskurs angenommen. Clara Iglesias Keller und Diego Werneck Arguelhes zeigen am Beispiel Brasiliens: Im Kampf gegen Desinformation kommt gerade der Justiz große Bedeutung zu.

Clara Iglesias Keller und Diego Werneck Arguelhes

Wie, wo und warum enden Demokratien? Diese Fragen stellen sich Rechts- und Politikwissenschaftler*innen in einer Zeit der weltweiten demokratischen Rezession. Das Narrativ der demokratischen Rezession umfasst verschiedene Phänomene. In Venezuela und Ungarn waren es graduelle Prozesse, die in Regimewechseln endeten. Anderorts ist es der Verlust an Stabilität oder Qualität politischer Institutionen – dies zeigt sich aktuell nicht nur in sich festigenden, sondern auch in gefestigten Demokratien (Brasilien, Polen und den Philippinen bzw. Großbritannien und den USA). Um den schleichenden Charakter der Prozesse besser zu erfassen, haben Wissenschaftler*innen sowohl bekannte Konzepte wie „Populismus“ und „Autoritarismus“ an die aktuelle Realität angepasst als auch neue entwickelt. Die Rede ist dann vom „demokratischen Rückschritt“ (democratic backsliding) oder von einer „Verfassungserosion“.

Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Nancy Bermeo definiert demokratischen Rück-

schritt als „vom Staat ausgehende Schwächung oder Beseitigung der politischen Institutionen, die eine Demokratie aufrechterhalten“. Das Phänomen kann unterschiedliche Formen annehmen – je nach politischen, sozialen und kulturellen Umständen. Dennoch lassen sich Gemeinsamkeiten identifizieren. Demokratischer Rückschritt ist typischerweise in sozialen und wirtschaftlichen Krisen zu beobachten, in denen autoritär ausgerichtete Führungspersonlichkeiten durch demokratische Wahlen an die Macht gelangen. Danach übernehmen oder begrenzen sie kontrollierende Institutionen, wie etwa die Justiz, und untergraben die Rechte der Opposition oder schutzbedürftiger Minderheiten.

Digitale Technologien gelten dabei oft als zentrales Instrument für extremistische Botschaften, politische Polarisierung und Desinformation – insbesondere in Zeiten des Wahlkampfs, aber auch darüber hinaus. Die empirischen Belege für einen Zusammenhang zwischen Desinformation und einer Gefährdung der Demokratie sind schwach. Trotzdem stehen soziale Netz-

werke und Messaging-Plattformen in vielen Ländern im Mittelpunkt öffentlicher und politischer Debatten über die Krise der Demokratie.

Brasilien ist ein Paradebeispiel. Die Regierungszeit von Jair Bolsonaro von 2019 bis 2022 ist der Inbegriff eines demokratischen Rückschritts. Abgesehen von gravierenden Verschlechterungen hinsichtlich der Rechte von Minderheiten sowie in der Umwelt-, Gesundheits- und Bildungspolitik griff seine Regierung Gerichte, die politische Opposition und öffentliche Kontrollinstitutionen an. Schon bei den Wahlen 2018 hatte Bolsonaro stark auf Desinformation gesetzt. Nach seinem Amtsantritt nutzte er die Meinungsfreiheit und die Kommunikationsinstrumente der Regierung als Waffe, um Hassrede und Desinformation gegen demokratische Institutionen zu fördern.

Digitale Desinformation führt nicht zwangsläufig zum Abbau von Demokratie. In Brasilien hat sie die öffentliche Meinung und die Debatten jedoch stark geprägt und ist mittlerweile ein Kernthema des politischen Diskurses. Nachdem Bolsonaro im Januar 2023 aus dem Amt geschieden war, überschattete die Regulierung digitaler Plattformen andere ebenso legitime politische und wirtschaftliche Reformen.

Dennoch kann Desinformation gefährlich sein, schließlich untergräbt sie Institutionen, die für stabile Demokratien von grundlegender Bedeutung sind – wie etwa ein gut funktionierendes Mediensystem. Obwohl Desinformation in Bra-

„Da das Parlament seiner Aufgabe bei der Bekämpfung von Desinformation nicht nachkam, wurden die Gerichte umso wichtiger“

silien seit 2018 ein zentrales Thema ist, wurde in den letzten Jahren kein Gesetz dazu verabschiedet. Da das Parlament hier seiner Aufgabe nicht nachkam, wurden die Gerichte umso wichtiger – sie mussten Politiker*innen zur Rechenschaft ziehen, aber auch die Verbreitung von Desinformation verhindern. In einer Reihe von Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs, den sogenannten „Fake-News-Untersuchungen“,



Clara Iglesias Keller ist Forschungsgruppenleiterin am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft und Professorin am Instituto Brasileiro de Ensino, Desenvolvimento e Pesquisa in São Paulo. clara.keller@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

ordneten Richter*innen an, dass Inhalte, Kanäle und Social-Media-Konten gesperrt oder entfernt wurden. Das Wahlgericht und sein Oberster Richter rückten so in den Mittelpunkt des Streits um die Präsidentschaftswahlen 2022, weil sie weitreichende Resolutionen erließen und in mehreren Fällen von Desinformation Online-Inhalte entfernen ließen.

Die große Bedeutung der Gerichte ist verständlich. In Brasilien verfügen sie über weitreichende Befugnisse zur Organisation und Durchführung von Wahlen. Darüber hinaus sind im brasilianischen Recht traditionell Richter*innen für die Entscheidung über Fälle verantwortlich, bei denen es um Einschränkungen der Meinungsfreiheit geht. Dies macht Gerichte immer mehr zur Zielscheibe autoritärer Populist*innen. Gleichzeitig deuten neuere Studien darauf hin, dass unabhängige Richter*innen ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Resilienz sein können.

Allerdings handelt es sich bei Gerichten um institutionell gebundene Akteure. Sie sind nicht optimal aufgestellt, um die Kosten, Vorteile und Folgen digitaler Governance-Mechanismen abzuschätzen, die im Zusammenhang mit Desinformationskampagnen stehen. Desinformation ist ein komplexes Thema, das vielfältige Gegenmaßnahmen erfordert – wir können also nicht erwarten, dass Gerichte das Allheilmittel sind. Wir können aber fragen, welchen Beitrag Richter*innen zur Bewältigung dieser Aufgabe leisten, und mögliche unerwünschte Auswirkun-

gen einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit Desinformation diskutieren.

Die Potenziale und Grenzen von Gerichten bei der Bekämpfung von Desinformation in digitalen Medien lassen sich gut anhand der jüngsten Geschichte Brasiliens einschätzen. Wie in vielen anderen konstitutionellen Demokratien setzen auch in Brasilien Gerichte Verfassungsrecht und Grundrechte durch – oft auch gegen vermeintliche Mehrheitsentscheidungen. Diese Aufgabe bringt sie allerdings auf Kollisionskurs mit aufsteigenden autoritären Führungspersönlichkeiten. Ihre Rolle als nicht gewählte Entscheidungsträger*innen, die ihre Entscheidungen in der Sprache des Rechts rechtfertigen, bietet eine verlockende Angriffsfläche für populistische Politiker*innen, die „das Volk“ gegen „das Establishment“ mobilisieren wollen.

Dass Richter*innen diese Rolle spielen können, bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass sie es auch tun. Die wirksame Ausübung der richterlichen Gewalt hängt von bestimmten institutionellen und politischen Bedingungen ab – zum Beispiel von Regeln darüber, wie Fälle zu den Richter*innen gelangen, von öffentlicher Unterstützung oder von der kooperativen Haltung anderer Institutionen bei der Durchsetzung von Entscheidungen. In Brasilien verfügen die Richter*innen des Obersten Gerichtshofs über ein breites Spektrum an Befugnissen, vom Strafrecht und der Überprüfung der Verfassung über das Lösen wahlrechtlicher Streitigkeiten bis hin zum Erlass von Wahlvorschriften. Dadurch sind Gerichte stets mit der Reaktion von Bürger*innen und Politik konfrontiert. Ohne politische Stabilität und öffentliches Vertrauen können die Gerichte kaum darauf zählen, dass ihren Entscheidungen Folge geleistet wird.

Desinformation könnte diese Rahmenbedingungen untergraben, denn Politiker*innen können so Unterstützung für Verfassungs- oder Gesetzesreformen gegen die Justiz mobilisieren. Wenn Gerichte lediglich als ein weiterer politischer Akteur betrachtet werden – und vielleicht als einer, der gegen „das Volk“ vorgeht –, ist es für autoritäre Politiker*innen einfacher, deren Einfluss einzudämmen. Jair Bolsonaro zum Beispiel machte aus den Wahlen ein informelles Referendum über den Obersten Gerichtshof und die Legitimität des Wahlgerichts. Seine Anhänger*innen betrachteten die Richter*innen dieser Gerichte als Staatsfeinde. Diese sahen sich mit Bedrohungen und erhöh-

ten Sicherheitsanforderungen – im Netz wie in der echten Welt – konfrontiert. Kurz vor der Wahl verbreitete Bolsonaro die Idee, er könne im Falle seiner Wiederwahl das Gericht mithilfe einer Verfassungsänderung mit mehreren neuen Kandidaten*innen besetzen.

In vielen Ländern gehört es zur populistisch-autoritären Strategie, durch die Ernennung von Richter*innen politische Verbündete in die Gerichte zu bringen. Gerichte können so ihre Kontrollfunktion verlieren und zu Ermöglichern demokratischer Rückschritte werden, wenn sie das Recht so auslegen, dass verfassungsmäßige Garantien und Kontrollen der politischen Macht wegfallen. Genau dies geschah in Ländern wie Ungarn oder Venezuela.

Außerdem: Auch wenn die Entscheidung über Fälle der freien Meinungsäußerung eine legitime richterliche Aufgabe sein mag – Gerichte sind nicht optimal gerüstet, um mit einem vielschichtigen Phänomen wie der digitalen

„Gerichte sind nicht optimal gerüstet, um mit einem vielschichtigen Phänomen wie der digitalen Desinformation umzugehen“

Desinformation umzugehen. Hier braucht es verschiedene Reaktionen mehrerer politischer Akteure. Es geht um eine Kombination vieler Schutzmaßnahmen: von der Gesetzgebung bis hin zu Maßnahmen außerhalb der staatlichen Sphäre wie Faktenprüfungen, die Förderung von Medienkompetenz und Initiativen digitaler Plattformen.

Selbst im Bereich ihrer Zuständigkeit unterliegen Gerichte institutionellen Beschränkungen, wenn sie Fragen der Regierungsführung und der öffentlichen Ordnung behandeln. Einzelfallentscheidungen reichen nicht unbedingt aus, wenn systemische Auswirkungen und politische Folgen abgeschätzt werden sollen. Dies ist in der digitalen Welt von großer Bedeutung: Die Entscheidung einer Richterin in einzelnen Fällen von Desinformation könnte auf eine unverhältnismäßige oder ungleiche Einschränkung der Meinungsfreiheit im Internet hinauslaufen.

Darüber hinaus ist digitale Desinformation nur ein Teil dessen, was als „demokratischer Rückschritt“ diskutiert wird. Digitale Plattformen sind zweifellos sehr mächtige Akteure, die reguliert werden müssen. Ihre Rolle in diesen Prozessen ist allerdings noch nicht klar. Sie könnten Bedingungen schaffen, die den Abbau der Demokratie begünstigen, auch wenn sie nicht direkt dazu führen. Welche Rolle sie genau spielen, hängt immer von den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umständen ab. Im Falle Brasiliens ist das unregulierte Mediensystem in den Blick zu nehmen, aber auch die Militarisierung der Regierung, die zunehmende Politisierung der Streitkräfte und die ungleiche Verteilung politischer und kommunikativer Macht. Diese Faktoren sind möglicherweise wichtiger als die digitalen Plattformen an sich.

Schließlich ist es wichtig zu bedenken, dass in bestimmten Fällen getroffene Gerichtsentscheidungen Präzedenzfälle schaffen, die Einfluss auf zukünftige Entscheidungen haben. Das bedeutet: Alles, was die Justiz gegen demokratische Rückschritte unternimmt, also etwa das Löschen von Online-Inhalten auf Social-Media-Konten, bildet ein institutionelles Erbe, selbst wenn solche Entscheidungen zunächst als Ausnahme angesehen werden. Auf dieses Erbe können zukünftige Richter*innen zurückgreifen – allerdings nicht bloß, um den Autoritarismus zu bekämpfen. Auch legitime Äußerungen gegnerischer Stimmen könnten verboten werden.

Diese Sorge ist besonders relevant mit Blick auf Brasilien. Bei den Präsidentschaftswahlen 2022 schränkte das Oberste Wahlgericht bei einer Reihe von Desinformationsfällen die Meinungsäußerung ein. Es führte neue Standards zur wirksamen Eindämmung von Desinformation ein. Solche Standards können in Zukunft dazu genutzt werden, Wahlen gegen Angriffe zu verteidigen; damit können aber letztendlich auch gegenteilige Ziele verfolgt werden. Wenn



Diego Werneck Arguelles ist Professor am Insper Institute of Education and Research in São Paulo und Senior Researcher am Brazilian Center for International Relations.
diegowa@insper.edu.br

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

Bolsonaro die Wahlen gewonnen hätte, hätte er die Gerichte entsprechend seiner politischen Agenda besetzen können. Er hatte ja bereits zwei Richter*innen des Obersten Gerichtshofs ernannt für die nächste Wahlrunde benannt. Im großen brasilianischen Justizapparat eröffnen die obersten Gerichte Wege, die auf der lokalen Ebene auf eine Weise genutzt werden könnten, die die Meinungsfreiheit unrechtmäßig einschränkt, ja sogar Rückschritte begünstigen könnte.

Demokratischer Rückschritt hat unterschiedliche Auslöser. Desinformation ist sicherlich nicht das einzige Problem, mit dem die brasilianische Demokratie konfrontiert ist – auch wenn das Gewährleisten einer gesunden öffentlichen Debatte ein wichtiger Teil einer starken Demokratie ist. Bisher verkörperte die Justiz den Widerstand des Landes gegen demokratische Rückschritte, doch allein wird sie nicht die Strukturen schaffen und halten können, die für demokratische Resilienz erforderlich sind. ●

Literatur

Bermeo, Nancy: „On Democratic Backsliding“. In: *Journal of Democracy*, 2016, Jg. 27, H. 1, S. 5-19.



Was lesen diese jungen Leute wohl gerade auf ihren Handys?
Taiwan gilt als eines der Länder mit dem größten Aufkommen
an Desinformation weltweit.
Foto: © Henry & Co | Pexels, alle Rechte vorbehalten.

Desinformation, Zensur und Zivilgesellschaft

Die digitale Transformation in Singapur und Taiwan

Sowohl die sozialwissenschaftliche Digitalisierungsforschung als auch die öffentliche Diskussion orientieren sich überwiegend an der Situation in den USA oder Westeuropa, wenn es um den digitalen Wandel geht. Gut zwei Monate hat Jeanette Hofmann in Singapur und Taiwan verbracht, um das Zusammenspiel von Digitalisierung, Öffentlichkeit und Politik in einer anderen Weltregion kennenzulernen. Ihre Leitfrage war: Lassen sich national eigenständige Perspektiven auf die digitale Transformation identifizieren?

Jeanette Hofmann

Erste Hinweise auf nationale Wege im digitalen Wandel zeigten sich in den Schilderungen meiner GesprächspartnerInnen über das digitale Leben in beiden Ländern. In Singapur enthielten fast alle Gespräche über Digitalisierung und Öffentlichkeit Hinweise auf die einzigartige Geschichte des Landes und seine bis heute bestehende Verletzlichkeit. Von außen sieht sich Singapur durch die großen islamisch geprägten Nachbarstaaten Malaysia und Indonesien bedroht. Die innenpolitische Bedrohung resultiert aus der ethnischen und religiösen Diversität einer chinesisch dominierten Gesellschaft, die in ihrer Gründungsphase teils gewalttätige Spannungen und offene Konflikte durchlebt hat. Der nationalen Erzählung gemäß verdankt Singapur seine heutige politische Stabilität und seine beeindruckenden wirtschaftlichen Erfolge einem Gesellschaftsvertrag zwischen Regierung und BürgerInnen, der eine umfassende staatliche Kontrolle vorsieht.

Als Gegenleistung für die politisch zugesicherte wirtschaftliche und soziale Sicherheit verzichten die SingapurInnen auf demokratische Freiheitsrechte. Dazu gehört vor allem das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Zwar versteht sich Singapur heute als internationales Medienzentrum mit einem weitgehend unbeschränkten Zugang zu Nachrichten und Informationsdiensten, aber der Raum des Sagbaren ist bis heute strikt begrenzt. Sogenannte „Out of Bounds Markers“ – eine Metapher aus dem Golfspiel – verbieten als unfair betrachtete oder den sozialen Frieden untergrabende Kritik an der Regierung und der Rechtsprechung wie auch die Thematisierung ethnischer und religiöser Probleme, die als politisch sensibel gelten. „OB Markers“ verändern sich im Zeitverlauf. Sie werden durch Richtlinien des Ministeriums für Kommunikation und Information festgelegt und durch eine eingeübte Praxis der Selbstregulierung bzw. Selbst-

zensur umgesetzt. Hinzu kommt eine Vielzahl von Gesetzen, die Grundrechte im Namen der öffentlichen Ordnung, der nationalen Sicherheit oder der religiösen Harmonie einschränken. Regelverstöße ahndet die Regierung mit drakonischen Geldstrafen, die nicht selten in den Bankrott und den sozialen Ausschluss führen.

Viele Menschen haben diese Restriktionen als Eigenheit der „asiatischen Kultur“ akzeptiert. Dazu gehört auch eine verbreitete Skepsis gegenüber öffentlichen Kontroversen als Form der demokratischen Willensbildung: „Öffentliche Diskussionen entsprechen einfach nicht unserer Kultur. Und wir sind irgendwie allergisch gegen Menschen, die unseren Frieden und unsere Stabilität stören“, erklärte mir eine Studentin. Und dennoch ist die digitale Trans-

„Selbst regierungstreue Medien lassen heute gelegentlich kritische Stimmen gegenüber der Regierungspolitik zu Wort kommen“

formation nicht spurlos an der politischen Kultur des Landes vorübergegangen. Es sind alternative Medien und eine Vielzahl von Diskussionsforen entstanden, die zivilgesellschaftliche Experimentierräume für grenzwertige Themen und Thematisierungsweisen bilden. Ihr Einfluss zeigt sich in einer allmählichen Verschiebung der traditionellen politischen Toleranzgrenzen. In einem Youtube-Kanal findet sich etwa eine Diskussion über „chinesische Privilegien“ und ethnische Diskriminierungen in Singapur, die noch vor wenigen Jahren unter das Verdikt der „OB Markers“ gefallen wäre. Die neuen Freiräume machen sich auch in der Berichterstattung der regierungstreuen Medien bemerkbar, die heute gelegentlich kritische Stimmen gegenüber der Regierungspolitik zu Wort kommen lassen.

In den Massenmedien und im Parlament ist inzwischen öfter von Unzufriedenheit mit der Politik oder gar von einem öffentlichen Aufschrei die Rede. Das wirft die Frage auf, wie politische Empörung unter den Bedingungen einer staatlich kontrollierten Öffentlichkeit Sicht-



Jeanette Hofmann ist Leiterin der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung und Principal Investigator der Forschungsgruppe „Technik, Macht und Herrschaft“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. Als Professorin für Internetpolitik lehrt sie an der Freien Universität Berlin. jeanette.hofmann@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

barkeit erlangen kann. Als eine Art von Ersatz für den öffentlichen Diskurs erhebt die Regierung systematisch Meinungs- und Verhaltensdaten. Dafür zuständig ist „Reaching Everyone for Active Citizenry @Home“, kurz REACH, eine Abteilung des Kommunikations- und Informationsministeriums. Zunächst als staatliche „Feedback Unit“ konzipiert, die kontinuierlich Meinungsforschung betreibt, gibt es inzwischen verschiedene Dialogformate, die darauf zielen, den BürgerInnen ein Gefühl der aktiven und relevanten Beteiligung zu vermitteln.

Während KritikerInnen von staatlich gelenkter Partizipation sprechen, schätzen die BürgerInnen die Konsultationsangebote offenbar sehr, was sich nicht zuletzt an den Wartelisten für die einzelnen Beteiligungsformate zeigt. Über Umfragen und Konsultationen hinaus ist die Regierung auf verschiedenen Plattformen im Internet aktiv, wo sie kommuniziert, interveniert und beobachtet. Letzteres gilt insbesondere bei politisch umstrittenen Maßnahmen wie dem 2019 verabschiedeten Gesetz zum Schutz vor Online-Unwahrheiten und Manipulation (POFMA), dessen schwankende Akzeptanz mithilfe von „sentiment analysis“ (Verfahren zur Stimmungserkennung) studiert wird.

Auffällig ist, dass die Befindlichkeiten der BürgerInnen zwar beständig gemessen, aber die Ergebnisse nur selten kommuniziert werden, weshalb die singapurische Gesellschaft

nur wenig über ihre eigene Entwicklung und Meinungsbildung weiß. Verbreitet ist die Einschätzung, dass die junge Generation unter dem Eindruck der digitalen Medien gegenwärtig einen unumkehrbaren Prozess der kulturel-

„Die singapurische Gesellschaft weiß nur wenig über ihre eigene Entwicklung und Meinungsbildung“

len Liberalisierung durchläuft. Dies umfasst auch eine Aufweichung konfuzianischer Werte und Traditionen, die eine wichtige Rolle im patriarchalischen Staatsverständnis der Regierungspartei spielen.

Gleichwohl sollte diese Entwicklung nicht als Vorbote einer Demokratisierung missverstanden werden. Der Glaube an die nationale Verletzlichkeit als Rechtfertigung für das autokratische Regime im Rahmen des Gesellschaftsvertrags ist nach wie vor verbreitet und das Vertrauen in die Regierung sehr hoch. Die Mehrheit der Menschen bewertet das Handeln

„Demokratien, so finden viele, schneiden nicht unbedingt besser ab, im Gegenteil“

der Regierung anhand seiner Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit. Demokratien, so finden viele, schneiden hier nicht unbedingt besser ab, im Gegenteil.

In ihrem Verhältnis zu demokratischen Ideen unterscheiden sich die singapurische und die taiwanesishe Gesellschaft grundlegend. Auch in Taiwan lässt sich eine spezifische nationale Perspektive auf die digitale Transformation erkennen. Seinem Selbstverständnis nach hat sich das Land seit dem Ende der Herrschaft von Chiang Kai-shek in den späten 1980er-Jahren zu einer Modelldemokratie Asiens entwickelt. Ein wichtiger Schritt dazu war die vollständige Liberalisierung des Mediensystems, die allerdings erhebliche Folgen für die Herausbildung einer digitalen Öffentlichkeit hat.

Das zunehmende Spannungsverhältnis zwischen China und Taiwan findet seine innenpolitische Entsprechung in einer klaren Polarisierung zwischen den beiden größten Parteien: Die Kuomintang (KMT) repräsentiert chinafreundliche Positionen, die Democratic Progressive Party (DPP) steht dagegen für die Eigenständigkeit Taiwans. Im politischen Alltag werden nahezu alle öffentlichen Kontroversen als Parteinahme für oder gegen ein unabhängiges Taiwan gelesen. Im Unterschied zu Singapur steht daher in Taiwan weniger die nationale Verletzlichkeit im Vordergrund, die Herausforderung besteht vielmehr in der Anerkennung nationaler Autonomie nach außen wie auch nach innen. In Bezug auf die digitale Öffentlichkeit zeigt sich die Autonomieproblematik in einer national entgrenzten Medienlandschaft ohne effektiven Rechtsrahmen.

Taiwan gilt heute als eines der Länder mit dem größten Aufkommen an Desinformation weltweit. Besonders während der alle zwei Jahre stattfindenden Wahlkämpfe nimmt die Häufigkeit strategisch gestreuter Informationen mit manipulativem Potenzial zu. Simplifizierende

„Ein beträchtlicher Anteil an Desinformationen stammt tatsächlich aus Taiwan selbst“

Narrative und fragwürdige Kausalitäten zielen auf die Diffamierung einzelner PolitikerInnen, der Regierung oder ihrer Politiken. Es liegt nahe, China und die dort angesiedelten Content-Farmen für die Zirkulation von Falschinformationen verantwortlich zu machen, aber ein beträchtlicher Anteil an Desinformationen stammt tatsächlich aus Taiwan selbst. Ihre Verbreitung ist eine gängige Praxis in der politischen Auseinandersetzung geworden, der sich viele politische und gesellschaftliche Kräfte bis hin zu religiösen Gruppen bedienen.

Oft tauchen Falschmeldungen zunächst in den sozialen Medien oder in Messenger-Diensten auf, um dann von Massenmedien aufgegriffen und der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden. Die zentrale Rolle von Zeitungen und Fernsehkanälen in der Verbreitung von Desinformation ist ein viel diskutiertes Thema in Taiwan. Sie verweist auf eine insge-

samt desolate, häufig als dysfunktional beschriebene Medienlandschaft, die durch eine hoch konzentrierte Eigentümerstruktur und polarisierende Berichterstattung geprägt ist und zudem mit erheblichen Qualitätsschwächen zu kämpfen hat. Es dominieren Infotainment und Sensationsjournalismus.

Seit die digitalen Plattformen einen Großteil der Werbeeinnahmen abschöpfen, fehlt der taiwanesischen Medienwirtschaft ein tragfähiges Geschäftsmodell. Vielfach sind es Studierende ohne journalistische Qualifikationen, die für die Produktion von Nachrichten verantwortlich sind. Ein Teil der Zeitungen und Fernsehsender

„Vielfach sind Studierende ohne journalistische Qualifikationen für die Produktion von Nachrichten verantwortlich“

gehören Unternehmen wie dem Lebensmittelkonzern Want Want, der große Absatzmärkte in China hat und die Berichterstattung auch aus wirtschaftlichen Erwägungen auf eine durchweg chinafreundliche Linie ausrichtet.

Die bisherigen Versuche der Regierung, einen zeitgemäßen medienpolitischen Regulierungsrahmen zu schaffen, der auch Plattformen mit einbezieht, sehen sich mit vielen Widerständen konfrontiert. Wie Singapur auch versteht sich Taiwan als Importeur von Regulierungsmaßnahmen, die etwa in Brüssel ausgehandelt werden. Taiwan sei allerdings zu klein und politisch zu schwach, um eine wirksame Kontrolle über seine nationale Öffentlichkeit ausüben zu können, erklärte ein Experte. Der taiwanesischen Informationsraum sei grenzüberschreitend; nur ein Viertel der Betreiber von Kommunikationsdiensten komme aus Taiwan selbst, die übrigen Anbieter stammen aus China, Korea, Japan und den USA. Anders als die Betreiber von Fernsehkanälen können sich die digitalen Anbieter der nationalen Gesetzgebung entziehen.

Hinzukommt eine mobilisierungsfähige Zivilgesellschaft, die auf mögliche staatliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit auch vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte sehr sensibel reagiert. Befürchtet wird, dass die Ab-

„Als konsensfähige Minimallösung hat sich das überwiegend zivilgesellschaftlich verantwortete Fact-Checking durchgesetzt“

sicht der Regierung, Fake News zu kennzeichnen oder gar zu verbieten, und die Praxis, den Verzicht auf journalistisches Fact-Checking mit Geldstrafen oder Lizenzentzug zu belegen, zu Machtmissbrauch einladen und die junge taiwanesischen Demokratie beschädigen könnten. Als konsensfähige Minimallösung hat sich das überwiegend zivilgesellschaftlich verantwortete Fact-Checking durchgesetzt. Inzwischen betreiben mehrere Nichtregierungsorganisationen professionelle Nachrichtenüberprüfung und bieten Weiterbildungskurse in Medienkompetenz an – finanziert ausgerechnet von jenen Unternehmen, deren Kommunikationsdienste nachweislich für die Verbreitung von Desinformation verantwortlich sind.

Obwohl Singapur und Taiwan diametral entgegengesetzte Regierungsformen aufweisen und den digitalen Wandel recht unterschiedlich wahrnehmen, zeigt sich im Umgang mit Desinformation doch eine unerwartete Nähe. Beide Regierungen haben ähnliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation entwickelt. Der Unterschied besteht darin, dass die taiwanesischen Zivilgesellschaft erfolgreich dagegen opponiert. Die Menschen in Singapur scheinen die staatlichen Zensurmaßnahmen hinzunehmen, aber sie organisieren erfolgreiche Crowdfunding-Maßnahmen, damit die Opfer der Zensur ihre Geldbußen bezahlen können. ●

Wo Künstliche Intelligenz nicht hinkommt

Legitime Demokratien brauchen Kollektive Intelligenz

Zunehmend wird erkannt, dass Künstliche Intelligenz ein machtvoll Instrument zum Regieren sein kann. Regierungen nutzen riesige Datenmengen, um öffentliche Dienstleistungen zu verbessern. Allerdings schließen Algorithmen oftmals Bürger*innen von politischen Entscheidungen aus und verschärfen die Diskriminierung von Minderheiten. Maschinen können vielleicht darauf trainiert werden, der Verantwortlichkeit gerecht zu werden – sie werden aber niemals in der Lage sein, die Legitimität zu erzeugen, die Demokratien dringend brauchen. Wie kann digitale Technologie die Beteiligung der Bürger*innen an politischen Entscheidungen ermöglichen?

Thamy Pogrebinski

Schon Aristoteles setzte auf die „Weisheit der Vielen“: das Zusammenkommen und den Austausch zwischen Menschen mit unterschiedlichen Wissensniveaus und -bereichen, Informationen oder Fachkenntnissen, die gemeinsam zum selben Ziel beitragen. Eine solche Form des kollaborativen Wissens – heute spricht man von „Kollektiver Intelligenz“ – berücksichtigt die Vielfalt individueller Perspektiven und menschlicher Erfahrungen; sie fasst nicht einfach nur Meinungen und Vorlieben zusammen, sondern nutzt verschiedene Standpunkte und Informationsquellen, wenn Entscheidungen getroffen oder Probleme gelöst werden sollen.

Diese „kognitive Vielfalt“, wie die Demokratietheoretikerin Hélène Landemore es nennt, kann von Künstlicher Intelligenz nicht nachgeahmt werden, zumindest nicht in einer Weise, die die

Rolle menschlicher Erfahrung, Praxis und Gemeinschaft für die Demokratie erfasst. Lange bevor die Kollektive Intelligenz durch digitale Technologien einen neuen Schub bekam und zum Beispiel mit dem Buch des Journalisten James Surowiecki als „Wisdom of the Crowd“ (deutsch als „Weisheit der Vielen“) bekannt wurde, vertrat John Dewey die Auffassung, dass Demokratie von der Kooperation der Mitbürger*innen abhängt, die mit öffentlich verfügbaren Mitteln ein gemeinsames Ziel erreichen. In seinem Essay „The Public and Its Problems“ von 1939 bezeichnete der Philosoph und Pädagoge den erfinderischen Einsatz und die kreative Aktivität von Menschen beim Problemlösen als „soziale Intelligenz“. Diese ist von entscheidender Bedeutung für die Wiederherstellung der Legitimität in der Demokratie, denn sie ermöglicht den Bürgern die Teilnahme am politischen



Thamy Pogrebinski ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB, Fakultätsmitglied der Berlin Graduate School of Social Sciences (BGSS) an der Humboldt-Universität zu Berlin und Associate Researcher am Institut für soziale und politische Studien der Staatlichen Universität von Rio de Janeiro (IESP-UERJ). thamy.pogrebinski@wzb.eu
Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

Prozess und stellt so sicher, dass politische Entscheidungen nicht nur responsiv zum Willen der Bürger*innen, sondern auch legitim sind.

Es gibt im Wesentlichen zwei Möglichkeiten, wie digitale Technologie Kollektive Intelligenz fördern kann, was die Reaktionsfähigkeit von Regierungen erhöht und gleichzeitig der Demokratie mehr Legitimität verleiht. Erstens kann Kollektive Intelligenz als Werkzeug zur Problemlösung eingesetzt werden. Digitale Technologie erlaubt es so den Bürger*innen, Ideen, Informationen und Daten zu sammeln, die Regierungen sonst kaum sammeln könnten und die für die Festlegung der politischen Agenda und die Bewertung politischer Maßnahmen unerlässlich sind. Zweitens kann Kollektive Intelligenz Teil der Entscheidungsfindung werden. In diesem Fall ermöglicht es die digitale Technologie den Bürger*innen, direkt an der Formulierung und an der Umsetzung politischer Maßnahmen beteiligt zu werden. Im Folgenden beschreibe ich einige der Werkzeuge, mit deren Hilfe Kollektive Intelligenz dem demokratischen Regieren dienen kann.

Crowdsourcing ist heute das am weitesten verbreitete Instrument der Kollektiven Intelligenz. Es bietet vielfältige Einsatzmöglichkeiten zur Lösung von Problemen und zum Aufsetzen einer politischen Tagesordnung. Mithilfe digitaler Technologie können Regierungen Eingaben ei-

ner unbegrenzten Anzahl von Bürger*innen, der „Crowd“, aufnehmen – seien es Ideen, Vorschläge, Daten oder jede Art von Informationen, die zusammengenommen die effizientere und demokratischere Lösung eines Problems ermöglichen. Crowdsourcing wird für unterschiedlichste Zwecke eingesetzt, beispielsweise zur Gestaltung öffentlicher Verkehrssysteme, zur Eindämmung von Straftaten, zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt oder zur Bewältigung einer Pandemie wie Covid-19. Sogenannte Hackathons sind typische Tools des Crowdsourcing: kurze Veranstaltungen, bei denen die Teilnehmenden gemeinsam Lösungen für bestimmte öffentliche Probleme entwickeln und Initiativen zur besseren Strukturierung des öffentlichen Lebens vorschlagen.

Wenn Regierungen „Crowdsourcing“ nutzen, also Wissen von Bürgerinnen und Bürgern sammeln, sammeln sie Informationen und Daten aus Quellen, die sie mit Künstlicher Intelligenz nicht erreichen könnten. Kollektive Intelligenz ermöglicht es Regierungen, an Orte vorzudringen, an denen es keinen Staat gibt, und Gruppen zu erreichen, die lange ausgeschlossen waren oder nur begrenzten Zugang zu digitaler Technologie haben. Künstliche Intelligenz konnte die

„Kollektive Intelligenz ermöglicht es Regierungen, an Orte vorzudringen, an denen es keinen Staat gibt“

Situation indigener Völker in Brasilien während der Covid-19-Pandemie nicht erfassen, aber ganze, teilweise nicht alphabetisierte Stämme versammelten sich um einzelne Smartphones, um Sprachnachrichten aufzuzeichnen und so zivilgesellschaftliche Organisationen über ihre tatsächliche Situation zu informieren. Das machte eine Datensammlung möglich, die als Grundlage für staatliche Maßnahmen zur Unterstützung indigener Völker dienen konnte. Kollektive Intelligenz ermöglicht es Regierungen, Probleme besser zu verstehen, da sie Zugang zur Perspektive derer bietet, die von diesen Problemen betroffen sind.

Formen der Zusammenarbeit in der Formulierungsphase politischer Prozesse werden „CrowdLaw“ genannt. Die Kollektive Intelligenz

ist besonders hilfreich als Mittel für Co-Design bei der Bewältigung verzwickter Probleme, also solchen, die schwer zu definieren und zu lösen sind. Sie ermöglicht die Entwicklung alternativer Lösungswege. Die digitale Technologie hat CrowdLaw-Prozesse sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene vorangetrieben: Über digitale Plattformen können Regierungen, Bürger*innen, Organisationen der Zivilgesellschaft und private Interessengruppen bei der Formulierung von Gesetzen zusammenarbeiten.

Diese Prozesse bringen vielfältige Impulse zusammen, die auf Erfahrungen von Bürger*innen und auf Deliberation basieren und die Umsetzung und Wirksamkeit politischer Ansätze erleichtern können. Sie bringen außerdem meistens öffentliche und private Akteur*innen zusammen – deren Kooperation für das Design neuer und umsetzbarer Strategien wichtig ist. Künstliche Intelligenz wäre nicht in der Lage, ähnliche Zugewinne an Legitimität und Responsivität hervorzubringen, wie sie in der Zusammenarbeit von Bürger*innen untereinander und mit Regierungen entstehen.

CrowdLaw-Prozesse werden im Allgemeinen von Regierungen (von der Legislative oder der Exekutive) angestoßen, die versuchen, Wissen und Erfahrung von Bürger*innen zu sammeln und so bessere und besser legitimierte Gesetze und Policies zu formulieren. In vielen Fällen werden die Prozesse allerdings auch von der Zivilgesellschaft initiiert, die digitale Technologie nutzt, um Entscheidungsträger*innen mit wichtigen Informationen und Daten zu versorgen. Sie bringen außerdem politische Themen auf die Agenda, die sonst keine Bürgerbeteiligung erfahren würden.

Ein weiteres Instrument, um Hindernisse zu überwinden, der der wirksamen Umsetzung neuer Politiken im Wege stehen, ist das sogenannte „Crowdmapping“. Es geht hier um das Crowdsourcing geografischer Daten, aus denen eine digitale Karte erstellt wird, die für die Lösung komplexer öffentlicher Probleme von entscheidender Bedeutung sein kann. Bürger*innen können von verschiedenen Orten aus, an denen sie sich befinden oder über die sie spezifische Kenntnisse haben, zusammenarbeiten, indem sie entscheidende Informationen und Daten zusammentragen. Sie nutzen dafür Geolokalisierungs-Apps auf ihren Smartphones oder markieren Standorte auf digitalen Karten. Beispiele für solche koordinierten Aktionen

von Kartierung und Datensammlung sind Mapathon-Events, bei denen Bürger*innen Karten erstellen oder verbessern, auf denen sie Prob-

„Bei Mapathon-Events erstellen oder verbessern Bürger*innen Karten, auf denen sie Probleme identifizieren und lokalisieren“

leme identifizieren und lokalisieren, die von Regierungen am jeweiligen Ort angegangen werden sollten.

Während Algorithmen Notfälle wie humanitäre Krisen oder Naturkatastrophen nicht vorhersagen können, kann Kollektive Intelligenz dabei helfen, sie zu bewältigen. Crowdmapping wurde beispielsweise eingesetzt, um die Ausbreitung von Krankheiten wie Malaria und Dengue-Fieber einzudämmen oder die von Überschwemmungen und Hurrikanen betroffene Bevölkerung zu unterstützen. Während des Erdbebens 2017 in Mexiko konnten Bürger*innen über die Plattform SISMO MX wichtige Daten und Informationen für die und von den vom Erdbeben Betroffenen zusammentragen. In Kolumbien wurden 2016 über einen Mapathon Daten zusammentragen, die zur Eindämmung eines Malaria-Ausbruchs in der Stadt Guapi beitrugen.

Wenn es um die Auswertung von Politiken geht, kommt Microtasking ins Spiel. Hier wird Kollektive Intelligenz genutzt, um die Umsetzung von Politik in Fällen zu überwachen, in denen große Datenmengen verarbeitet werden müssen. Die große Aufgabe wird in viele kleine Aufgaben aufgeteilt, die von vielen Menschen in verschiedenen Teilen eines Landes oder sogar in verschiedenen Ländern der Welt erledigt werden können. Gewöhnliche Bürger*innen, deren Kollektive Intelligenz die Verarbeitung großer Informations- und Datenmengen ermöglicht, werden also dort einbezogen, wo Regierungen Ressourcen zum Einsatz Künstlicher Intelligenz nicht zur Verfügung haben.

Eine Aufgabe, die von Microtasking profitieren kann, ist zum Beispiel die Überwachung der Menschenrechte in staatsfernen Gebieten. Die Zusammenarbeit einfacher Bürger*innen kann

sich als entscheidend für Prozesse der Überwachung erweisen, die sonst komplex und langwierig wären. Wenn etwa in einer abgelegenen Gegend von Nicaragua Polizist*innen die Tötung mehrerer Menschen bei einer Schießerei mit der Begründung rechtfertigen, es sei um Selbstverteidigung gegangen, ermöglichen Bilder, die Bürger*innen zur Verfügung stellen und die mit Smartphones aus verschiedenen Blickwinkeln und zu verschiedenen Zeitpunkten aufgenommen wurden, die Rekonstruktion der Situation. So können Regelverstöße und Straftaten in Gebieten nachgewiesen werden, die von KI-gestützten Drohnen nicht erreicht würden.

Die digitalen Instrumente, die von Kollektiver Intelligenz genutzt werden können, nehmen in Zahl und Vielfalt rasant zu. Sie ermöglichen die Kooperation vieler auf digitaler Basis, und zwar bei der Formulierung von Politiken, beim Ausfindigmachen von Problemen beim Agenda-Setting, bei der Umsetzung von Lösungen der Probleme und bei der Überwachung staatlicher Maßnahmen. Kollektive Intelligenz mit digitalen Mitteln fördert

„Kollektive Intelligenz führt zu innovativen Lösungen, die Demokratien reaktionsfähiger machen und ihre Legitimität erhöhen“

unbestreitbar die Bürgerbeteiligung und stärkt die Zivilgesellschaft. Sie führt zu innovativen Lösungen, die Demokratien reaktionsfähiger machen und ihre Legitimität erhöhen. Diese neuen

digitalen Strategien sollten aber nicht ohne kritische Reflexion eingesetzt werden. Abschließend möchte ich einige Stichpunkte dazu nennen.

Instrumente der Kollektiven Intelligenz machen es Regierungen möglich, Orte zu erreichen, an denen sie bislang nicht präsent waren. Sie erhalten Zugang zu Informationen und Daten, die sie sonst nicht sammeln könnten. Die Regierungen müssen aber dabei sicherstellen, dass die digitale Technologie für alle Menschen an allen Orten zugänglich ist.

Zweitens müssen die Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen Bürger*innen und Regierungen stets demokratisch und für alle Beteiligten vorteilhaft sein. Bürger*innen dürfen nicht ausgebeutet werden, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen darf nicht von Regierungen beschlagnahmt werden. Auch sollten Organisationen der Zivilgesellschaft nicht vereinnahmt und gezwungen werden, für andere Ziele als die Stärkung der Demokratie zu arbeiten.

Drittens müssen Werkzeuge der Kollektiven Intelligenz so intelligent gestaltet sein, dass sie die Breite der Bevölkerung wirklich einbeziehen. Digitale Tools sollten Bürger*innen nicht einfach zu Datenproduzent*innen, Informationsgeber*innen oder Berichterstatter*innen machen, die aber vom politischen Prozess ausgeschlossen bleiben.

Um Demokratien legitim zu gestalten, sollten Regierungen und Zivilgesellschaft zusammen an dem Ziel arbeiten, Kollektive und Künstliche Intelligenz zusammenzuführen. Kollektive Intelligenz kann Künstliche Intelligenz menschlicher gestalten, und Künstliche Intelligenz kann Kollektive Intelligenz effizienter machen. ●

Literatur

Dewey, John: The Public and Its Problems. Chicago: University of Chicago Press 1939.

Landemore, Hélène: Democratic Reason: Politics, Collective Intelligence, and the Rule of the Many. Princeton: Princeton University Press 2013.

Surowiecki, James: The Wisdom of Crowds Microtasking – Why the Many Are Smarter than the Few and How Collective Wisdom Shapes Business, Economies, Societies, and Nations. New York: Random House 2004.

Verhulst, Stefaan G.: „Where and When AI and CI Meet: Exploring the Intersection of Artificial and Collective Intelligence Towards the Goal of Innovating How We Govern“. In: AI & Society, 2018, Jg. 33, S. 293–297.

Der verschleppte Wandel

Warum Deutschlands Verwaltung immer noch nicht digital ist

Die Faxgeräte in Deutschland sorgen international für Kopfschütteln. Im Gesundheitswesen etwa sind sie immer noch im Einsatz. Dabei sind Ideen für eine digitalisierte Verwaltung da: die einheitliche digitale Identität, die elektronische Signatur, ein digitales Postfach, ein Zahlungssystem. Selbst motivierte Experten und Expertinnen stehen bereit. Woran also hakt es?

Jeanette Hofmann

Die Liste der verschleppten oder gescheiterten Digitalisierungsprojekte in Deutschland ist lang und wird fortwährend länger. Der digitale Führerschein musste wie die digitale Brieftasche 2021 wegen Sicherheitsmängeln wieder zurückgezogen werden. Das E-Rezept gibt es inzwischen, aber seine Verbreitung und der Vorteil gegenüber der Verschreibung auf Papier sind noch unter der Wahrnehmungsschwelle. Das Schicksal der E-Akte ist offen; Ähnliches gilt für die elektronische Gesundheitskarte, deren Funktionalität kaum über diejenige des traditionellen Versichertenalausweises hinausreicht. Überweisungen zum Facharzt werden bis heute auf Papier ausgedruckt, und innerhalb des Gesundheitssystems kommuniziert man nach wie vor per Fax, was außerhalb Deutschlands ungläubiges Kopfschütteln auslöst. Den elektronischen Personalausweis gibt es seit 2010; sein Sicherheitsstandard wird inzwischen allgemein gelobt – genutzt wird er dennoch nur von wenigen. Die Wirtschaft hat zur Identifizierung ihrer KundInnen stattdessen ein fehleranfälliges, unsicheres und umständliches Ident-Verfahren eingeführt.

Auch das derzeit ambitionierteste Vorhaben, das „Gesetz zur Verbesserung des Onlinezu-

gangs zu Verwaltungsleistungen – Onlinezugangsgesetz (OZG)“, das die Digitalisierung von immerhin 575 Verwaltungsdienstleistungen innerhalb von fünf Jahren versprach, sah sich von Beginn an vor große Probleme gestellt. Als sich abzeichnete, dass dieses ambitionierte Ziel nicht zu erreichen ist, beschloss der für die Umsetzung des Gesetzes zuständige IT-Planungsrat im Frühjahr 2022, eine kleine Zahl von Verwaltungsleistungen zu priorisieren, die Ende 2022 überall zur Verfügung stehen sollten. Aber auch diese Zielmarke ist gerissen worden. „Alles in allem“, so resümierte der Normenkontrollrat – ein 2006 geschaffenes, unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung – nach vier Jahren konzertierter Anstrengung, „scheint der OZG-Umsetzungsberg nicht kleiner, sondern größer geworden zu sein“.

ExpertInnen gehen davon aus, dass sich Deutschland im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung inzwischen rund 20 Jahre im Rückstand gegenüber seinen Nachbarländern Dänemark, Niederlande und Österreich befindet. Im Digital Economy and Society Index der EU-Mitgliedsstaaten nimmt Deutschland derzeit den 18. Platz ein. Betrachtet man den Ausbau der digitalen Kommunikationsnetze, sieht die Lage nicht

besser aus. Zwar hat Deutschland beim Breitbandausbau im europäischen Vergleich aufgeholt, legt man jedoch die Verfügbarkeit von Glasfaseranschlüssen zugrunde, bewegen wir uns mit 7 Prozent fast am Ende der OECD-Skala.

Warum tut sich Deutschland so unübersehbar schwer mit der Digitalisierung? Warum will der viertgrößten Volkswirtschaft trotz aller Anstrengungen nicht gelingen, was andere Staa-

„Die Digitalisierung des öffentlichen Sektors ist zu einem politischen Sehnsuchtsfaktor geworden“

ten seit Jahrzehnten praktizieren? Um es vorwegzunehmen: An der mangelnden Motivation der beteiligten Akteure liegt es nicht. Im Gegenteil, die Digitalisierung des öffentlichen Sektors ist zu einem „politischen Sehnsuchtsfaktor“ geworden, wie es ein langjähriger Experte formuliert. Auch an Visionen eines datengetriebenen Regierens fehlt es nicht. Die vielen Schriften des Normenkontrollrats zur Digitalisierung zeugen davon.

Fragt man ExpertInnen also nach den Ursachen für die deutsche Digitalisierungsparalyse, so entsteht der Eindruck einer verflochtenen föderalen Landschaft unter wachsendem Transformationsdruck, aber ohne Entscheidungszentrum. Rund 80 Prozent aller Verwaltungsdienstleistungen werden auf kommunaler Ebene erbracht. Die rechtlichen und konzeptionellen Grundlagen für die Digitalisierung verantwortet hingegen der Bund, der allerdings gegenüber den Kommunen normalerweise keine Weisungsbefugnis besitzt. Umgekehrt haben die Kommunen und ihre Spitzenverbände kein Stimmrecht im IT-Planungsrat. Während sich die Kommunen im Bereich der Digitalisierung klare Vorgaben von oben wünschen, ist bis heute nicht abschließend geklärt, ob die Bundesebene hier verbindliche Regelungen für die kommunale Ebene erlassen darf. Der deutsche Föderalismus prämiert regionale Autonomie und kulturelle Vielfalt. Wo einheitliche Lösungen das Gebot der Stunde wären, ist er daher oftmals im Weg.

Ursprünglich sah das Projekt der Verwaltungsdigitalisierung eine gemeinsame Netzarchitek-



Jeanette Hofmann ist Leiterin der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung und Principal Investigator der Forschungsgruppen „Demokratie und Digitalisierung“ sowie „Quantifizierung und gesellschaftliche Regulierung“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. Als Professorin für Internetpolitik lehrt sie an der Freien Universität Berlin. jeanette.hofmann@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

tur vor, die es Ländern und Kommunen ermöglichen sollte, ihre jeweiligen Verwaltungsleistungen modular einzufügen. Jedes Bundesland übernahm die „Themenführerschaft“ für einen Verwaltungsbereich. Um aufwendige Doppelentwicklungen zu vermeiden, sollten die entwickelten Lösungen dann den anderen Ländern nach dem „Einer für Alle“-Prinzip zur Verfügung gestellt werden. Das gemeinsame „Backend“ blieb allerdings ein schöner Traum, denn es gelang dem IT-Planungsrat nicht, unter den Ländern eine einheitliche Referenzarchitektur durchzusetzen.

Es ist nicht so, dass man die widerstrebenden Logiken von föderalistischen Fliehkräften und technischen Vereinheitlichungsanforderungen übersehen hätte. Sogar das Grundgesetz wurde geändert, um die zunächst freiwillige Koordination von Bund und Ländern im Bereich der öffentlichen IT-Steuerung in eine Zuständigkeit des Bundes und eine verpflichtende Beteiligung der Länder zu verwandeln. An den Abstimmungsschwierigkeiten hat der neue Absatz 5 von Artikel 91c des Grundgesetzes allerdings nichts zu ändern vermocht. Die lange eingeübte Konsenskultur in der Bund-Länder-Koordination erwies sich als stärker und der IT-Planungsrat konzentrierte sich notgedrungen auf das „Frontend“, die 575 zu digitalisierenden Verwaltungsdienstleistungen.

Das Datum dieser Aufnahme ist unbekannt. 1978? 2022? Das Motiv wirkt wie aus der Zeit gefallen. Noch heute arbeiten jedenfalls Behörden vereinzelt mit Akten auf Papier.
Foto: © Peter Granser/laif, alle Rechte vorbehalten.



Allerdings führte auch diese Strategie nicht zum Erfolg. Zum einen lassen sich die nun vorliegenden digitalen Verwaltungsdienstleistungen nicht leicht nachnutzen, weil es an einer gemeinsamen Referenzarchitektur, offenen Quellcodes oder wenigstens einheitlichen Schnittstellen fehlt. Zum anderen aber hat die Verlagerung auf das Frontend neue Probleme aufgeworfen. Die Identifikation der 575 zu digitalisierenden Verwaltungsdienstleistungen schreibt diese nämlich für die Zukunft fest und unterläuft damit, vielleicht ungewollt, eines der politischen Schlüsselziele: Der Digitalisierungsprozess sollte als Einstieg in eine grundlegende Transformation des Verwaltungsapparats dienen, bei der Dienstleistungen im Sinne der BürgerInnen künftig ganzheitlich konzipiert werden.

Die vielbeschworene NutzerInnenzentrierung des Onlinezugangsgesetzes beschränkt sich nun vor allem auf die Schnittstelle zwischen BürgerInnen und Verwaltung. Allerdings fallen 90 Prozent aller Dokumente, die Behörden er-

„Man fühlt sich an Potemkinsche Dörfer erinnert: Die Fassaden werden digital, die Vorgänge dahinter bleiben analog oder digitales Stückwerk“

stellen, hinter diesen Schnittstellen an, weil sie dem verwaltungsinternen Informationsfluss dienen. Man fühlt sich an Potemkinsche Dörfer erinnert: Die Fassaden werden digital, die Vorgänge dahinter aber bleiben analog oder digitales Stückwerk.

Der Föderalismus ist nur eines von mehreren Hindernissen, die der Digitalisierung der Verwaltung im Wege stehen. Anders als in anderen Ländern entscheiden hierzulande fast ausschließlich JuristInnen und VerwaltungswissenschaftlerInnen über das Vorgehen bei der Verwaltungsdigitalisierung. Selbst die Position der Chief Information Officers (CIO) wird auf Bundes- wie häufig auch auf Landesebene von JuristInnen bekleidet. Im parlamentarischen Raum sieht es kaum anders aus. Expertise und Entscheidungsverantwortung fallen in Deutschland also systematisch auseinander. Nicht nur an Fachkompetenz fehlt es im Be-

reich der IT-Steuerung, sondern auch an praktischen Erfahrungen mit technisch-administrativen Transformationsprozessen.

Aufgrund eines aus der Zeit gefallenen Laufbahnrechts ist die öffentliche Hand kaum in der Lage, diese Leerstelle zu füllen. Zur Kompensation wird häufig auf externe Beratungsunternehmen zurückgegriffen, deren Empfehlungen und möglichen Eigeninteressen man jedoch nicht hinreichend einschätzen kann. Die große Abhängigkeit von externer Expertise hat ihren Preis. Gesundheitsämter, Schulplattformen, Bürgerportale – sie alle kämpfen mit inkompatiblen Systemen, die vielfach gezielt so entwickelt wurden, dass sie nicht miteinander kommunizieren können und dauerhafte Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern schaffen.

Derweil kündigt sich das nächste Jahrhundertprojekt der Verwaltungsdigitalisierung an. Die 2021 auf den Weg gebrachte Registermodernisierung erfasst faktisch jeden Vorgang der öffentlichen Hand, der auf Register und registerähnliche Verwaltungsdatenbestände wie das Melde- und Personenstandsregister, Sozial- und Steuerdaten, KFZ-Register und andere zurückgreift. Insgesamt handelt es sich um tausende von Registern und Datensätzen, die sich zwar überlappen, aber schon aufgrund unterschiedlicher Identifikationssysteme bislang kaum übergreifend nutzbar sind.

Wiederum ist das erklärte Ziel, einheitliche Standards zu etablieren, die nicht nur den Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden ermöglichen, sondern zudem das „once only“-Prinzip realisieren: BürgerInnen sollen künftig alle Daten und Dokumente nur einmal übermitteln müssen. Auch mit der Registermodernisierung verbinden sich großartige Visionen. So könnte ein Metadatenverzeichnis aller öffentlichen Register zur Grundlage für eine Arbeitsplattform werden, die das Modellieren und Simulieren verschiedener staatlicher Regelungsmöglichkeiten erlaubt. Auf diese Weise ließen sich die Prozesse öffentlicher Gesetzgebung grundlegend transformieren.

Am Ende des langen Tunnels der Registermodernisierung winkt eine moderne, datengetriebene Verwaltung, die uns ausgefüllte Anträge zum Unterschreiben zuschickt, womöglich bevor wir überhaupt wissen, dass wir sie brauchen. Aber auch hier hat man es mit einer Vielzahl von untereinander inkompatiblen Da-

tenbanksystemen zu tun, mit mittelständischen IT-Dienstleistern, BeraterInnen und monopolistischen Fachverfahrensanbietern, die sich übersehen fühlen und um ihre Marktanteile bangen. Hinzukommen die knappen Kassen der Kommunen, die es schwer machen, die Digitalisierung der Register neben dem Tagesgeschäft in Eigenregie zu betreiben.

Es gibt in diesem Land eine Vielzahl von Bestandswahrungsinteressen, von strukturellen, regionalen und kulturellen Vetopositionen, die selbst Bundesgesetze wie das OZG wirkungsvoll ausbremsen. Je mehr der aus der Not geborene Software-Zoo wächst, desto größer werden jedoch die Widerstände gegen Vorschläge einer Vereinheitlichung, die mit den lokalen Systemen nicht kompatibel sind und langfristige Investitionen entwerten würden. Gleichzeitig steigen die Kosten für die verschleppte Verwaltungsmodernisierung stetig an. Im internationalen Vergleich stellen sie sich als echter Wettbewerbsnachteil dar, während im Land selbst Verdruss gegenüber der Demokratie droht. Wie lässt sich dieser Karren aus dem Dreck ziehen?

Die PraktikerInnen vor Ort wünschen sich einen lernenden Staat, der als dauerhafte Struktur zu institutionalisieren wäre, damit aus Fehlschlägen bessere Strategien werden können. Die Ministerien benötigen strategische

Orte besetzt mit ExpertInnen, die über echte Entscheidungskompetenzen verfügen – Menschen also, die zugleich etwas können und dürfen, unabhängig vom Laufbahnrecht. Anstatt den Risiken der digitalen Transformation mit langen Leitfäden und schweren Handbüchern zu begegnen, gälte es, in kleinen interdisziplinären Teams unter Einbeziehung der NutzerInnen modellhafte Lösungen zu entwickeln, die offen für weitere Anpassungen bleiben.

Solche experimentell arbeitenden Regierungslabore hat es in den vergangenen Jahren zwar gegeben, in der Realität des deutschen Software-Zoos ist das jedoch kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Jetzt käme es darauf an, transformativen Projekten politische Priorität zu verleihen. Dazu gehören: eine einheitliche digitale Identität, die elektronische Signatur, ein digitales Postfach und ein Zahlungssystem. Die Ideen sind da, motivierte ExpertInnen auch. Benötigt wird eine politische Elite, die sich Verwaltungsdigitalisierung als Prestigeprojekt auf die Fahnen schreibt. ●

Eine ausführliche Fassung des Textes erscheint im Herbst 2023 mit dem Titel: „Verwaltungsdigitalisierung als politisches Sehnsuchtsprojekt“. In: Karl-Rudolf Korte/Philipp Richter/Arno von Schuckmann (Hg.): Impulse zum Regieren in der Transformationsgesellschaft.

Literatur

Banse, Philip/Buermeyer, Ulf: „Keine weiteren Fragen“ – Digitalisierung der deutschen Verwaltung. Lage der Nation, Teil 1, Nr. 301, 11. August 2022. Online: <https://lagedernation.org/podcast/ldn301-keine-weiteren-fragen-digitalisierung-der-deutschen-verwaltung-teil-1/>

Baustellen & Lösungen – Digitalisierung der deutschen Verwaltung. Lage der Nation, Teil 2, Nr. 302. 25. August 2022. Online: <https://lagedernation.org/podcast/ldn302-baustellen-loesungen-digitalisierung-der-deutschen-verwaltung-teil-2/> (beide Stand 16.05.2023).

Lühr, Hans-Henning/Jabkowski, Roland/Smentek, Sabine (Hg.): Handbuch Digitale Verwaltung. Wiesbaden: KSV Verwaltungspraxis 2019.

Nationaler Normenkontrollrat: Monitor Digitale Verwaltung #6. Berlin: Nationaler Normenkontrollrat 2021. Online: https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Positionspapiere/monitor-digitale-verwaltung-6.pdf?__blob=publicationFile&v=9 (Stand 16.05.2023).

Digitale Transformation am WZB

Ein Werkstattbericht

Mit den rasanten und umfassenden technologischen Entwicklungen des vergangenen Jahrzehnts hat der Begriff der Digitalisierung auch in Organisationen wie dem WZB einen Bedeutungswandel erfahren. Waren diese lange vor allem damit beschäftigt, analoge durch digitale Geräte zu ersetzen, müssen sie jetzt die Digitalisierung von Arbeitsprozessen systematisch und umfassend gestalten. Was heißt Digitalisierung in einer Organisation wie dem WZB? Die administrativer Geschäftsführung und die Leiter der Abteilungen IT & eScience und Wissenschaftliche Information ziehen eine Bilanz der vergangenen vier Jahre und skizzieren, wie sich das WZB in Zukunft den Anforderungen der Digitalisierung stellen wird.

Mathis Fräbendorf, Peter Löwe und Ursula Noack

Ein Teil des gelebten Umgangs miteinander am WZB, einer Institution mit über fünfzig-jähriger Tradition, ist es seit jeher, das wertschätzende Gespräch zu suchen und unter Einbeziehung aller Beschäftigtengruppen eine Lösung für Probleme zu finden. So hat das Haus lange eine punktuell-pragmatische Vorgehensweise der Prozess- und Kommunikationsdigitalisierung verfolgt, die weder übergreifend gedacht noch durch den technologischen Wandel getrieben wurde. Das mag mit dazu beigetragen haben, dass viele Prozesse in der vertrauten analogen Umsetzungsweise verblieben und Chancen für Reformen und Flexibilisierungen, sowohl auf digital-technischer wie auch organisatorischer Ebene, nicht systematisch genutzt wurden.

Im Jahr 2019 begann sich das WZB systematisch mit Fragen der Digitalisierung zu beschäftigen.

Das Ziel war dabei, Defizite im digitalen Bereich anzugehen und die vielfach analogen Strukturen und Prozesse in eine digital unterstützte und vernetzte Arbeitswelt und -kultur zu übersetzen.

Die institutsinterne digitale Transformation erfolgt bislang primär für die wissenschaftsunterstützenden Einheiten und die Kommunikations- und Verwaltungsprozesse des Hauses. Dabei verstehen wir Digitalisierung als Mittel, das die Arbeit der Nutzerinnen und Nutzer nachhaltig erleichtert, vereinfacht und effizienter macht. Mit dem enormen personellen Wachstum des WZB der letzten Jahre ist der erwartete Effizienzgewinn durch die Digitalisierung auch nötig, um trotz der knappen Ressourcen weiterhin eine adäquate Unterstützung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf hohem Niveau zu gewährleisten.

Darüber hinaus engagiert sich der Bereich IT & eScience im Leibniz-Strategieforum Open Science, um den laufenden Paradigmenwechsel hin zu datengetriebener Forschung im Sinn von Open Science und FAIR (Findable, Accessible, Interoperable, Reusable) aktiv zu gestalten und zu unterstützen.

Der externe Schock der Pandemie war der Auslöser – und die Chance –, Hemmschwellen zu überwinden und Veränderungen ungewohnt schnell umzusetzen, zum Beispiel den schnellen Wechsel ins mobile Arbeiten zu Hause, das Ermöglichen von virtuellen Treffen oder das Angebot von wissenschaftlichen Veranstaltungen im Online-Format. Hier befindet sich das WZB in guter Gesellschaft: Mit der Corona-Pandemie sind alle Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft in ihren Prozessen digital souveräner geworden, wie eine Umfrage aus dem Jahr 2021 gezeigt hat. Und wie bei anderen Leibniz-Einrichtungen hat die Pandemie auch am WZB einige Defizite sichtbar gemacht: Zum einen musste technisch nachgebessert werden, weil die bis dahin angebotenen IT-Dienstleistungen für die sprunghaft gestiegenen Anforderungen im Lockdown nicht mehr ausreichten; dabei mussten die Lösungen immer im rechtlichen Rahmen bleiben – eine Notwendigkeit, die bis heute gilt. Zum anderen taten sich strukturelle Defizite auf, die verdeutlichten, dass das WZB sich auch auf konzeptioneller Ebene verändern musste, um mit den plötzlich in der Breite notwendigen Veränderungen umgehen zu können.

Seit 2020 wird das Vorhaben von einem Digitalisierungsbeauftragten begleitet, dessen Stabsstelle von der Geschäftsführung dafür neu eingerichtet wurde. Die während der Pandemie entwickelte Digitalstrategie bildet die Grundlage für den weiteren Weg der digitalen Transformation am WZB.

Im pandemiebedingten Lockdown im März 2020 waren schnelle Lösungen gefragt, nicht nur, aber vor allem im digitalen Raum. Dem WZB gelang als Reaktion ein rascher Übergang des Arbeitsalltags in ein flächendeckendes mobiles Arbeiten, das bereits in der ersten Woche des Lockdowns virtuelle Arbeitstreffen mit der dazugehörigen Technik und Software ermöglichte. Bei diesem Tempo priorisierte die Administrative Geschäftsführung zunächst die Arbeitsfähigkeit und formalisierte erst nach und nach die Konsequenzen der Ad-hoc-Änderungen. Insbesondere wurde schnell klar, dass die Vorteile des mobilen



Mathis Fräßdorf ist Leiter der Abteilung Wissenschaftliche Information am WZB. Zudem lehrt er „Forschungsdatenmanagement“ am Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.
mathis.fraessdorf@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Arbeitens so überzeugend waren, dass es ein Zurück zum Status quo ante nicht geben würde.

Mit dieser Erkenntnis setzte die Geschäftsführung, mit Unterstützung durch den Digitalisierungsbeauftragten und die Bereiche der wissenschaftsunterstützenden Einheiten, einen Prozess in Gang, der das Ziel hatte, Umfang und Art und Weise des mobilen Arbeitens am WZB zu gestalten. Alle Kolleginnen und Kollegen waren eingeladen, ihre Erfahrungen in hausweiten Townhall-Meetings zu teilen, auf deren Basis es verbindliche Rahmenbedingungen zu schaffen galt. So unterzeichneten Betriebsrat und Geschäftsführung 2021 eine Betriebsvereinbarung, die die Ausgestaltung des mobilen Arbeitens im Detail regelt. Für die praktische Umsetzung des computergestützten mobilen Arbeitens wurde eine Endgerätestrategie entwickelt und die Versorgung mit dienstlichen Notebooks stark ausgebaut.

Der hier gezeichnete Verlauf ist ein gutes Beispiel für viele der bisherigen Digitalisierungsprozesse am WZB: Eine Lösung musste dringend gefunden werden, wurde schnell umgesetzt und wurde dann – unter Beteiligung des gesamten Hauses – auf eine solide und verlässliche formale Basis gestellt. Mit dem Wegfallen der Kommunikation von Angesicht zu Angesicht, die die WZB-Beschäftigten bis zum Einsetzen der Pandemie gewohnt waren, kam es direkt zur Notwendigkeit, sich digital austauschen zu können. Schnell ging es darum, große Gruppen auch regelmäßig miteinander zu verbinden, mit Mög-

lichkeiten zum gemeinsamen Arbeiten, zum Nutzen von digitalen Whiteboards, zum Teilen von Bildschirmhalten. Inzwischen finden die Sitzungen des Wissenschaftlichen Rats nur noch virtuell statt, da auf diese Weise weitaus mehr Kolleginnen und Kollegen teilnehmen können als in den Räumen des WZB. Die Infrastruktur für Online-Meetings ist inzwischen massiv ausgebaut, und die Mitarbeitenden haben den Umgang mit den neuen Möglichkeiten von virtuellen Konferenzen und hybriden Veranstaltungen verinnerlicht. Heute besteht nun je nach Anlass, Zielpublikum oder Gremium die Möglichkeit, zwischen Veranstaltungen in Präsenz oder virtuellen Treffen zu wählen – die neuen Möglichkeiten sind aus der alltäglichen Arbeit nicht mehr wegzudenken. Mit dem Ende der pandemiebedingten Beschränkungen zeigte sich aber auch, dass Sitzungen in Präsenz wichtig sind: Der informelle Austausch ist viel leichter möglich und viele Arbeitssitzungen profitieren von Treffen vor Ort.

Der angestoßene Prozess zur Digitalisierung zog eine weitere grundsätzliche Maßnahme nach sich: In den Verwaltungseinheiten wurden die einzelnen Arbeitsprozesse beschrieben, hinterfragt und, wenn nötig, verbessert. Hierfür wurden diese Prozesse mit einem Workflow-Management-System erfasst. Als erfolgreiche Änderungen können die Einführung eines digitalen Bewerbermanagementsystems, der elektronischen Rechnungsverarbeitung sowie eines längst überfälligen Abwesenheitserfassungstools gesehen werden, durch das die analoge Urlaubs-



Peter Löwe ist der Leiter der Abteilung IT & eScience am WZB. Er ist promovierter Geograf und Programme Convenor for Data, Software and Computing der European Geosciences Universität. peter.loewe@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

karte abgeschafft wurde. Die digitale Erfassung von Prozessen ist nun als feste Option vorgesehen und wird durch ein hausweites Tool zur grafischen Darstellung unterstützt, das überall eingesetzt werden soll, wo über Digitalisierungsmaßnahmen nachgedacht wird. Im Kern steht dabei die Erkenntnis, dass ein analoger Prozess nicht eins zu eins in die digitale Welt übertragbar ist und es immer notwendig ist, die einzelnen Schritte bei der Übertragung zu hinterfragen. Digitalisierung bedeutet nicht nur Übersetzung von analog auf digital, sondern bringt auch strukturelle Veränderungen innerhalb der Prozesse mit sich.

Das mobile Arbeiten erfordert den gemeinsamen Zugriff auf und die Bearbeitung von gemeinsamen Inhalten. Diese Anforderung stellen sich insbesondere die wissenschaftlichen Einheiten des WZB, für die diese Art von Zusammenarbeit über das WZB und auch über Deutschland hinaus selbstverständlich ist. Hier wiederum zeigt sich, dass die Vielfalt der Möglichkeiten für das einzelne Institut eine Herausforderung darstellen kann: Weder reicht das Budget, um jede Software zu lizenzieren, noch genügen sämtliche Tools, die privat oder von anderen Einrichtungen genutzt werden, den Sicherheits- und Datenschutzanforderungen des WZB. Dem gegenüber steht der berechtigte Wunsch der Forschenden, mit ihren externen Kooperationspartnern plattformunabhängig Daten und Dokumente zu teilen. In diesem Spannungsfeld stellt sich die Lösungsfindung besonders herausfordernd dar.

Als ein Tool des kollaborativen Arbeitens wurde mit der WZB Cloud auf der Basis von Nextcloud eine neue zentrale Austauschplattform bereitgestellt, die für viele Kolleginnen und Kollegen am WZB inzwischen alltäglich geworden ist. Gegen eine Nutzung der Cloudlösungen von großen Anbietern wie Microsoft oder Google sprachen nicht nur Lizenzkosten und Lock-in-Effekte, sondern auch Sicherheitsbedenken – die WZB Cloud wird auf Servern des WZB betrieben, das so auch die Hoheit über die teils sensiblen Daten behält.

Zur Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit der Forschenden wird außerdem in beschränktem Umfang der Webdienst Dropbox im Rahmen der Vorgaben des Datenschutzes angeboten. Als zusätzliche Unterstützung ist der zentral lizenzierte Übersetzungsdienst DeepL für maschinelle mehrsprachige Textübersetzungen nutzbar, der im Unterschied zur kostenfreien Basisversion eine datenschutzgerechte Nutzung

ermöglicht. Diese Lösungen sind Beispiele dafür, dass bei jeder neuen digitalen Anwendung rechtliche Rahmenbedingungen und Nutzungsanforderungen miteinander abgewogen werden müssen.

Natürlich gibt es in einer Organisation wie dem WZB unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Digitalisierung. Diese hängen sowohl mit den Aufgaben zusammen – manche bieten sich für eine Digitalisierung eher an als andere – als auch mit den persönlichen Ressourcen, die für die Digitalisierung einsetzbar sind. Die Geschäftsführung des WZB hatte diese Unterschiede von Anfang an im Blick; daher wurden vom Digitalisierungsbeauftragten mit Unterstützung des Bereichs Personalentwicklung verschiedene Angebote mit dem Ziel entwickelt, alle Beteiligten im Prozess mitzunehmen. Alle Einführungsprozesse wurden von Online-Informationsveranstaltungen und -Schulungen begleitet, an denen viele Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Als regelmäßige und dauerhaft verfügbare Unterstützungsangebote haben sich Blogbeiträge zu relevanten IT-Anwendungen bewährt. Zusätzlich bieten die WZB Hacks, die in kurzen Videos Schulungen und Gespräche unter Kolleginnen und Kollegen zu Anwendungen und Prozessen bereitstellen, einen niederschweligen Wissenspeicher.

In diesem Zusammenhang wird auch die Bereitstellung von Fachwissen immer wichtiger. Deshalb wird das WZB im Laufe des Jahres 2023 ein zentrales Wiki für das interne Wissensmanagement einführen, sodass mittelfristig alle relevanten Informationen für alle WZBler:innen von einem Ort aus zugänglich sein werden. Projekte wie die Einführung eines digitalen Dokumentenmanagementsystems oder die geplante Umstellung der Dienstreisebuchung und -abrechnung in einen elektronischen Workflow zeugen ebenfalls von einer kontinuierlichen Entwicklung. Im Rahmen der Projekte werden zusätzliche Kenntnisse im Prozess- und Projektmanagement ausgebaut. Mit den bereits erfolgten, laufenden und kommenden Digitalisierungsaktivitäten leisten die wissenschaftsunterstützenden Einheiten einen wichtigen Beitrag zur institutionellen Weiterentwicklung und dienen somit auch dem wissenschaftlichen Kerngeschäft des WZB.

Mit der steigenden Zahl digitaler Angriffspunkte erhöht sich die Gefahr eines Cyberangriffs, dem



Ursula Noack ist die Administrative Geschäftsführerin des WZB. ursula.noack@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

man mit verstärkten Sicherheitsanforderungen und Schutzmaßnahmen begegnen muss. Hierfür wird seit 2020 ein umfangreiches Informationssicherheits-Managementsystem nach den Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik umgesetzt.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die digitale Transformation Teil einer größeren nachhaltigen Entwicklung ist. Für die Zukunft kommt es darauf an, die Prozesse der digitalen Transformation verstärkt als Aufgabe der Organisationsentwicklung mitzudenken. Die digitale Transformation ist dabei kein Ziel per se, vielmehr stellt sie einen Zustand kontinuierlicher Weiterentwicklung von Prozessen und Anwendungen der digitalen Arbeitswelt dar. Wichtiger, als einzelne Prozesse zu digitalisieren, sind übergeordnete Organisationsstrukturen, mit denen auf die Anforderungen der digitalen Transformation reagiert werden kann. Der Ansatz des „lebenslangen Lernens“ hat somit auch hier eine eminente Bedeutung für die kontinuierliche Weiterentwicklung von Organisationen. Das WZB befindet sich auf diesem Weg.

Eine Vielzahl von Arbeitsabläufen wurde bereits analysiert, teils auch schon digitalisiert und mit digitalen Prozessen unterstützt. Die damit verbundenen Herausforderungen zu meistern, wäre ohne die Bereitschaft der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sich auf die Veränderungen einzulassen und sie mitzugestalten, nicht möglich. Gemeinsam werden wir schrittweise die weitere Entwicklung des WZB hin zu einer digitalen Organisation voranbringen. ●

Zwischen Inszenierung und Empowerment

Der Streit über Care-Arbeit wird auch auf Apps und Plattformen ausgetragen

Die heile Welt der Instamoms ist stark, aber sie bekommt Risse. Im Internet werden nicht mehr nur die Vorzüge der traditionellen Familienformen gepriesen. Immer mehr Apps und Plattformen bieten realistische Aufklärung und Diskussion über Care-Arbeit und Elternrollen. Im virtuellen Raum werden dieselben – hochpolitischen – Fragen verhandelt wie in jeder Familie und in den Gemeinschaften, in denen Menschen zusammenleben.

Ann-Kathrin Koster

Care-Arbeit hat sich in der sozialwissenschaftlichen Forschung als zentraler Begriff etabliert. Er umfasst Tätigkeiten der (Für-)Sorge in Haushalt, Familie, Erziehung, Gesundheitswesen, Pflege – Tätigkeiten, die auf den Erhalt und die Fortdauer sozialer Beziehungen und des menschlichen Lebens zielen. Care-Arbeit leistet damit einen – wenn nicht gar den – Beitrag zur Aufrechterhaltung unserer sozialen, politischen und insbesondere wirtschaftlichen Ordnung. Wie wir über sie nachdenken, sie definieren und welchen Stellenwert wir ihr beimessen, gibt Auskunft über die Gesellschaft, in der wir leben (wollen).

Wir leben in einer digitalisierten Gesellschaft, und so überrascht es nicht, dass auch Care-Arbeit zunehmend zum Gegenstand und Zielobjekt von Apps und Plattformen wird. In Prozessen des Eltern-Werdens und der Einfindung in die neue elterliche Rolle finden beispielsweise mehr und mehr digitale Anwendungen Eingang: schon vor der Geburt des ersten Kindes

etwa in Form von Zyklus- bzw. Menstruations-Apps wie Flo, Clue oder drip. oder per Apps zur Dokumentation und Begleitung der Schwangerschaft (Keleya oder Schwangerschaft+). Soziale Plattformen wie Instagram oder Facebook werden zum informationellen Ankerpunkt gerade für neue bzw. werdende Eltern, da sie zentrale Informationsnetzwerke bereitstellen. Neue Rollen und damit verbundene Tätigkeiten müssen erlernt, eingeübt und schließlich internalisiert werden. Die Digitalisierung prägt diese identitären Transformationsprozesse, da Wissen zunehmend auf digitalen Plattformen vermittelt und verhandelt wird und somit neue Informationsstrukturen geschaffen werden. Daher stellt sich die Frage: Wie wird familiäre Sorgearbeit in digitalen Mediumumgebungen thematisiert und welche Rückschlüsse lassen sich daraus für die politischen Potenziale solcher digitalen Anwendungen ziehen?

Die sozialwissenschaftliche Forschung der letzten Jahre zeigt, dass insbesondere Plattformen

wie Facebook oder Instagram hier eine zentrale Rolle einnehmen. Gerade werdende Eltern suchen in digitalen Gemeinschaften Unterstützung und Rückhalt. Sie rufen unterschiedliche Medieninhalte ab und tauschen sich mit anderen Nutzenden aus. In diesen Kontexten wird das Verständnis von Elternschaft geteilt, propagiert und performativ ins Werk gesetzt, denn die Art und Weise, wie Elternschaft gelebt oder spezifische Rollenerwartungen erfüllt werden (können), wird dort intensiv thematisiert – sei es in Form persönlicher Stories oder durch mehr oder weniger offizielle Informationsangebote, zusammengestellt von professionellen Berufsgruppen wie Hebammen, Erzieher*innen, Pädagog*innen, Psycholog*innen oder Kinderärzt*innen. Anziehende Formate wie Reels oder Storys, also kurze und schnittige Videos, prägnante, zumeist persönliche Texte und knapp aufbereitete Infoslides prägen die Medieninhalte auf Instagram.

Dass es hier nicht nur um das unvoreingenommene Teilen eigener Lebenserfahrungen und Anekdoten geht, machen Begriffe wie „Instamoms“ oder „Momfluencer“ deutlich: Abgeleitet vom Begriff der oder des Influencers bewerben und teilen individuelle Personen nicht nur spezifische Produkte oder Angebote, sondern ihr Leben als Mutter, Vater oder auch als Eltern. Solchen Persönlichkeiten kommt dabei eine wichtige Rolle zu: Sie verkörpern Wissen und Erfahrung und werden als Expert*innen wahrgenommen. Sie transportieren für neue und werdende Eltern relevantes Wissen und werden als Instanzen gelebter Realitäten erachtet. Es ist also nicht unerheblich, welche Vorstellungen von Elternschaft sie vermitteln. Schon seit einiger Zeit wird daher über das regressive Potenzial sozialer Plattformen diskutiert. Es ist daher von besonderem Interesse, sich die Strukturen, über die in digitalen Informationsumgebungen Wissen vermittelt wird, genauer anzuschauen.

Die Soziologinnen Marion Müller und Nicole Zillien kritisierten bereits vor einigen Jahren, dass „Geburtsvorbereitungskurse durch ihre Ausgestaltung Geschlechterdifferenzen hervorheben, diese weiterhin mit geschlechterdifferenzierenden Zuschreibungen häuslicher Arbeit koppeln und durch eine wissenschaftlich gestützte Naturalisierung legitimieren“. Dieser Befund scheint auch für die Phase nach der Entbindung zu gelten, wenn wir uns den Bereich der sozialen Plattformen anschauen:



Ann-Kathrin Koster ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Technik, Macht und Herrschaft“ am Weizenbaum-Institut. In ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit dem Wechselverhältnis von Künstlicher Intelligenz und Demokratie. Ann-Kathrin.Koster@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Auch hier lassen sich Prozesse der Re-Traditionalisierung identifizieren. In Informationsumgebungen wie Instagram wird Elternschaft oftmals als glamourös und stilvoll dargestellt – kritische Stimmen beschreiben das als „toxic positivity“. Studien zeigen, dass das Bild von El-

„Es geht um innige Nähe
zum eigenen Kind, pures
Glück, um selbstlose Zu-
neigung und Fürsorge“

ternschaft – insbesondere das Bild von Mutterschaft – gerade auf Plattformen wie Instagram stark idealisiert wird. Es geht um innige Nähe zum eigenen Kind, pures Glück, um selbstlose Zuneigung und Fürsorge. Zur Schau gestellt wird die gelungene Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie auch die umfassende ideelle wie materielle Bildung und Unterstützung der eigenen Kinder. Elternschaft ist hier perfekt – Streit oder Probleme der Vereinbarkeit haben hier keinen Platz.

Außer Acht gelassen werden darf dabei zudem nicht, dass solche Präsentationen in die ökonomischen Anreizstrukturen der Plattformen eingebettet sind: In den wenigsten Fällen geht es um das altruistische Teilen der eigenen Erfahrungen oder einen allein ideellen Kampf um richtige oder falsche Elternschaft. Die Präsen-



„Ist Familie noch das, was sie nie war?“ Für ihre Magistra-Arbeit an der Kunsthochschule Burg Giebichenstein/Halle ging Fotografin Mila Albrecht dieser Frage nach und lichtete ganz verschiedene Konstellationen ab.
Foto: © Mila Albrecht, alle Rechte vorbehalten.



tation ihres Familienlebens wird für Momfluencer nicht selten zum Beruf und somit zu einer finanziellen Einnahmequelle, wodurch ihr Handeln auch ökonomischen Zwängen unterliegt. Gerade mit der Präsentation idealisierter

„Die Bedeutung und Realität anderer Familienmodelle wird marginalisiert: Freund*innenschaft, Patchworkfamilien, Alleinerziehende oder gleichgeschlechtliche Eltern“

Vorstellungen von Familie lassen sich Wünsche generieren und Bedürfnisse befriedigen. Durch reichweitenstarke Accounts, so ist zu befürchten, wird ein Normalzustand propagiert, der auch über die Plattformen hinaus an struktureller Macht gewinnt: Die dort präsentierten Inhalte und die daraus folgenden internalisier-

ten Verhaltensweisen wirken in das alltägliche Leben hinein. Die Bedeutung und Realität anderer Familienmodelle wird so marginalisiert: Freund*innenschaft, Patchworkfamilien, Alleinerziehende oder gleichgeschlechtliche Eltern. Wissensbestände auf Plattformen fallen somit hinter die gegenwärtig gelebte Realität zurück.

Müssen also digitale Informationsumgebungen, wie wir sie auf Plattformen finden, als regressive Orte der Wissensvermittlung definiert werden? Nach dem bisher Gesagten kann die Antwort nur Ja lauten. Es sei allerdings zu bedenken gegeben, dass die Strukturen der Wissensvermittlung im Digitalen vielfältig sind. In der bisherigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung wird der Fokus auf reichweitenstarke Influencer*innen gelegt, nicht aber auf die Vielzahl unterschiedlicher Akteur*innen im Netz. In jüngster Zeit finden sich zunehmend aktivistische Inhalte auf Plattformen, die einseitige, homogenisierende und idealisierende Bilder von Elternschaft zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Kritik machen: Über Hashtags wie #ehrlicheelternschaft, #regrettingmotherhood oder #mythosmutterinstinkt stellen sich User*innen einem

idealisierten Bild von Elternschaft entgegen. Die damit verbundenen Inhalte zeigen auch die andere Seite: Erschöpfung, Verzweiflung, Unsicherheit und Frust. Darüber hinaus diversifizieren sich die digitalen Informationsstrukturen, wobei App-Anwendungen als Informationskanäle an Bedeutung gewinnen. Die

„Solche Apps stehen in der Tradition eines frühen Versprechens des Internets: Menschen sollen befähigt werden, sich Wissen frei und selbstbestimmt anzueignen“

Zyklus-App drip. etwa ist eine transparente Open-Source-Anwendung, die das Wissen um die eigene Menstruation fördern will. Frauen sollen ihren Körper besser kennenlernen, ohne intime Daten teilen oder auf einem Algorithmus vertrauen zu müssen. Die App steht im Vergleich zu anderen Anwendungen auf dem Markt für individuelle Datenhoheit und Wissenschaftlichkeit. Gleiches hat sich die uma-App auf die Fahnen geschrieben. Sie wurde von Hebammen gemeinsam mit Wissenschaftler*innen und werdenden Eltern entwickelt. So sollen Eltern über eine wissenschaftlich fundierte gesundheitliche Begleitung abseits ökonomischer Interessen gestärkt werden. Solche Apps stehen damit in der Tradition eines frühen Versprechens des Internets: Menschen sollen befähigt werden, sich Wissen frei und selbstbestimmt anzueignen. Programmie-

rer*innen und Entwickler*innen verstehen diese Apps vor allem als Werkzeug zur Selbstermächtigung.

Schauen wir auf die Darstellung familiärer Sorgearbeit in digitalen Informationsumgebungen, so zeigt sich ein komplexes Bild, das weder eindeutig progressiv noch regressiv interpretiert werden kann. Traditionelle Mutterbilder und gelebte Vielfalt existieren gleichzeitig, Plattformen und soziale Medien bieten als Erziehungstipps gestaltete Produktempfehlungen ebenso wie Informationen mit selbstermächtigendem Anspruch – eine Bandbreite, die in der Wissenschaft bisher eine marginale Stellung einnimmt. Die entpolitisierenden und die politisierenden Auswirkungen der digitalen Wissensvermittlung müssen weiterhin en détail untersucht werden: Wie verändern sich vormals regressive Tendenzen der Wissensvermittlung, wenn neue Informationskanäle hinzutreten? Wie kann eine digitale Wissensvermittlung im Care-Bereich unabhängig von ökonomischen Interessen aussehen? Welcher Stellenwert wird ihr in demokratisch verfassten Gesellschaften zugeschrieben? Diesen und anderen Fragen muss sich die (politikwissenschaftliche) Forschung in den kommenden Jahren intensiv zuwenden, um für gesellschaftsrelevante Probleme sprechfähig zu bleiben. ●

Der Beitrag basiert auf einem Text der Autorin mit Hannah Lichtenthäler: <https://netzforma.org/care-digitalisierung-reproduktion-in-der-digitalisierten-gesellschaft-eine-einleitung>. Er steht einem Dossier des Vereins netzforma e.V. voran, der Beiträge über Care und Digitalisierung versammelt und von der Landeszentrale für politische Bildung Berlin finanziell gefördert wurde.*

Literatur

Knauf, Helen/Mierau, Susanne: „Instamoms: Visuelle Inszenierungen intensiver Mütterlichkeit in Social Media“. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 2021, Jg. 41, H. 3, S. 283-300.

Müller, Marion/Zillien, Nicole: „Das Rätsel der Retraditionalisierung. Zur Verweiblichung von Elternschaft in Geburtsvorbereitungskursen“. In: KzfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2016, Jg. 68, S. 409-433.

Puig de la Bellacasa, María: Matters of Care: Speculative Ethics in More Than Human Worlds. Minneapolis: University of Minnesota Press 2017.

Wegener, Claudia/Jage-D'Aprile Friederike/Plumeier, Lisa: „Motherhood in Social Media. Phenomena and Consequences of the Professionalization of Mothers and Their Media (Self-)representation“. In: Feminist Media Studies, 2022, S. 1-17.

Handwerk sucht Nachwuchs

Wie Social Media Betrieben aus der Klemme helfen könnten

Nicht genug damit, dass jeder private Haushalt hin und wieder Klempner oder Malerinnen braucht. Auch die umfassende Energiewende funktioniert nicht ohne technisches Know-how und Personal. Handwerkerinnen und Handwerker wie Auszubildende werden händeringend gesucht. Dem gegenüber stehen kleiner werdende Jahrgänge junger Menschen. Höchste Zeit für Betriebe, neue Wege der Rekrutierung einzuschlagen.

Lianara Dreyer

Seit Jahren wächst die Zahl der offenen Stellen in Handwerksberufen – und das, obwohl es wegen der Konjunkturschwäche 2019/20 zu einem Stellenrückgang kam. Besonders betroffen sind die Berufe in der Bauelektrik und Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik. Auf Meisterniveau ist der Engpass am größten: Zwar werden Meister:innen seltener gesucht, allerdings verfügen weniger Fachkräfte über diesen Abschluss. Der Personalmangel betrifft nicht nur den Arbeitsmarkt: Bereits Auszubildende fehlen. Von 2011 bis 2021 ist die Anzahl der Ausbildungsstellen im Handwerk gestiegen, die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist aber zurückgegangen. Es ist davon auszugehen, dass wegen des demografischen Wandels zukünftig mehr Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben. Mit den bisherigen Methoden der Rekrutierung gelingt es offensichtlich nicht, die offenen Stellen im Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu besetzen.

Dabei hat das Handwerk in Deutschland mit rund 5,6 Millionen Beschäftigten und einem

Jahresumsatz in Höhe von 668 Milliarden Euro große volkswirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung. Und es spielt eine zentrale Rolle, wenn es um die Umsetzung der Klimaziele geht. Die Nutzung von erneuerbarer Energie ist nur möglich, wenn die dafür notwendige Infrastruktur vorhanden ist: Dachdecker:innen und Techniker:innen aus der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (SHK) montieren Solarpaneele auf Dächern. Der Anschluss der Anlagen an das Stromnetz wird von Elektriker:innen vorgenommen, und Fachkräfte aus dem Bereich SHK bauen Wärmepumpen ein. Die energetische Sanierung von Bestandsbauten wird von Beschäftigten der Baugewerke umgesetzt. Zur Mobilitätswende tragen Techniker:innen und Zweiradtechniker:innen bei. In Anbetracht der politischen Ziele für Klimaschutz, Mobilitätswende und Wohnungsbau ist anzunehmen, dass der Personalbedarf in diesen Berufsgruppen steigen wird. Personelle Engpässe aber bremsen die Umsetzung dieser Maßnahmen aus.

Wie können junge Menschen für die Arbeit im Handwerk begeistert werden? Hier liegt Potenzial in der Digitalisierung. So setzen Betriebe nicht nur auf digitale Hilfsmittel, wenn es um Planung und Umsetzung von Aufträgen geht, sondern sie nutzen auch digitale Kommunikationsmittel. Ein Großteil der Handwerksbetriebe besitzt heute eine eigene Website: Eine Umfrage von Bitkom Research in Kooperation mit

„Unter Kleinstbetrieben nutzt nur jeder fünfte die sozialen Medien zur Außenkommunikation“

dem Zentralverband des Deutschen Handwerks unter 503 Handwerksbetrieben kam 2022 auf die stolze Quote von 97 Prozent. Bei den sozialen Medien sieht es jedoch anders aus: Hier sind nur 40 Prozent der Betriebe aktiv, und zwar tendenziell die größeren. Bei Betrieben mit fünf oder mehr Mitarbeitenden sind es 57 Prozent, unter den Kleinstbetrieben (weniger als fünf Mitarbeitende) nutzt nur jeder fünfte die sozialen Medien zur Außenkommunikation. Eine Untersuchung des Volkswirtschaftlichen Instituts für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen stellte 2021 Unterschiede in der Nutzung von Instagram auch zwischen den Gewerben fest: Hier zeigen sich besonders Bäcker, Bauunternehmen, Heizungsbauer sowie mit weniger Aktivität Zweiradmechaniker, Fleischer, Maler, Feinwerkmechaniker, Maurer und Kälteanlagenmechaniker. Ein Teil der Betriebe setzt die Plattform professionell zur Vermarktung ihrer Produkte ein, andere nutzen Instagram mit geringer Aktivität oder ohne klare Strategie (was an der Vermischung betriebsbezogener und privater Posts sichtbar wird).

An Vorbildern für den geschickten Einsatz der sozialen Medien mangelt es nicht. Handwerksinfluencerinnen und -influencer präsentieren authentisch ihre Berufe auf Instagram oder TikTok. Sie streichen, lackieren, schleifen und bohren – die Vielfalt der präsentierten Gewerke ist groß. Das Metall- und Tischlerhandwerk ist ebenso vertreten wie das Kfz- und Friseurhandwerk. In Kurzvideos (sogenannten Reels) von maximal 90 Sekunden zeigen die Protagonist:innen ihren Arbeitsalltag in der Werkstatt, auf der Baustelle oder im Außendienst. Dabei



Lianara Dreyer ist Stipendiatin im Kolleg „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“ und Gastwissenschaftlerin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion am WZB. Sie erforscht in ihrer Dissertation zum Thema „Digitalisierung im Handwerk? Eine empirische Fallstudie aus arbeits- und techniksoziologischer Perspektive“ die Wirkungen der Digitalisierung auf Handwerksbetriebe. lianara.dreyer@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

können die Zuschauer:innen die Arbeitsprozesse verfolgen, von der Beratung der Kunden über die Ausführung eines Auftrags bis zum fertigen Ergebnis. Die bekanntesten dieser Content-Creators haben über hunderttausend Follower, ihre Reels werden mehrere Millionen Mal angeschaut. Der Content ist jedoch nicht auf Einblicke in den Arbeitsalltag beschränkt – auch konkrete Handlungsanleitungen für die Reparatur eines Spülkastens oder das Streichen eines Zimmers werden gezeigt. Solche Erklärvideos sind kein neues Phänomen. Bereits

„Kurzvideos (sogenannten Reels) von maximal 90 Sekunden zeigen den Arbeitsalltag in der Werkstatt, auf der Baustelle oder im Außendienst“

vor Instagram und TikTok konnten sich Laien im Internet informieren und Ratschläge einholen. Das Neue ist, dass über die Plattformen Instagram und TikTok eine andere Zielgruppe erreicht wird und sich die Präsentationsformen unterscheiden. Viele der Beiträge dienen der Unterhaltung, indem beispielsweise mit Kli-

„Sandra ist eine starke Frau, die beweist, dass Frauen alles können, statt nur Rollenklischees zu erfüllen.“ So applaudiert der Funktionskleidungshersteller HAIX seiner eigenen Entscheidung, Sandra Hunke zur Markenbotschafterin gewählt zu haben. Die Anlagenmechanikerin hat sich als „Baumädchen“ in den sozialen Medien einen Namen gemacht.

Foto: © HAIX, alle Rechte vorbehalten.



schees von Handwerksberufen gespielt wird. Diese Formen der Kommunikation sprechen die junge Zielgruppe der Plattformen an, deren Großteil zwischen 14 und 29 Jahre alt ist. Auffallend ist, dass unter den Handwerksinfluencer:innen viele Frauen sind. Dies steht im Gegensatz zur Präsenz von Frauen im Handwerk, die im Ausbildungssystem nur 22 Prozent ausmachen, wie Datenauswertungen des Volkswirtschaftlichen Instituts für Mittelstand und Handwerk von 2015 zeigen. Zwar steigt der Frauenanteil auch in männlich dominierten Bereichen wie dem Bau- und Ausbaugewerbe, wenn die Ausbildungszahlen steigen. Dennoch sind auch im Beschäftigungssystem nur rund ein Drittel der Beschäftigten weiblich. Nach wie vor werden knapp drei Viertel der Ausbildungsverhältnisse mit Frauen im Handwerk in den kaufmännischen sowie Gesundheits-, Körperpflege- und Reinigungsberufen geschlossen. In den Berufen im Bau-, Ausbau-, Elektro- und Metallhandwerk hingegen sind lediglich ein Viertel der Beschäftigten weiblich. Umso überraschender mag es erscheinen, dass die Handwerksinfluencerinnen in traditionell männlich dominierten Berufsfeldern agieren. Insgesamt zeigen die Follower- und Klickzahlen: Junge

Menschen interessieren sich für handwerkliche Berufe. Vom ersten Interesse bis zum Beginn einer Ausbildung ist es ein weiter Weg, aber die sozialen Medien erweisen sich als wirksame Möglichkeit der Rekrutierung.

Welche Vorteile Soziale Medien den Betrieben im Vergleich zu traditionellen Wegen der Fachkräftegewinnung über Jobportale und Stellenanzeigen bieten, habe ich mit Jessica Jörges,

**„Die Influencerin sagt:
Bewerber:innen hätten
häufig keine Vorstellung
davon, was zum Maler-
beruf und der Ausbildung
dazugehört“**

einer Handwerksinfluencerin aus dem Malerhandwerk, diskutiert. Das Interview ist Teil meines Promotionsvorhabens zur Digitalisierung im Handwerk. Jessica Jörges betreibt einen Blog und ist zudem auf Instagram aktiv.

Die Idee für ihren Blog kam ihr im Zuge der Suche nach Auszubildenden für den eigenen Familienbetrieb. Die Bewerbungen hätten stets Standardformulierungen enthalten, die Bewerber:innen hätten häufig keine Vorstellung davon, was zum Malerberuf und der Ausbildung dazugehört. Um daran etwas zu ändern, startete Jessica Jörges ihren Blog und nach einer Kooperation mit einem Marketing-Start-up ihre Aktivitäten auf Instagram. Ihr Kalkül: Die neue Generation an Mitarbeitenden, Auszubildenden und Kunden sei in den Sozialen Medien unterwegs. Das bestätigt die ARD/ZDF-Onlinestudie von 2022, für die 2.007 Menschen ab 14 Jahren befragt wurden. Die Gruppe der 14- bis 29-Jährigen ist vornehmlich auf Instagram zu finden. Es folgen die Plattformen Snapchat und TikTok.

Mit ihren Beiträgen will Jessica Jörges den Zuschauer:innen die Vielfalt ihres Berufs aufzeigen: Maler und Malerinnen machen mehr, als nur Wände anzustreichen. Zum Tätigkeitsspektrum gehören beispielsweise dekorative Wandgestaltungen mit Maltechniken und Tapeten,

aber auch der gesamte Außenbereich. Gerade dem Vorurteil, dass Frauen den Anforderungen von Handwerksberufen aufgrund ihrer körperlichen Konstitution nicht gewachsen seien, widerspricht Jessica Jörges. Heutzutage sei kein Handwerksberuf so gestaltet, dass die Ausübung durch eine Frau ausgeschlossen ist. Denn die Beschäftigten sind in Teams unterwegs und nutzen vielfältige Hilfsmittel.

Zukünftige Forschung muss zeigen, wie sich die Präsenz von Handwerkern und Handwerkerinnen in den Sozialmedien auf die Berufswahl junger Menschen auswirkt. Konkrete Zahlen dazu liegen noch nicht vor. In Anbetracht des sich verschärfenden Fachkräftemangels zählen jedoch bereits kleine Erfolge. Festzuhalten ist, dass über die Wege der sozialen Medien junge Menschen anders erreicht werden können als in traditionellen Anzeigen auf Jobportalen. Sie ermöglichen tiefere Einblicke in den Berufsalltag und die Tätigkeiten. Diese Potenziale zu nutzen, liegt in der Hand der Handwerksbetriebe. ●

Literatur

Bitkom Research: Die Digitalisierung des Handwerks. Umfrage in Kooperation mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). 2022.

Haverkamp, Katarzyna/Müller, Klaus/Petrik, Runst/Gelzer, Anja: Frauen im Handwerk – Status quo und Herausforderungen. Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien, Heft 97. Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen 2015.

Koch, Wolfgang: Reichweiten von Social-Media-Plattformen und Messengern. Media Perspektiven 10/2022. Frankfurt am Main 2022.

Malin, Lydia/Hickmann, Helen: Fachkräftemangel und Ausbildung im Handwerk. KOFA KOMPAKT 5/2022. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung 2022.

Meub, Lukas/Proeger, Till/Wagner, Katharina: Social Media-Nutzung im Handwerk – eine explorative Analyse für Instagram. Göttinger Beiträge zur Handwerksforschung, Heft 54. Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen 2021.

Veranstaltungen

3. bis 7. Juli 2023

Computational Social Science – Application, Benefits, and Issues

Lectures

The Summer Institute in Computational Social Science (SICSS), which will be held at the WZB this year, will feature a series of public lectures on topics related to using computational methods to address social inequalities. These lectures will discuss the promises and difficulties of computational social science, and will leave ample room for questions and discussion. More details under <https://www.wzb.eu/de/node/77658>

Veranstalterin: Professorin Lena Hipp (Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit am WZB); Informationen bei: Armin Sauermann über sicss.2023@wzb.eu

4. Juli 2023

Grassroot Activism as a Mainstreaming Strategy for the Populist Radical Right

Webinar

While the literature on populist radical right parties (PRRPs) has focused on PRRPs on the fringes of the party system, little is known about the grassroots activism of PRRPs that have already entered the political mainstream and become key players in national politics. Using two paradigmatic cases, the Italian League and the Swiss People's Party (SVP), Adrian Favero and Mattia Zulianello have investigated how and why these parties resort to activism on the local level.

Dr. Adrian Favero is an assistant professor in European Politics & Society at the University of Groningen. His research explores themes of European integration, party organization, and intra-EU migration.

Veranstaltet vom Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung (Lecture Series Civil Society and Conflict); Informationen bei: Katja Geiger, E-Mail: events-zz@wzb.eu

13. und 14. Juli 2023

Matching Market Design: Strategy-Proofness and Beyond

Attendance Event

In the design of matching markets, it is important to elicit the privately known preferences of participants. Therefore, economists have focused on strategy-proof mechanisms which incentivize the truthful revelation of preferences and rule out any incentives to strategically misreport them. Unfortunately, as a growing body of evidence documents, strategy-proofness by itself is not sufficient to elicit truthful information on preferences.

The workshop will bring together leading international researchers from North America, Europe, and Asia to present their latest research on this central design objective, including its limitations. In particular, we aim to discuss theoretical contributions on axiomatic characterizations, complexity notions, behavioral biases, and non-standard constraints, as well as applied work that incorporates experimental and field data.

*Veranstalter*in: Professorin Dorothea Kübler (WZB), Dr. Christian Basteck (WZB/FU), Dr. Vincent Meisner (TU Berlin); Informationen und Kontakt: Christian Basteck, E-Mail: christian.basteck@wzb.eu*



Lebendiger Austausch im Grünen.
Kinder aus Berlin-Pankow und
-Lichtenberg erklärten jungen WZB-
Forschenden, wie sie die Welt sehen.
Foto: WZB/Maximilian Peukert.

Ein Tag am Wannsee

Die schlausten Menschen sollten Lehrer und Lehrerinnen sein und die schönsten Gebäude Schulen“. Es ist dieser Satz einer Schülerin, der von diesem Tag besonders bleibt. Das WZB und seine Präsidentin Jutta Allmendinger luden am 5. Mai an den Wannsee ein. Es kamen Kinder und Jugendliche aus Berlin, aus einer vierten Klasse der Mendel-Grundschule in Pankow und einer neunten der Gemeinschaftsschule „Schule am Rathaus“ in Lichtenberg. In Tischrunden, unterstützt durch den Verein für Jugendarbeit S27, trugen die Schüler*innen gemeinsam mit jungen WZB-Forschenden Themen zusammen, die sie besonders bewegen – Schule, Mobilität, Ungleichheit, Recht und Bildung, Klima.

Was wünschen sich die jungen Menschen für das Jetzt und das Morgen? Was ärgert sie? Welche Fragen haben sie an die Wissenschaft? Sie wünschen sich mehr Raum – an der Schule, aber auch außerhalb, zum Spielen, Treffen, um ihren Interessen nachzugehen, die sich nicht immer mit den Fächern in der Schule decken. Für die Älteren unter ihnen geht es auch um Sicherheit: Sie wollen nicht nur einen Job finden, sondern auch einen gut und fair bezahlten Beruf. Es soll ein Wunschberuf sein, mit dem man die Familie ernähren kann. Gleichberechtigung ist wichtig, aber auch Selbstbestimmung. Die Schule solle konkreter auf das Leben vorbereiten, durchaus praktisch mit Lehrmaterial zu Finanzen und zur Steuererklärung.

Die Kinder und Jugendlichen zeigten sich ungeduldig. Die Politik brauche zu lange, sagen sie. Wer zum Mars fliegen will, um dort Lebensraum zu schaffen, hat ambitionierte Ziele. Veränderungen für Klima und Mobilität müssten vom politischen System und nicht von Einzelnen angestoßen und durchgesetzt werden. Wenn die WZB-Forschenden Johanna Behr und Michael Wrase mit den Grundschüler*innen über (Kinder-)Rechte sprechen, wird klar, dass hier noch einiges zu tun ist. „Manchmal nervt es, dass Erwachsene das letzte Wort haben und Kinder dabei untergehen“, sagt Lukas aus der vierten Klasse. Aber auch die Weltuntergangsszenarien bringen nicht weiter, monieren die Jugendlichen. Neue Perspektiven werden gebraucht, oder wie Emil es in einem Satz sagt: „Es soll alles gut werden.“

Die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen der Kinder werden im Herbst bei einer weiteren Veranstaltung der neuen Reihe „Wissenschaft trifft junge Generation“ aufgegriffen. Das WZB unterstützt mit dieser Reihe das von Familienministerin Lisa Paus ins Leben gerufene „Bündnis für die junge Generation“. Ein besonderer Dank geht an Barbara Meyer und den Verein „S27 Kunst und Bildung“ für das Engagement und an die Berliner Sparkasse für die Gastfreundschaft am Wannsee. ●

Protokolliert von Kerstin Schneider, Medienreferentin im WZB.

Konferenzberichte

Postpandemische Konstellation

Johannes Sonnenholzner

Konferenz „Digitalisierung, Arbeit und Gesellschaft in der postpandemischen Konstellation“ am 11. und 12. Mai 2023 im WZB, organisiert von der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion

Sind dank digitaler Technik alle gut durch die Pandemie gekommen? Mehr als drei Jahre nach Ausbruch von Corona wurde auf einer vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten und durch die Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion veranstalteten Konferenz am WZB Bilanz gezogen. Forscher*innen und Vertreter*innen aus Arbeit, Industrie und Politik diskutierten über die „postpandemische Konstellation“. Diese Bestimmung soll zum Ausdruck bringen, dass Themen wie Digitalisierung, gesellschaftliche Ungleichheiten und sozial-ökologische Transformation zusammengedacht werden, weil sich die Krisenphänomene überlagern.

Beim Thema Digitalisierung konnten zwei vorgestellte Studien (aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg und dem WZB) keinen einheitlichen Wandel durch die Pandemie feststellen: Während die Büroarbeit einen Digitalisierungspush erfuhr, blieb dieser in der Produktion aus. Zudem zeigt sich, dass große, etablierte, IT-erfahrene und homeoffice-fähige Betriebe stärker investiert haben. Auch staatliche Institutionen wie Schulen konnten die Krise dann besser bewältigen und Gelder für weitere Digitalisierung sinnvoll einsetzen, wenn sie im Umgang mit digitalen Technologien bereits geübt waren. Wie mehrere Vorträge zeigten, zeichnen sich Vorreiterorganisationen durch eine organisationale Herangehensweise und soziale Innovationen aus: gemeinsame Ziele, betriebliche Prozesse, kollektiver Wissenstransfer, die Einbindung sämtlicher Stakeholder inklusive Betriebsrat. Chris-

tiane Fritsch von der Online-Bank ING DiBa betonte, dass Führungskräfte Mitarbeiter coachen und ihnen Hindernisse im Arbeitsalltag aus dem Weg räumen sollten. Beim Unternehmen Bosch werden Mitarbeiter gefragt, wie viel Selbstverantwortung gewünscht ist. Jedes Team entscheidet für sich über die Anteile von Arbeit in Präsenz und Homeoffice – und nicht die Führungskraft.

Betont wurde, dass für Beschäftigte neue Ungleichheiten entstehen: Mitglieder von Vorreiter-Organisationen der Digitalisierung profitieren, weil sie in Kontakt mit neuen Technologien und Arbeitsformen kommen. Aber nur ca. 50 Prozent der Arbeitnehmer*innen können von zu Hause arbeiten. Laut einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts arbeiten Menschen mit Berufsausbildung deutlich seltener mobil als Akademiker*innen. Menschen in Pflegeberufen reicht der öffentliche Applaus in der Pandemie nicht. Zwar wurde bereits 2015 ein Tarifvertrag für ein Personalmindestmaß in Berlin eingeführt, jedoch verlassen viele Beschäftigte die Branche wegen Erschöpfung. „Jeder kleine Schritt muss erkämpft werden, damit ein Gesetz kommt oder sich tariflich was verändert – hauptsächlich von Frauen“, erklärte Dana Lützkendorf von der Gewerkschaft ver.di. Alte Ungleichheiten bei der Kinderbetreuung sind wieder verstärkt hervorgetreten. In der Diskussion wurde befürchtet, dass Frauen sich wieder zwischen Kind oder Karriere entscheiden müssen. Weder Staat noch Väter haben sich in der Krise als verlässlich erwiesen. Frauen mussten mehr kostenlose Betreuungsarbeit leisten und waren öfter krankgeschrieben.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Rolle des Staates. Er war während der Pandemie gefordert und ist es weiterhin: bei der Infrastruktur für die Betreuung von Kindern und Alten, bei der Digitalisierung der Verwaltung, bei der Regulierung von Arbeitsbedingungen und neuen Technologien, bei den Folgen der Inflation, den bestehenden Vermögens- und Bildungsungleichheiten. Die digitale und wirtschaftliche Souveränität ist zu sichern. Es wurde angezweifelt, dass die Staatsapparate darauf vorbereitet sind.

Die sozial-ökologische Transformation wird der Staat nicht alleine stemmen. Die Konferenz hat gezeigt, dass die Überlagerung der Krisenphänomene einen direkten Dialog von Wissenschaft und Praxis verlangt. Den sozialen Zusammenhalt zu wahren, wird anders nicht möglich sein.

Die vielen Seiten der Ungleichheit

Okan Bellikli

Konferenz „Ungleichheit: Ein Wort, viele Facetten“ am 24. März 2023, organisiert von der Fachgruppe Sozialjournalismus im Netzwerk Recherche e. V. in Kooperation mit dem WZB

Soziale Ungleichheit war in den vergangenen Monaten ein großes Thema: Inflation, gestiegene Preise, Rekordgewinne. Dabei geht es vielen Menschen in Deutschland schon deutlich länger schlecht – Armut ist ein systemisches Problem und hat sich strukturell verfestigt. Auch wenn es über statistische Definitionen im Detail hier und da Diskussionen gibt, ist klar: Das Problem ist groß und betrifft Millionen von Menschen. Seit der Corona-Pandemie gibt es mehr Aufmerksamkeit für die Strukturen, die hier eine Rolle spielen. Dennoch zeigte zuletzt etwa die von Fehl- und Desinformation geprägte Debatte rund um die Einführung des Bürgergelds, dass grundlegende Informationen über den Sozialstaat noch immer relativ unbekannt sind. Deutlich wurde zudem, dass manche in der Politik das Thema für den Versuch nutzen, Menschen gegeneinander auszuspielen.

Medien kommt hier eine wichtige Rolle und Verantwortung zu. In deutschen Redaktionen gibt es aber nicht viele, die sich auf die komplizierte und publizistisch in der Vergangenheit wenig attraktive Welt der Sozialpolitik speziali-

sieren. Deshalb gründete Okan Bellikli – von September bis November 2022 Journalist in Residence im WZB – im vergangenen Jahr das „Netzwerk Sozialjournalismus“, das als Fachgruppe Sozialjournalismus inzwischen zur Journalist*innenvereinigung Netzwerk Recherche gehört. Das übergeordnete Ziel der Gruppe ist es, die Berichterstattung in diesem Bereich zu verbessern. Sowohl branchenintern als auch zwischen Medien, der Fachwelt aus Wissenschaft und Praxis sowie Betroffenen soll es mehr Austausch geben. Das war auch Anlass der Konferenz „Ungleichheit: Ein Wort, viele Facetten“. Denn der Begriff der Ungleichheit beschreibt nicht nur Unterschiede in der Frage, wie viel Geld man hat. Er betrifft praktisch sämtliche Bereiche der Gesellschaft.

Vier davon standen zu Beginn der Veranstaltung im Fokus: Klimaschutz, Justiz, Gesundheit und Familie. Weert Canzler, Johanna Behr, Jan Paul Heisig und Lena Hipp vom WZB gaben in Impulsvorträgen einen Überblick über ihr Forschungsgebiet. Weert Canzler zeigte beispielsweise, dass wohlhabende Menschen deutlich stärker zur Klimakrise beitragen als ärmere. Am Nachmittag folgten Themenblöcke zu Medien, Wissenschaft und Praxis sowie Politik. Jörg Wimalasena etwa – früher bei der taz, heute bei Die Welt – sprach darüber, wie Journalist*innen seit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 daran mitgewirkt haben, Klischees über Arme zu verbreiten. Elke K. wiederum erzählte, wie sie und andere Betroffene sich seit letztem Jahr unter #IchBinArmutsbetroffen gegen genau diese Vorurteile wehren. Harald Wilkoszewski, Leiter der Abteilung Kommunikation am WZB, diskutierte mit Pia Jaeger – gelernte Journalistin und Projektleiterin am Deutschen Jugendinstitut – und Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung darüber, wie der Austausch zwischen Medien und Wissenschaft verbessert werden kann. Die Abschlussdiskussion zur Frage „Ungleichheit: Was tut die Politik?“ bestritten Katja Kipping, damals noch Berliner Sozialsenatorin, und Monja Ben Messaoud als Person mit Armutserfahrung.

Personen

Gäste

Prof. Dr. **Theresa Gessler** ist seit Februar 2023 Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Sie ist Juniorprofessorin für Vergleichende Politikwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder) und forscht zu Demokratie, Immigration, Digitalisierung sowie Politik in Zentraleuropa.

Florian Grotz, Politikwissenschaftler an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, ist von Mai bis September Gast der Manifesto-Projektgruppe. Am WZB forscht er zum Thema „The Politics of Democratic Backsliding: Patterns of Illiberal Legislation in Central and Eastern Europe“.

Vincent Heddeshimer, Ph.D.-Student am Department of Politics der Princeton Universität in den USA, ist bis Mitte Juli Gast der Abteilung Transformationen der Demokratie. Sein Forschungsgebiet ist die Ungleichheit im Zusammenhang mit Kapitalbesitz, Finanzialisierung des Wohnraums und Geldpolitik in fortgeschrittenen Demokratien; am WZB arbeitet er vor allem über die politischen Folgen von Vermögensbesitz und der Inflation der Vermögenspreise.

Hanno Hilbig, Postdoc Fellow am Center for the Study of Democratic Politics der Universität Princeton, USA, ist vom 15. Juni bis 1. September 2023 zu Gast in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Er forscht über „The Long- and Short-run Effects of Autocratic Indoctrination“.



Prof. Dr. **Sophia Hunger** ist seit Mitte Mai Gastwissenschaftlerin beim Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Zusammen mit Lena Hipp, Leiterin der Forschungsprofessur

Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit, untersucht sie im Rahmen des Seed-Money-Projekts „Boomer vs. Zoomer? Affective Polarization between Age Groups in the

Workplace“, wie sich der Generationenkonflikt im Lauf der Zeit entwickelt hat.

Foto: Martina Sander



Micheline Ishay, Professorin für Internationale Studien und Menschenrechte an der Josef Korbel School of International Studies an der Universität Denver, USA, ist von April bis Juni als Gastwissen-

schaftlerin in der Forschungsprofessur Global Constitutionalism. Sie arbeitet in den Bereichen politische Theorie, internationale Beziehungen, Menschenrechte, Außenpolitik und Naher Osten.

Foto: privat

Prof. **John Keane** ist seit März 2023 für zwei Jahre als WZB-Fellow der Abteilung Global Governance mit dem WZB verbunden. Zuvor war er von 2008 bis 2022 Forschungsprofessor für „Theorie, Geschichte und Zukunft der Demokratie“ am WZB.

Connor J. Kelley, Ph.D.-Researcher am Department of Politics, Birkbeck College der Universität London, ist im Juli und August Gast der Manifesto-Projektgruppe. Am WZB nimmt er am Codiertraining des Manifesto-Projekts teil und forscht über Parteiprogramme in Nordirland.

Kayeon Lee, Postdoc im Bereich Internationale Politik der Universitäten Chung-Ang (Seoul, Südkorea) und Jilin (Changchun, China), wird von Juli bis September als Gastwissenschaftler der Abteilung Global Governance am WZB sein. In dieser Zeit wird er sich mit seinem Projekt „The Effects of Exogenous Factors on China's Role Perception and the Spread of the System“ beschäftigen.

Brian Christopher Rathburn, Professor für International Relations an der School of International Relations, University of Southern California in den USA, ist im Juni und Juli Gast der Abteilung Transformationen der Demokratie. Am WZB beschäftigt er sich vor allem mit den Gründen für das Misstrauen der Elite gegenüber der Demokratie in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg.



Davide Rocchetti ist bis Juli 2023 Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er ist Doktorand an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Trient in Italien.

Sein Forschungsvorhaben beschäftigt sich mit dem politischen Konflikt, der durch den Aufstieg der extremen Rechten auf lokaler Ebene entsteht.

Foto: privat

Sarah Thébaud, Associate Professor an der University of California, USA, ist im Juni zu Gast bei der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. Sie ist Expertin auf den Gebieten Geschlecht, Organisation und Arbeit, Sozialpsychologie, Familie, soziale Ungleichheit und Wirtschaftssoziologie.

Antje Vetterlein, Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Global Governance am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster, ist von April bis Juni Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Global Governance. Sie wird während ihrer Zeit am WZB an ihrem aktuellen Projekt „Verantwortung in der Weltpolitik“ arbeiten.

Elena Vettoretto ist Doktorandin an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Trient und im Mai und Juni Gastwissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Ausbildung und Arbeitsmarkt. Ihr Projekt untersucht die Auswirkungen institutioneller Selektivität in der Hochschulbildung in Bezug auf die Bildungsergebnisse sowie die Rolle der Zulassungsbedingungen für die Reproduktion sozialer Ungleichheit.

Dr. **Manès Weisskircher** ist seit Februar Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er ist Leiter der BMBF-Nachwuchsgruppe REXKLIMA (Rechtsextremismus versus Klimaschutz?) am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden. Weiterhin ist er affiliiertes Forscher am Center for Research on Extremism (C-REX) an der norwegischen Universität Oslo.

Berufungen

Zum 1.5.2023 wurde **Lena Hipp** Ph.D. zur W3-Professorin für „Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik“ ernannt, eine gemeinsame Berufung des WZB und der Universität Potsdam. Zeitgleich hat sie die Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit am WZB übernommen.

Dr. **Sophia Hunger** vom Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, wurde auf die W1-Professur „Computational Social Sciences“ (Tenure Track) berufen und wechselte zum 15.5.2023 an die Universität Bremen.

Dr. **Christian Rauh**, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Global Governance, wurde auf eine auf fünf Jahre befristete S-/W2-Professur für Politik im Mehrebenensystem an die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam berufen. Es handelt sich um eine gemeinsame Berufung mit dem WZB unter dem Thüringer Modell.

Ehrungen / Preise

Prof. Dr. **Martin Krzywdzinski** ist neues Mitglied des Forschungsbeirats Industrie 4.0. Das von der acatech Deutschen Akademie der Technikwissenschaften koordinierte Gremium berät insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Plattform Industrie 4.0.

Prof. **Daniel Ziblatt** Ph.D. wurde 2023 in die American Academy of Arts & Sciences berufen. Die Akademie zeichnet Exzellenz, Innovationen und Führungsqualitäten aus und würdigt ein breites Spektrum an herausragenden Leistungen.

Zudem erhielt Prof. **Daniel Ziblatt** Ph.D. den „American Journal of Political Science Best Article Honorable Mention Award“ für seinen Beitrag „Capital Meets Democracy: The Impact of Franchise Extension on Sovereign Bond Markets“ (AJPS, Jg. 66, H. 3, S. 630–647). Der Preis wurde am 15. April durch die Midwest Political Science Association (MPSA) verliehen.

Promotionen / Habilitation

Robert Benson, Stipendiat in der Abteilung Global Governance, hat im April 2023 erfolgreich seine Dissertation mit dem Titel „The Rhetoric of Constitutional Hardball“ verteidigt.



PD Dr. **Florian Butollo**, Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion und Leiter der Forschungsgruppe „Arbeiten mit Künstlicher Intelligenz“ am Weizen-

baum-Institut, hat am 12. April 2023 seine Habilitation an der Universität Göttingen abgeschlossen. Der Titel der kumulativen Arbeit lautet „Digitale Revolution und gradueller Wandel. Die Veränderung von Wertschöpfungssystemen und Arbeit als eingebettete Transformation“.

Foto: David Ausserhofer

Alexander Dicks, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel (NEPS): Berufsbildung und lebenslanges Lernen, hat im April 2023 an der Universität Maastricht seine Dissertation zum Thema „NEET (not in Employment, Education, or Training) in the Netherlands“ erfolgreich verteidigt.

Personalien

Dr. **Vanessa Boese** ist seit April Postdoc in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Sie beschäftigt sich mit politischen Institutionen, mit der Widerstandsfähigkeit von Demokratien und mit Prozessen der Regimetransformation (Demokratisierung und Autokratisierung). Zu diesen Themen berät sie auch politische Akteure und Institutionen wie das Auswärtige Amt, die Europäische Kommission und den European External Action Service.

Dr. **Christian Brzinsky-Fay**, der zuletzt die wissenschaftliche Koordination des Promotionskollegs „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“ geleitet hat, ist zum Mai 2023 an die Universität Hamburg gewechselt, wo er als

wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Lehre im Fachbereich Sozialwissenschaften der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften arbeiten wird.

Paula Edling ist seit April 2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe der Präsidentin und arbeitet dort im Projekt „Zugang zum Recht in Berlin“. Ihre bisherigen Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Migrations- und Geschlechterforschung.

Mathilde Kærgaard Skaaning ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung. Im Projekt „Verkehrswende konkret“ beschäftigt sie sich mit der Übertragung und Anwendung erarbeiteter Konzepte und Narrative auf eine konkrete Umsetzungssituation und die Analyse ihrer Wirkung am Beispiel des geplanten Verkehrsexperiments im Graefekiez in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg.

Jasmijn Lodder ist wissenschaftliche Koordinatorin im Projekt „Wo parkst du? Ein Experiment zur Reduzierung von Autos in der Stadt durch die Abschaffung von Stellflächen“, das bei der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung angesiedelt ist.



Nina McMurry Ph.D., Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit wird im Sommer 2023 das WZB verlassen, um eine Stelle als Assistenzprofessorin für Politikwissenschaft an der Vanderbilt

University in Nashville, Tennessee, USA, anzutreten (Tenure Track). Sie wird Kurse in vergleichender Politikwissenschaft unterrichten und ihre Forschung fortsetzen.

Foto: privat

Yuca Meubrink ist seit April 2023 Koordinatorin der Arbeitsgruppe „Zukunft der Arbeit nach Corona“ des Ständigen Ausschusses der Nationalen Akademie der Wissenschaften (Federführung: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften) und seitdem als Gast des Präsidialstabs am WZB. Zuvor hat sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Studienprogramm

Kultur der Metropole an der HafenCity Universität Hamburg gearbeitet.

Stefanie Oelker ist seit März 2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel (NEPS): Berufsbildung und lebenslanges Lernen. Zuvor war sie am Leibniz Zentrum für Wissenschaft und Gesellschaft der Leibniz Universität Hannover tätig. Sie promoviert zu politischer Partizipation im Kontext von Hochschulbildung.

Dr. **Alexander Schmotz** hat im April für vier Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter seine Arbeit in der Abteilung Global Governance aufgenommen und beschäftigt sich unter anderem mit dem Thema „The Prospects and Transformations of Political Cooperation and Conflict beyond the Nation State“, darunter konkret zu „State-driven Conflicts in and about Global Governance, e.g. with a View to Regime Type“. Zuvor war er mehrere Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung tätig.

Petra Schwarz ist Referentin für Kommunikation im Projekt „Wo parkst du? Ein Experiment zur Reduzierung von Autos in der Stadt durch die Abschaffung von Stellflächen. Eine Herausforderung für die öffentliche Kommunikation“ der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung.



Anna K.M. Skarpelis

Ph.D. wurde zum Herbstsemester 2023 auf den Inaugural Richard Lachmann Chair of Sociology an die City University of New York (CUNY) Queens College, USA, berufen.

Die vergleichende Kulturosoziologin hat seit September 2021 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung geforscht.

Foto: David Ausserhofer



Dr. Justyna Stypińska

ist seit Mai 2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. Sie ist Soziologin mit Forschungsinteresse an verschiedenen For-

men algorithmischer Diskriminierung und Bias in KI-Technologien. Sie leitet das Projekt „AI Ageism: New Forms of Age Discrimination and Exclusion in the Era of Algorithms and Artificial Intelligence“.

Foto: privat

Georgiy (Gosha) Syunyaev Ph.D., Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit, wird im Sommer 2023 das WZB verlassen, um eine Stelle als Assistenzprofessor (Tenure Track) an der Abteilung für Politikwissenschaft der Vanderbilt University in Nashville (Tennessee, USA) anzutreten.

Barçın Uluşık ist seit April Beauftragte für Forschungsmanagement in der Abteilung Global Governance im Schwerpunkt Internationale Politik und Recht am WZB. Zuvor war sie über zehn Jahre in der Abteilung in einer anderen Position tätig und hat einen Master of British Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin absolviert.

Vanessa Wintermantel, Gastwissenschaftlerin in der Forschungsprofessur Global Constitutionalism, hat ein sechsmonatiges Fellowship im Forschungsschwerpunkt Demokratie in der Globalen Ordnung am Point Alpha Research Institute (PARI) in Geisa erhalten, das im Mai beginnt. Daneben forscht sie, ebenfalls ab Mai, als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Rahmen des Projekts „Fulda Centre of Transnational Governance“ an der Hochschule Fulda. Der WZB-Forschungsprofessur Global Constitutionalism bleibt sie als Gastwissenschaftlerin verbunden.

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Regeln für die Arbeit im Homeoffice

Lena Hipp, Martin Krzywdzinski

Wie gehen wir künftig mit der Arbeit im Homeoffice um, die seit der Corona-Pandemie gang und gäbe ist? Die Autor*innen sehen positive Ansätze wie größere Autonomie am Arbeitsplatz und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Aber wie lässt sich die Produktivität erhalten, wie sicherstellen, dass die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben nicht verschwimmen, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten vermindert werden? Klare Regeln durch Politik, Gewerkschaften und Unternehmen sind notwendig, um zu garantieren, dass die Arbeit im Homeoffice für alle Arbeitnehmer*innen gerecht organisiert werden kann. Dazu gehört unter anderem die Regulierung der Arbeitszeiten, aber auch die Möglichkeit, neben der Remote-Arbeit wieder am angestammten Arbeitsplatz arbeiten zu können. Das ist keine einfache Aufgabe, wie die Autor*innen feststellen, aber sie bietet die Chance, die Zukunft der Arbeit neu zu organisieren, sie könnte stärker als bisher zu einem Feld für gewerkschaftliches Engagement werden.

Lena Hipp/Martin Krzywdzinski: „Remote Work: New Fields and Challenges for Labor Activism“. In: Work and Occupations, 2023. DOI: 10.1177/07308884231163135.

Partizipation in der Pandemie

Roxana Burciu, Swen Hutter

Die gute Nachricht ist: Befürchtungen, es könnte insgesamt zu einem Stillstand bei der politischen Beteiligung während der Pandemie gekommen sein, haben sich nicht bewahrheitet. Doch lässt sich das auch für die Geschlechterunterschiede bei der Partizipation sagen? Roxana Burciu und Swen Hutter haben zu dieser Frage im Herbst 2020 und im Frühling 2021

Daten durch Umfragen erhoben. Es gab eine leichte Zunahme des Gender Gap – die Schere zwischen der Beteiligung von Frauen und Männern ging während der Pandemie etwas stärker auseinander. Interessant ist, dass die Belastungen durch Covid-19, wie zusätzliche Betreuungsaufgaben, die Partizipation insgesamt eher gefördert als gehemmt haben. Dieser Mobilisierungseffekt ist jedoch bei Männern stärker als bei Frauen.

Roxana Burciu/Swen Hutter: „More Stress, Less Voice? The Gender Gap in Political Participation during the COVID-19 Pandemic“. In: European Journal of Politics and Gender, 2023, Jg. 6, H. 1, S. 114–133. DOI: 10.1332/251510821X16602276230640.

Smarter Stadtstrom

Leslie Quitzow

In intelligent gesteuerte Stromnetze, also „Smart Grids“, werden im Rahmen der städtischen Energiewende hohe Erwartungen gesetzt. Sie sollen eine dezentrale, nachhaltige und wirtschaftliche Stromproduktion mit starker Beteiligung von Bürger*innen ermöglichen. Doch bei der Umsetzung dieser Vision ist noch einiges offen. Leslie Quitzow hat die Zukunftsentwürfe dreier Berliner Modellprojekte unter die Lupe genommen und große Unterschiede festgestellt. Anhand von Dokumenten und Interviews mit Akteur*innen der „urbanen Laboren“ EUREF-Campus, Technologiepark Adlershof und Berlin TXL – Urban Tech Republic arbeitet sie heraus, dass zwar große Einigkeit zur Bedeutung von Smart Grids im Allgemeinen herrscht. Doch die Vorstellungen von der Rolle, die Haushalten oder Nachbarschaften konkret bei der Transformation zukommt, gehen weit auseinander. Quitzow plädiert dafür, diesen gesellschaftspolitischen Fragen in der bisher sehr technologischen Diskussion mehr Raum zu geben.

Leslie Quitzow: *Smart Grids, Smart Households, Smart Neighborhoods – Contested Narratives of Prosumage and Decentralization in Berlin's Urban Energiewende*. In: *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, 2023, Jg. 36 H. 1, S. 107–122. DOI: 10.1080/13511610.2022.2057934.

Witwenwohl

Maja Adena, Daniel Hamermesh, Michał Myck, Monika Oczkowska

Wie unterscheidet sich das Wohlbefinden von verwitweten älteren Frauen und jenen, die in Partnerschaft leben? Frauen erleben nach dem Verlust des Partners eine dramatische Verschlechterung der psychischen Gesundheit und der Lebenszufriedenheit, gefolgt von einer langsamen teilweisen Erholung über einen Zeitraum von fünf Jahren. Bei Frauen, deren Partner plötzlich verstorben ist, verläuft diese Erholung langsamer. Der Schlüsselfaktor für das deutlich geringere Wohlbefinden von Witwen ist die längere Zeit, die sie allein verbringen. Diese Befunde entsprechen der allgemeinen Wahrnehmung – die Autor*innen konnten sie anhand zahlreicher Daten des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) und Zeittagebüchern aus Polen, den USA, Großbritannien und Frankreich belegen. Maja Adena/Daniel Hamermesh/Michał Myck/Monika Oczkowska: „Home Alone: Widows' Well-Being and Time“. In: *Journal of Happiness Studies*, 2023, Jg. 24, S. 813–838. DOI: 10.1007/s10902-023-00622-w.

Wenn Zahlen regieren

Wessel Reijers, Liav Orgad, Primavera de Filippi

In China ist es schon zu beobachten: ein digitales Punktesystem, das Wohlverhalten belohnt und Fehlverhalten bestraft. Dieses Sozialkreditsystem dient den Autor*innen als anschauli-

ches Beispiel für das, was sie als Prinzip der „kybernetischen Staatsbürgerschaft“ beschreiben. Was in kleineren Rahmen wie Schulen oder Fabriken leichter umzusetzen ist, sehen sie als Zukunft auch im Bereich von Städten oder Gesellschaften: Soziotechnische Systeme des Beobachtens, Aufzeichnens und Auswertens verändern grundlegend das soziale und politische Zusammenleben. Die Identität von Bürger*innen, ihre Rechte und Beziehungen werden durch Metriken bestimmt. Der Artikel bietet eine erste philosophische Diskussion dieser Veränderung und ihrer Auswirkungen.

Wessel Reijers/Liav Orgad/Primavera de Filippi: „The Rise of Cybernetic Citizenship“. In: *Citizenship Studies*, 2023, Jg. 27, H. 2, S. 210–229. DOI: 10.1080/13621025.2022.2077567.

Risiko und Politik

Franziska Cooiman

Wie funktioniert die europäische Digitalwirtschaft? In ihrem Artikel zeichnet Franziska Cooiman die Entwicklung des neuen Geschäftsfelds seit den 1990er-Jahren nach, dessen zentrale Finanzquelle privates Wagniskapital ist. Die EU-Kommission nimmt starken Einfluss auf die Digitalwirtschaft, vor allem über den Europäischen Investmentfonds (EIF). Cooiman fordert einen neuen, kritischen Blick auf die Rolle dieses „halböffentlichen Vermögensverwalters“. Denn er stabilisiert den privaten Markt, indem er Wagniskapitalgeber vor Risiken schützt. Eine progressive und proaktive Rolle bei einem sozial-ökologischen Umbau der Digitalwirtschaft könnte der EIF nur einnehmen, wenn seine Profitorientierung und seine Nähe zu mächtigen Investoren infrage gestellt werden.

Franziska Cooiman: „Veni Vidi VC – The Backend of the Digital Economy and Its Political Making“. In: *Review of International Political Economy*, 2023, Jg. 30, H. 1, S. 229–251. DOI: 10.1080/09692290.2021.1972433.

Nachlese

Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Landkarte der armen Kinder

Das Vorhaben klingt gut: Mit einer Milliarde Euro will Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger sogenannte Brennpunktschulen fördern. „Startchancen-Programm“ heißt das Projekt, weil es die Startchancen der am stärksten benachteiligten Kinder verbessern soll, nach Corona und in Zeiten von Lehrkräftemangel und technologischem Wandel. Klar ist, dass diese Förderung eben nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen sollte – weniger klar, wie die Verteilung effizient und fair geschehen kann. Kein Wunder, dass der fundierte Vorschlag von WZB-Forscher Marcel Helbig breit aufgegriffen wird: WELT und Spiegel berichteten, der Bildungssoziologe wurde im Deutschlandfunk interviewt. Die nur auf den ersten Blick verblüffende Behauptung, die Verteilung der Gelder sei fairer, wenn sie zwischen den Bundesländern ungleich wäre, unterlegt Helbig mit einer detaillierten Analyse. Erstmals hat er mit Daten der Arbeitsagentur Armutsquoten für sämtliche 15.000 Grundschulen in Deutschland errechnet und diese in eine interaktive Karte überführt, die öffentlich verfügbar ist: www.kinderarmut-an-schulen.de. In prekärer Lage sind demnach besonders viele Schulen in Nordrhein-Westfalen und den drei Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin. Interessant zu beobachten, ob Helbigs Zahlen Beachtung finden werden, wenn weiter über die Verteilung der Gelder beraten wird.

Schule plus

Vom Befund einer Bildungskrise geht auch ein anderes großangelegtes Projekt am WZB aus – nur dass es hier weniger um staatliche Aufgaben geht, sondern um die Leistungen, die aus der Zivilgesellschaft kommen. Swen Hutter, Jana Priemer und ihr Team wollen erstmals umfassend erheben, wer sich wo für Bildung engagiert: durch Fördervereine, durch Patenschaften, durch außerschulische Lernangebote. Dabei wird der

Staat auch hier nicht aus der Verantwortung entlassen, denn eine zentrale Fragestellung ist die nach den besten Rahmenbedingungen für „Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften“ (so der Untertitel des Projekts). Anders als Marcel Helbig stehen die Forschenden hier noch ganz am Anfang der Vermessung. Warum was wie gefragt wird, erläutert Jana Priemer im Video, das auf unserer Website zu finden ist: www.wzb.eu/de/news/wer-sich-wo-fuer-bildung-engagiert. Enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ist gewährleistet, denn Projektpartner ist das Netzwerk Stiftungen und Bildung.

YES!

Und nochmal Bildung: Bereits zum wiederholten Mal traten Forschende vom WZB in den aktiven Dialog mit Klassen aus Berliner Schulen. „YES! – Young Economic Solutions“ ist einer der größten deutschen Schulwettbewerbe zu gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen. Schülerinnen und Schüler der Oberstufe entwickeln gemeinsam mit Wissenschaftler*innen renommierter Institute Lösungen für lokale bis globale Probleme. Diesmal begleitete Kathleen Warnhoff vom WZB-Promotionskolleg „Gute Arbeit“ zehn Jugendliche vom Berliner Gymnasium am Europasportpark bei ihren Erkundungen einer Arbeitswelt 4.0. Wie gut bereitet Schule auf die Digitalisierung vor? Nicht sehr, fanden die Schüler*innen und entwickelten die Idee eines Barcamps, bei dem Jugendliche, Expert*innen und Lehrkräfte Abhilfe schaffen könnten. Ein großer Gewinn an Erkenntnissen und Motivation – auch wenn sich beim YES!-Regionalfinale Ost am 6. Juni zwei andere Teams für die Bundesebene qualifizierten.

Vorlese

Schwerpunkt des September-Hefts der WZB-Mitteilungen ist das Thema „Preise“. Nicht nur, weil

im Herbst wieder der A.SK Social Science Award am WZB verliehen wird – 2023 erstmalig mit zwei „Bright Mind Awards“ für jüngere Wissenschaftler:innen neben dem Hauptpreis. Weil fast alles im Leben etwas kostet, ist das Thema sehr umfassend. Freuen Sie sich auf Beiträge zu Preisabsprachen und Märkten ohne Preise, zu Kosten, gesellschaftlichen Leistungen, Anreizen, zu Löhnen und zum Preis der Sicherheit.

Humanität und Ordnung

Es war das Buch zur Stunde: In „Die Asyl-Lotterie“ zog WZB-Migrationsforscher Ruud Koopmans Anfang des Jahres „eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukraine-Krieg“ (die WZB-Mitteilungen, blättern Sie gerne nach, hatten ihn für die letzte Nummer zum Gespräch gebeten). Die Stunde währt lang – immer noch ist es eine offene Frage, wie die europäischen Staaten eine faire und effektive Flüchtlingspolitik gestalten können. Mit seinen Vorschlägen zur Reduzierung der ungesteuerten Zuwanderung durch Abkommen mit Drittstaaten findet Ruud Koopmans Gehör in Medien und Politik. Ein-drücklich war etwa das Streitgespräch am 11. Juni in Anne Wills Talkshow im Ersten. Auf den Spannungsbogen „Humanität und Ordnung“ konnten sich von Schwarz (Jens Spahn) bis Grün (Omid Nouripour) alle einigen, doch wie das konkret aussehen könnte, da waren auch SPD-Vorsitzende Saskia Esken und die Journalistin Franziska Grillmeier eher ratlos. Am Ende einer Woche, in der die EU-Innenminister um eine Verschärfung des Asylrechts gerungen hatten, kam Ruud Koopmans in dieser Runde das letzte Wort zu. Die Anreize für ungesteuerte Migration über das Mittelmeer müssten abgeschafft werden: „Die Beschlüsse dieser Woche werden nur zielführend sein in Kombination mit Migrationsabkommen.“

Chill mal

Zum „Tag im Grünen“ laden die Häuser am Kulturforum ein. Grün ist vielleicht nicht die erste Farbe, die einem beim Gedanken an Museen, Philharmonie und Staatsbibliothek einfällt. Und doch haben sie alle Gärten, mehr oder weniger versteckt. Die werden am Sonntag, dem 3. September, für alle geöffnet und mit Kultur bespielt. Das WZB als Nachbarin macht gerne mit – und hat mit Wiese und Linde ja wirklich was zu bieten. Näheres zu gegebener Zeit auf unserer Website. Auf jeden Fall wird es Führungen geben, angeregte Gespräche, Limonade ... und Liegestühle.

Impressum

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 180, Juni 2023

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Jutta Allmendinger Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich

Chefredaktion

Dr. Harald Wilkoszewski, Gabriele Kammerer

Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Claudia Roth

Korrektorat

Martina Sander-Blanck

Redaktionsassistentz

Lisa Heinig

Übersetzungen

Gabriele Kammerer (S. 6-9; 32-35; 36-39; 45-48),

Katrin Schwenk (S. 20-23)

Bildredaktion

Gesine Born

Auflage

8.800

Foto S. 3: © David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: <https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.

Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repositorium EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert (www.econstor.eu). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor*innen. Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung: (CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.



Zu guter Letzt:

Aufklärung und Kritik Die Zeitschrift „Leviathan“ wird 50

Reinhard Blomert

Die zweite Hälfte der 1960er-Jahre stand im Zeichen der Studentenbewegung. In den USA hatte sie sich mit Black Power und Vietnam-Demonstrationen als Antirassismus und als Antikriegsbewegung entfaltet, in Westdeutschland wurde sie zu einer umfassend politischen und intellektuellen, emotional anti-autoritär aufbegehrenden Bewegung vor allem im Universitätsmilieu. Eine politisierte Jugend demonstrierte und propagierte ihre Kritik in Postillen und Flugblättern, in flüchtig oder solide erstellten Zeitschriften und Büchern. Der Aufbruch war auch ein Aufbruch aus dem Unwissen, geboren aus dem Bedürfnis nach Bildung und Wissen, das in der Nazizeit unterdrückt worden war.

In dieser bewegten Zeit wurde auch der Leviathan geboren. Auf dem 10. Kongress der Politikwissenschaft im Jahr 1971 im Mannheimer Schloss entstand im Pausengespräch einer kleinen Gruppe die Idee, eine „Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft“ zu gründen. Zu der Gruppe gehörten Claus Koch von der (damals bereits eingestellten) Zeitschrift „Atomzeitalter“ aus der Europäischen Verlagsanstalt, der als Redakteur vorgesehen war, der Soziologe und Psychologe Klaus Horn vom Frankfurter Sigmund-Freud-Institut, die jungen Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr, Claus Offe und Dieter Senghaas, der kritische Ökonom Winfried Vogt aus Regensburg – und der Lektor

Manfred Müller vom Bertelsmann Universitätsverlag. Das Programm einer profilierten wissenschaftlichen Zeitschrift mit einer Ausrichtung „an der kritischen Theorie und universitärer Reform“ stand fest. Nur: Wie sollte das Kind heißen?

Müller notierte: „Kein Vorschlag wurde akzeptiert. Allgemeine Abneigung bestand gegen den Begriff ‚kritisch‘ in irgendeinem Zusammenhang; auch der Terminus ‚Sozialwissenschaft‘ wurde als zu breit – nichtssagend – eher abgelehnt (wogegen ich ihn gerade wegen des großen Mantels favorisierte). Tendenz: Für den Haupttitel einen Begriff zu finden, der schnell zum Signet werden könnte (es wurde auf die Beispiele ‚Kürbiskern‘, ‚Daedalus‘ verwiesen); einziger konkreter Vorschlag: Leviathan. Der Untertitel sollte informieren; im Gespräch war: ‚Zeitschrift für Sozialökonomie und Politik‘.“

Der Vorschlag stammte von Claus Offe. Er bezog sich nicht direkt auf das gleichnamige Buch von Thomas Hobbes, sondern auf ein radikal antikapitalistisches Blatt der amerikanischen Studentenbewegung, das Offe in den USA gelesen hatte. Erstmals im März 1969 erschienen, hatte dieses zum Ziel, die „cracks in the Leviathan“ zu finden, also die Bruchstellen im Staatsgefüge. Der parodistische Umschlag zeigte den amerikanischen Leviathan mit zwei Drachenköpfen, der mit Henry Kissinger am Steuerrad die Wellen der Weltmeere durchpflügte. Eine Illustration der US-Diplomatie.

Der bundesrepublikanische Leviathan war zwar keine „Studentenzeitschrift“ und brachte keine Karikaturen. Doch hatte auch er sich dem radikalen Denken verschrieben. Sein Anspruch war, ein wissenschaftliches Pendant zu den sich neu gründenden marxistisch-leninistischen Gruppierungen und Parteien zu bieten. Es gehe, so heißt es in der ersten Ausgabe von 1973, „darum, die im Leviathan gefasste Verkörperung des Staates analytisch zu durchdringen, um seine inneren Widersprüche offenzulegen und Strategien zur Überwindung seiner Krisen vorzulegen“.

Die Zeitschrift richtete sich an „Studenten, Richter, Professoren, Journalisten, Architekten, Gewerkschaftler, Abgeordnete und Dramaturgen“, so Bodo von Greiff, der 1982 auf Claus Koch als Redakteur gefolgt war. Er betonte, es gehe nicht um eine „beschränkte Wissenschaftlichkeit“, sondern um eine „politische und den-

noch wissenschaftliche Zeitschrift“, und verglich sie mit „Les Temps Modernes“ aus Frankreich, „MicroMega“ aus Italien und der US-Zeitschrift „Dissent“.

Zahlreiche Aufsätze und Debatten haben den Leviathan im Laufe der Jahre geschmückt, von denen hier nur wenige genannt werden sollen. Am meisten zitiert war wohl der Aufsatz von Albert O. Hirschman zum Zusammenbruch der DDR, 1999 erschien der Sonderband „Von der Bonner zur Berliner Republik“. Ein Heft war ausnahmsweise farbig bebildert als Illustration zu Horst Bredekamps Aufsatz zum Behemoth und bildete den Grundstock für eine Beigabe zum 40. Jubiläum. Es gab eine große Zahl von Beiträgen zur Europadebatte, darunter Interviews mit Jacques Delors und Ralf Dahrendorf, Essays u. a. von Wolfgang Streeck und anderen zur Eurokrise sowie zur Verfassungsdebatte u. a. von Dieter Grimm, die breit rezipierte Kontroverse zwischen Fritz Scharpf und Jürgen Habermas um die infrastrukturellen und kulturellen Grenzen der Europäisierung. Ein Schwerpunktheft widmete sich der Kontroverse um einen Neuansatz der Stadtsoziologie, ein anderes der Finanzkrise 2008, auch erwähnt werden soll die Debatte mit und über Andreas Reckwitz' Thesen zum „neuen Mittelstand“ 2021. Die Frequenz von Beiträgen zur großen Transformation im Zeitalter der Umweltkrisen hat sich verstärkt, und wir konnten neben einer Reihe von Einzelbeiträgen und Debatten unter anderem einen Aufsatz der Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom veröffentlichen.

Gewechselt haben über die Jahre die Köpfe hinter der Zeitschrift, die sie gestaltenden Hände und auch die sie tragenden Institutionen. Herausgeberkreis und Beirat wuchsen auf mittlerweile knapp 30 Personen aus verschiede-



Reinhard Blomert ist Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Bis 2018 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB und Redakteur der Zeitschrift „Leviathan“. reinhard.blomert@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

denen Bereichen der Sozialwissenschaft. Nach 25 prägenden Jahren übergab Bodo von Greiff im Jahr 2007 die Redaktion an Reinhard Blomert. Im selben Jahr zog der Leviathan auch in sein neues Heim, das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Nachdem die Freie Universität Berlin sich als alleinige Herausgeberin zurückziehen wollte, hatte der damalige Präsident des WZB Jürgen Kocka sich bereit erklärt, die Zeitschrift in Kooperation mit der FU, der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Verlag – und ab 2008 auch der Hertie School of Governance – weiterzuführen und damit zu erhalten.

Den Redaktionsstab hat Reinhard Blomert an Claudia Czingon übergeben, die ihn mittlerweile an Eva Deitert weitergereicht hat. Der Leviathan hält es mit Giuseppe Tomasi di Lampedusa: „Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, dann ist nötig, dass alles sich verändert.“ ●



Brückenschlag am Wannsee

Sozialforscher*innen von morgen, oder auch Menschen, die in den nächsten Jahren wählen, entscheiden, gestalten werden, haben dem WZB geschrieben. Schüler*innen aus vierten und einer neunten Berliner Schulklassse verbrachten Anfang Mai einen Tag mit WZB-Wissenschaftler*innen, erzählten und stellten Fragen. Was ihnen später noch durch den Kopf ging, notierten sie auf bunten Postkarten. Mehr über den „Tag am Wannsee“ und wie er zum „Bündnis für die junge Generation“ gehört, das Bundesfamilienministerin Lisa Paus ins Leben gerufen hat, erfahren Sie in diesem Heft auf Seite 67.

Das kommt:
„Preise“
3|23